

Stenografisches Protokoll
- Endgültige Fassung* -

der 8. Sitzung
des 2. Untersuchungsausschusses
am Donnerstag, dem 22. März 2012, 10 Uhr
Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Sebastian Edathy, MdB

Tagesordnung

	Seiten
Anhörung von Sachverständigen, im Einzelnen:	1 - 67
- Herr Prof. Dr. Richard Stöss Freie Universität Berlin	
- Herr Prof. Dr. Klaus Schroeder Freie Universität Berlin	
- Frau Andrea Röpke Journalistin	

* Hinweis:

Die Korrekturen und Ergänzungen des Sachverständigen Prof. Dr. Stöss (Schreiben vom 12. April 2012, Anlage 2) sind in das Protokoll eingearbeitet.

Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

Sitzung des 2. Untersuchungsausschusses

Donnerstag, 22. März 2012, 10:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Binninger, Clemens		Hahn, Florian
Schipanski, Tankred		Heinrich, Frank
Stracke, Stephan		Schön (St. Wendel), Nadine
Winkelmeier-Becker, Elisabeth		Schuster (Weil am Rhein), Armin	
SPD		SPD	
Edathy, Sebastian		Gleicke, Iris	
Högl, Eva, Dr.		Özoguz, Aydan	
Rix, Sönke		Kolbe (Leipzig), Daniela	
FDP		FDP	
Tören, Serkan		Kurth (Kyffhäuser), Patrick	
Wolff (Rems-Murr), Hartfrid		Schulz, Jimmy	
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Pau, Petra		Petermann, Jens	
BÜ90/GR		BÜ90/GR	
Wieland, Wolfgang		Ströbele, Hans-Christian	

Stand: 25. Januar 2012

Tagungsbüro / Referat ZT 4 - Logistik - Luisenstr. 32-34 Telefon 227-32659

Donnerstag, 22. März 2012, 10:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BMJ BKA	Dr. Grefenmann Dr. Eißler	Präsident Mitarbeiter	[Handwritten Signature]
"	Dr. Rensmann	Referent	[Handwritten Signature]
ZDF BKAmt BMJ	Z. Köhler P. Büttgenbach Dittmann	Ref'in Beschäftigter Abteilungsleiter	[Handwritten Signature] [Handwritten Signature] [Handwritten Signature]

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land
Köhler Falk	[Handwritten Signature]	Kriminaldirektor	Bayern
Heitz	[Handwritten Signature]	RP	Sachsen
SCHÖBER	[Handwritten Signature]	MA	N
Mathias	[Handwritten Signature]	MA	BY
Stuhr	[Handwritten Signature]	RD	NRW
NITZSCHE	[Handwritten Signature]	RDR'in	SL
Müllerbach	[Handwritten Signature]	RR'in	RP
Schmitt	[Handwritten Signature]	RD'in	TH
P. Fahren	[Handwritten Signature]	MA	HE
Schluchebier	[Handwritten Signature]	Brandhelfer Praktikantin	BW N:

off

2. Untersuchungsausschuss

Donnerstag, 22. März 2012, 10:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

ITSENER ^{Kühnau}	CDU/CSU SPD	Daniel Kühnau
Daniel Kühnau	SPD	Daniel Kühnau
Hawxwell	SPD	Hawxwell
Stephan Borghoost	SPD	Borghoost
Carsten Anstas	FDP	Anstas
Hanna Mehn	SPD	Mehn
Yad Vinyal	Linke	Yad Vinyal
Nocif	SPD	Nocif
S. Ch. Armini	SPD	S. Ch. Armini
Kant	Grüne	Kant
VON DROGAT	FDP	VON DROGAT
Viehbeck	SPD	Viehbeck
Dr. Fern	CDU/CSU	Dr. Fern
D. Wepisch	SPD	D. Wepisch
Dr. Molsbeyer	CDU/CSU	Dr. Molsbeyer
Dubiel	FDP	Dubiel

2. Untersuchungsausschuss

off

10:00

Donnerstag, 22. März 2012, ~~16:00~~ Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU

.....

.....

SPD

.....

.....

FDP

.....

.....

DIE LINKE

.....

.....

BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

.....

.....

Fraktionsmitarbeiter:

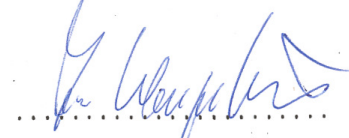
Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

v. Weyden

SPD



von Cossel

CDU/CSU



NICOLE GROß

SPD



ULMER

CDU/CSU



.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

.....

(Beginn: 10.07 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf die 8. Sitzung des Untersuchungsausschusses zum NSU-Terrorismus hiermit eröffnen. Es handelt sich um eine öffentliche Sitzung, die im Rahmen einer Sachverständigenanhörung der Beweisaufnahme dienen soll. Wir kommen also zum **einzigsten Punkt der heutigen Tagesordnung:**

Anhörung von Sachverständigen, im Einzelnen:

- Herr Prof. Dr. Richard Stöss
Freie Universität Berlin
- Herr Prof. Dr. Klaus Schroeder
Freie Universität Berlin
- Frau Andrea Röpke
Journalistin

Ich darf Sie alle hier herzlich begrüßen. Ich darf darauf hinweisen, dass die Fertigung von Foto- und Filmaufnahmen, aber auch von Tonbandaufzeichnungen unzulässig ist. Entsprechende Geräte bitte ich abzuschalten.

Da auch die Gefahr einer Übertragung aus dem Sitzungssaal vermieden werden muss, ist die Benutzung und auch die Inbetriebhaltung von Funktelefonen während der Sitzung nicht zulässig. Ich möchte deshalb insbesondere die Besucherinnen und Besucher bitten, ihre Handys auszuschalten.

Wir hören heute drei Sachverständige. Ich darf herzlich begrüßen: Frau Andrea Röpke - sie ist Journalistin -, Herrn Professor Dr. Richard Stöss von der Freien Universität Berlin, emeritiert, wenn ich es richtig gelesen habe, und Herrn Professor Dr. Klaus Schroeder, ebenfalls von der Freien Universität Berlin.

Ich darf Sie zunächst, sehr geehrte Frau Sachverständige, sehr geehrte Herren Sachverständige, darauf hinweisen, dass es eine Stelle gibt, die doch eine Tonbandaufzeichnung anfertigen wird: Das ist der Deutsche Bundestag. Diese Aufzeichnung dient allerdings ausschließlich dazu, die Erstellung eines stenografischen Protokolls zu erleichtern. Das heißt, die Aufnahme wird nach Fertigstellung des Protokolls gelöscht.

Das Protokoll dieser Sachverständigenanhörung wird den Sachverständigen nach der Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann

eine Frist von zwei Wochen, innerhalb derer Sie, falls Sie das wünschen, noch Korrekturen oder kleinere Ergänzungen vornehmen können. Haben Sie dazu Fragen? - Das ist offenkundig nicht der Fall.

Dann darf ich nach diesen notwendigen Vorbemerkungen kurz etwas zum Ablauf sagen. Vorgesehen ist, dass die Sachverständigen unmittelbar nacheinander - in der Reihenfolge Frau Röpke, Herr Professor Stöss und Herr Professor Schroeder - jeweils bis zu 20 Minuten Zeit erhalten für eine Einführung in die uns heute hier interessierende Thematik. Wir würden dann mit Fragen beginnen. Ich würde einleitende Fragen stellen, und dann würden die Fraktionen nach dem Verfahren im Plenum des Bundestages das Wort erhalten, das heißt entsprechend der Fraktionsstärke. Je nachdem, wie umfangreich der Frage- und Diskussionsbedarf ist, würden wir dann entsprechend mehrere Runden mit den fünf Fragestellern aus den Fraktionen erfolgen lassen.

Ich bitte dann zunächst Frau Röpke um ihre Einführung.

Sachverständige Andrea Röpke: Ich habe ein Problem: Mir fehlt noch der Stick mit der Präsentation.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wo befindet der sich?

Sachverständige Andrea Röpke: Er wurde zum Kopieren mitgenommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Können Sie sich vielleicht einleitend kurz vorstellen, oder brauchen Sie dafür die Präsentation?

Sachverständige Andrea Röpke: Nein, nein, das kann ich machen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann können wir damit anfangen. Wir hoffen, dass der Datenträger danach hier ist.

Sachverständige Andrea Röpke: Ja, gerne. - Mein Name ist Andrea Röpke, ich bin freie Journalistin und habe ein Diplom in Politikwissenschaften. Seit 1994 bin ich mit dem Themenschwerpunkt „Rechtsextremismus“ befasst.

Ich würde ganz gern kurz etwas zu unserer Arbeitsweise als Fachjournalisten sagen.

Bei mir ist es so, dass wir versuchen, sehr praxisorientiert zu arbeiten, das heißt, über die Jahre hinweg auch immer in Neonaziveranstaltungen zu gehen, dort zu sein, wo sie uns nicht haben wollen. Bei der NPD ist es tatsächlich so, wie es durch die Medien gegangen ist: Ich habe dort Hausverbot. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen, also auch im Wahlkampf, werden wir vom Ordnungsdienst der NPD hinausbefördert.

In den 90er-Jahren - nur als Beispiel - habe ich eine Woche lang an einem SS-Treffen teilgenommen. Ich habe diese Alt-naziszene für meine Diplomarbeit ohnehin sehr lange erforscht und bin dann auch zu diversen anderen Treffen gegangen.

Ich kenne die Thüringer Szene eigentlich seit 1999, habe auch 1998 die Flucht des Trios in Jena mitbekommen. Ich habe natürlich genauso spekuliert wie alle anderen, wo die geblieben sind. Es gab da ja auch sehr viele Gerüchte. 2003, als nach der Flucht die Verjährung einsetzte, ist es natürlich ein bisschen aus den Augen geraten.

Kurz gesagt, Thüringen war immer ein Thema, weil Thüringen eine durchaus sehr, sehr militante Szene hatte, eine Szene, die sehr fortschrittlich war, die auch im Verborgenen sehr weit bei der Strategie der kommunalen Verankerung gediehen war. Daher war das eigentlich immer eines der Hauptbeschäftigungsfelder, natürlich genauso auch Sachsen.

Das war erst mal das Wichtigste vorab.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wir warten nach wie vor auf den Datenträger, den Sie für die Präsentation benötigen. Sie können mit Ihren Ausführungen ohne die Präsentation nicht anfangen, oder wie ist das?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich glaube, das macht wenig Sinn, weil das so strukturiert ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gibt es eine Einschätzung der Verwaltung, wie lange das dauern wird?

Sachverständige Andrea Röpke: Es ist meine Schuld, weil ich die Präsentation nicht mailen konnte. Sonst hätte ich sie schon vorab geschickt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Da das länger dauert: Wären Sie einverstanden, Frau Röpke, dass wir einen der beiden anderen Sachverständigen vorziehen und dann in Ruhe und ohne Stress mit Ihnen fortsetzen?

Sachverständige Andrea Röpke: Ja.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Professor Stöss, wenn Sie so weit wären, dann hätten Sie jetzt das Wort.

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte mich zunächst für die Einladung bedanken. - Ich bin Politikwissenschaftler im Ruhestand, außerplanmäßiger Professor am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, beschäftige mich vor allen Dingen mit Parteien- und Wahlforschung und im Zusammenhang mit der Parteienforschung auch mit dem Rechtsextremismus, und das auch schon seit sehr langer Zeit.

Ich möchte jetzt kurz einige wichtige Aspekte aus meinem Gutachten darstellen, beginne mit dem ersten Fragenkomplex und will mich da vor allen Dingen auf die Aktions- und Handlungsformen des Rechtsextremismus und dann auf die wichtigsten Entwicklungstendenzen des Rechtsextremismus in dem Untersuchungszeitraum beschränken.

Zu den Aktions- und Handlungsformen: Der Rechtsextremismus verfügt über drei verschiedene strategische Optionen, die sich auf die Ziele, die Mittel und die Bündnispartner beziehen: Das ist erstens politische Opposition innerhalb des Systems. Das gilt also für die DVU, für die Republikaner bis 2005 - danach werden sie ja nicht mehr als rechtsextrem gezählt -, das gilt für die NPD bis etwa 1995/96, und es gilt selbstverständlich für Selbsthilfeorganisationen und Glaubensgemeinschaften.

Das Zweite ist politische Opposition gegen das System. Das gilt für die NPD seit ungefähr 1996/97, das gilt auch für die neonazistischen Aktionsgruppen, für die Kameradschaften, für die Netzwerke, für einige Jugendorganisationen und selbstverständlich dann für die rechtsextremen Subkulturen.

Das Dritte ist der Kulturkampf von rechts. Das gilt für Kulturorganisationen wie beispielsweise die Gesellschaft für freie Publizistik, für Verlage, Vertriebe und Medien.

Für diese drei strategischen Optionen steht dem Rechtsextremismus ein diffuses, differenziertes Set von spezifischen Verhal-

tensweisen zur Auswahl. Dieses Set steht für unterschiedliche Eskalationsstufen. Diese Eskalationsstufen unterscheiden sich nach dem Grad der ideologischen Verfestigung, zweitens nach der Integration in rechtsextreme Organisations- und Kommunikationszusammenhänge und drittens nach der Radikalität der Verhaltensweisen. Das ist jetzt eine lange Liste; ich nenne da nur ein paar Beispiele.

Es beginnt sicherlich mit zufälligen Kontakten bzw. Gesprächen mit rechtsextremen Personen, Mitgliedschaft in rechtsextremen Cliquen bzw. Kleingruppen, Orientierung an Bezugspersonen - in diesem Zusammenhang ganz wichtig, denke ich -, Teilnahme an rechtsextremen Veranstaltungen, Jugendlagern, Konzerten, Besuch von Szenetreffpunkten, Mitgliedschaft und kontinuierliche Mitarbeit in rechtsextremen Gruppen, Verbänden oder Parteien, Teilnahme an gezielten Sachbeschädigungen oder massiven Veranstaltungsstörungen und schließlich Vorbereitung und Durchführung von terroristischen Aktivitäten.

Was die Entwicklungstendenzen seit 1992 angeht, möchte ich drei hervorheben:

Das eine ist der dramatische Rückgang des Personenpotenzials zwischen 1993 und 2010; das sind die letzten Daten, die wir haben. Dieser Rückgang beträgt 60 Prozent. In Zahlen ausgedrückt: Der Rechtsextremismus hat in diesem Zeitraum fast 40 000 Personen verloren. Interessant oder wichtig in diesem Zusammenhang ist, dass die Verluste vor allen Dingen zulasten der DVU und der Republikaner gehen, also zulasten des systemimmanent agierenden Rechtsextremismus.

Der zweite Punkt - dazu wird Herr Schroeder nachher noch ausführlich Stellung nehmen - ist die Gewichtsverlagerung von West nach Ost. Das gilt zunächst einmal für den Organisationsgrad. In den neuen Bundesländern war der Organisationsgrad des Rechtsextremismus bis 1997 geringer als in Westdeutschland. Erst ab 1998 und dann mit steigender Tendenz ist der Organisationsgrad des Rechtsextremismus in den fünf neuen Bundesländern - für Berlin-Ost haben wir da keine Daten - kontinuierlich angewachsen.

Das gilt auch für die Wahlergebnisse bei nationalen Wahlen, bei Europawahlen und bei Bundestagswahlen. Bis 1994 sind die Ergebnisse im Westen, einschließlich Westberlin, besser ausgefallen als im Osten. Erst

ab der Bundestagswahl 1998 - dann aber seither kontinuierlich - sind die Wahlergebnisse in Ostdeutschland besser als in Westdeutschland.

Dies gilt vermutlich auch für rechtsextreme Einstellungen. Da haben wir nicht so eine zuverlässige Datenbasis, aber vermutlich waren bis 1994 - jedenfalls gibt es eine große Untersuchung aus dem Jahr 1994 - die rechtsextremen Einstellungen in Westdeutschland stärker verbreitet als in Ostdeutschland. Die nächste größere Untersuchung aus dem Jahr 1998 hat dann gezeigt, dass es genau umgekehrt ist: Der Rechtsextremismus in Ostdeutschland war ungefähr anderthalbmal so stark wie in Westdeutschland. In dem Zeitraum zwischen 1994 und 1998 dürfte also diese Verschiebung von West nach Ost stattgefunden haben.

Eine Ausnahme: Straftaten, insbesondere Gewalttaten, waren in den neuen Bundesländern, in Ostdeutschland, immer stärker ausgeprägt - teilweise deutlich stärker ausgeprägt - als in Westdeutschland.

Dritte Entwicklungstendenz: Wandel und Hegemonie der NPD von einer eher systemimmanent auftretenden - das habe ich vorhin ja schon angedeutet - zu einer fundamentaloppositionellen Partei seit etwa 1996/97, die eng mit Personen aus den subkulturellen Milieus und neonazistischen Kameradschaften kooperiert und aus diesem Potenzial nicht nur Parteimitglieder, sondern auch Parteifunktionäre rekrutiert, teilweise in erheblichem Umfang. Das heißt, dass Fundamentalopposition und Gewaltbereitschaft seit etwa 1996/97 bei der NPD einen engen Zusammenhang bilden.

Zum zweiten Fragenkomplex will ich mich lediglich auf die Entwicklung der Gewalt zwischen 1993 und 2010 beschränken. Der erwähnte Rückgang des rechtsextremen Personenpotenzials um 60 Prozent vollzog sich, wie erwähnt, zulasten des eher systemimmanent auftretenden Rechtsextremismus. Das bedeutet, dass gleichzeitig der Anteil der Personen aus den subkulturellen Milieus und aus dem Bereich der neonazistischen Gruppierungen zugenommen hat, nämlich bundesweit von 13 Prozent 1993 auf 56 Prozent im Jahr 2010.

Wenn man nur die fünf neuen Bundesländer betrachtet, dann erkennt man, dass der Anteil der systemoppositionellen bzw. gewaltbereiten Kräfte von 36 Prozent im Jahr 1993 auf 70 Prozent im Jahr 2010 stieg. Wenn man zu diesem Personenpotenzial ab

1997 auch noch die Mitglieder der NPD rechnet, dann beträgt der Anteil dieser gewaltbereiten bzw. systemoppositionellen Kräfte 2010 82 Prozent, in den fünf neuen Bundesländern sogar 98 Prozent.

Das heißt, die quantitative Abnahme der Anzahl der Rechtsextremisten geht in Bezug auf Ideologie und Gewalt mit einer Radikalisierung des Rechtsextremismus einher, die mittlerweile exorbitante Ausmaße angenommen hat.

Zum dritten Fragenkomplex, der sich im Wesentlichen auf die Ursachen bezieht, will ich vier Punkte ansprechen: einmal die allgemeinen Erfolgsbedingungen für Rechtsextremismus, zweitens individuelle Einstiegswege in den Rechtsextremismus, drittens die Hinwendung zum Terrorismus und viertens einige kurze Anmerkungen zur Terrorgruppe NSU.

Bei den allgemeinen Erfolgsbedingungen - dies nur ganz kurz - muss zwischen Nachfrage und Angebot unterschieden werden. Erfolge kann der Rechtsextremismus nur haben, wenn beides in etwa übereinstimmt. Spannend ist in diesem Zusammenhang natürlich vor allen Dingen die Nachfrageseite. Da habe ich drei Ursachenkomplexe, die in den Analysen eine wichtige Rolle spielen. Das sind einmal die individuellen Persönlichkeitsmerkmale, vor allen Dingen Autoritarismus, dann aber auch Dogmatismus, Rigidität und Anomie. Das Zweite und Dritte sind die sozioökonomischen Verhältnisse und die politisch-kulturellen Verhältnisse, soweit sie Unzufriedenheit, Protest, Opposition gegen das System beinhalten.

Nach meinen eigenen Untersuchungen - da gibt es auch andere Befunde, aber nach den Untersuchungen, die wir am Otto-Suhr-Institut zusammen mit dem Kollegen Niedermyer gemacht haben - kommt den Persönlichkeitsmerkmalen und da vor allen Dingen dem Autoritarismus die größte Erklärungskraft zu. Sozioökonomische Faktoren begünstigen die Anfälligkeit für Rechtsextremismus erst in Kombination mit derartigen Persönlichkeitsmerkmalen. Sozioökonomische Faktoren spielen also schon eine Rolle, aber erst dann, wenn die Persönlichkeitsmerkmale gegeben sind.

Die Einstiegswege in die rechtsextreme Szene sind noch so gut wie kaum erforscht. Sie orientieren sich vermutlich - das weiß man aus den vorliegenden Biografien - an dem erwähnten Set von spezifischen Ver-

haltensweisen, wobei der Zugang eher durch niedrighschwellige Aktivitäten erfolgen dürfte, also durch zufällige Kontakte mit Rechtsextremisten, Mitgliedschaft in kleinen rechtsextremen Cliquen, Teilnahme an Veranstaltungen, Konzerten und Besuch von Szenetreffpunkten.

Was die Hinwendung zum Terrorismus angeht, können wir nur auf den westdeutschen rechtsgerichteten Terrorismus in den 70er-Jahren schauen und können sehen, ob man da verallgemeinerbare Befunde hat. Ich habe da sechs, die ich nennen will.

Das Erste ist der Zerfall der NPD Anfang der 70er-Jahre, die zunächst sehr erfolgreich war und über enorme Integrationskraft im rechtsextremen Lager verfügte, was sie auf ihre parlamentarische Strategie ausrichten konnte. Die NPD hatte 1967/68 viermal so viele Mitglieder wie heute, sie war in Westdeutschland in sieben Landtagen vertreten und hat bei der Bundestagswahl 1969 die Fünfprozenthürde nur knapp verfehlt, mit 4,3 Prozent.

Zweiter Punkt. Charakteristisch für Terroristen war damals ein enormer Hass auf die demokratische Ordnung und ihre Repräsentanten sowie eine ausgeprägte Feindbildorientierung.

Dritter Punkt. Systemimmanente Praktiken des Rechtsextremismus galten bei diesen Terroristen als gescheitert bzw. aussichtslos und wurden deswegen konsequent abgelehnt.

Viertens. Die Terroristen hatten vorher zumeist Erfahrungen in rechtsextremen Organisationen gemacht, teilweise auch in systemimmanent auftretenden rechtsextremen Organisationen, sich dann aber hinsichtlich der Maßnahmen im Kampf gegen das verhasste System Schritt für Schritt radikalisiert: von Schmier- und Klebeaktionen über Geländeübungen bis hin zur systematischen Anwendung von Gewalt.

Fünftens. Die Terroristen agierten in einem - allerdings kleinen - rechtsextremen Umfeld, von dem sie sich gelegentliche Hilfestellungen erwarten konnten und aus dem sie auch hofften Nachwuchs rekrutieren zu können.

Schließlich sechstens. Die Rechtsterroristen rechneten sich gewisse Erfolgschancen aus. Denn sie agierten in einem Klima, das durch den Terrorismus von links geprägt war, der die staatliche Autorität scheinbar erfolgreich erschütterte und die Strafverfolgungsbehörden als machtlos erscheinen ließ.

Ich bezweifle allerdings - das ist jetzt meine persönliche Meinung -, dass typische Karrieremuster existieren, die mit dem Einstieg in die rechtsextreme Szene beginnen und dann in rechtsextremen Terrorismus münden.

In meinem Gutachten vertrete ich die These, dass sich die Gelegenheitsstrukturen für rechtsextremen Terrorismus seit 1990 kontinuierlich verbessert haben, und das eher im Osten als im Westen. „Gelegenheitsstrukturen verbessert haben“ heißt, dass die Wahrscheinlichkeit zugenommen hat, dass es rechtsextremen Terrorismus gibt. Das bedeutet nicht, dass er auch wirklich eintreten musste. Das ist lediglich eine Aussage, dass die Entfaltungsbedingungen besser geworden sind.

In diesem Zusammenhang sind einige Punkte zu nennen: einmal die besondere Militanz der ostdeutschen Neonazis und der ostdeutschen rechtsextremen Subkulturen, dann, was ich gerade gesagt habe, die zunehmende Aggressivität und Systemfeindschaft des Rechtsextremismus, drittens, dass die NPD als integrationsschwache Kleinpartei nicht in der Lage war, dieses Potenzial, wie weiland noch die NPD in den 60er-Jahren, zu integrieren.

Bei aller Militanz dieser Partei muss man sehen: Es ist eine Splitterpartei, die, was ihre Organisation und auch ihre Wahlerfolge angeht, einen Flickenteppich mit lokalen, flächenmäßig verteilten Schwerpunkten darstellt, aber sie ist in den Bundesländern nie - weder in Sachsen noch in Mecklenburg-Vorpommern - flächendeckend präsent. Das heißt, sie hätte überhaupt nicht die Möglichkeit gehabt - selbst wenn sie es gewollt hätte, was ich bezweifle -, die Integration des systemfeindlichen, militanten Rechtsextremismus vorzunehmen.

Im Übrigen muss man auch sehen, dass sich die NPD in der letzten Zeit im Abwärtstrend befindet. Sowohl die Mitgliederzahlen als auch die Wahlergebnisse nehmen in den letzten Jahren ab. Selbst da, wo sie früher erfolgreich war, sind die Wahlergebnisse deutlich gesunken. Das zeigte sich auch bei der letzten Bundestagswahl, wo sie selbst in den Bundesländern, in denen sie sich Erfolge ausgerechnet hatte, deutlich verloren hat. Ihre Integrationskraft war also schon immer gering und ist laufend am Schwinden.

Der letzte Punkt ist schließlich, dass sich Rechtsterrorismus natürlich mit einigen Aussichten auf Erfolg darauf verlassen konnte,

dass eher der islamistische Terrorismus im Blick von Staat und Gesellschaft ist, sodass man sich ausrechnen konnte, dass man gewissermaßen im Windschatten dieser Aufmerksamkeit seine terroristischen Aktivitäten machen konnten.

Zum Schluss noch drei Anmerkungen zur Terrorgruppe NSU. Das will ich jetzt kurz machen; darauf geht offenbar ja auch Frau Röpke ein. Wichtig scheint mir schon zu sein, dass die drei NSU-Terroristen zunächst zu der Gruppe von jungen Leuten im Osten gezählt haben, die über eine rechtsgerichtete, aber sehr diffuse Proteststimmung verfügten und die zunächst der Skinheadkultur zuneigten, dort in Kontakt mit Neonazis gekommen sind und mit einigen davon dann die „Kameradschaft Jena“ gebildet haben und via „Thüringer Heimatschutz“ immer stärker in die Neonaziszene eingetaucht sind. Das bedeutete dann regelmäßige Besuche von Zusammenkünften, Konzerten, Kundgebungen, von Feiern, aber auch Unterstützung der Anti-Antifa-Aktivitäten, was bedeutet, dass sich ihre Militanz im Laufe dieser Zeit verstärkt hat.

Aus der Formulierung „Taten statt Worte“, die in der Bekenner-DVD auftaucht, kann man schließen, dass sie szeneeinterne Gemeinschaftserlebnisse, öffentliche Kundgebungen oder die Überzeugung durch Argumente für erfolglos gehalten und als einzige angemessene Verhaltensweise konkrete Aktionen gegen das verhasste System gebilligt haben. Das wäre dann auch eine Parallele zu dem Terrorismus der 70er-Jahre in Westdeutschland.

Mit der Hinrichtung von „Ausländern“, wie sie sagen, dürfte einerseits beabsichtigt gewesen sein, unter den Immigranten ein Klima der Angst und der Einschüchterung zu erzeugen. Andererseits war offenbar aber auch der Staat adressiert. In einer der gefundenen Festplattendateien heißt es, der NSU handle aufgrund der - ich zitiere - „Erkenntnis, nur durch wahren Kampf dem Regime und seinen Helfern entgegenzutreten zu können“. Die terroristischen Aktivitäten dienten mithin dazu, den demokratischen Staat zu erpressen. So findet sich auf der Propaganda-DVD auch folgender Satz:

Solange sich keine grundlegenden Änderungen in der Politik, Presse und Meinungsfreiheit vollziehen, werden die Aktivitäten weitergeführt.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu den Gelegenheitsstrukturen. Einiges spricht dafür, dass die NSU-Terroristen ihre Absichten nicht als völlig aussichtslos eingeschätzt haben. Sie fühlten sich offenbar stark genug, um den Staat zu erpressen. Auf der Propaganda-DVD machten sie sich nachgerade lustig über die Ahnungslosigkeit und die Misserfolge der Ermittler und verhöhnten die staatlichen Behörden. Schließlich wird ihnen das Abtauchen in die Illegalität dadurch erleichtert worden sein, dass sie sich - wie wir heute wissen, nicht ganz zu Unrecht - in ein Milieu integriert wähten, das ihnen notfalls logistische Unterstützung und materielle Hilfe zukommen lässt. Angesichts ihrer maßlosen Selbstüberschätzung kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass sie sich gewissermaßen als Aktionsausschuss dieser Gesinnungsgemeinschaft verstanden.

Dabei will ich es jetzt belassen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Herr Professor Stöss.

Wir haben uns gerade, Frau Röpke, zwischen den Abgeordneten verständigt, dass wir als Nächsten Herrn Professor Schroeder aufrufen würden, weil wir dann die beiden Wissenschaftler sozusagen am Stück hier hören würden, und würden Sie dann als Dritte hören, wenn Sie einverstanden sind. - Dann bitte Herr Professor Dr. Schroeder.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Vielen Dank. - Mein Name ist Klaus Schroeder, ich bin Professor an der Freien Universität, am Otto-Suhr-Institut, und leite den Forschungsverbund SED-Staat seit 1992. Das war auch mein Einstieg in die Rechtsextremismusforschung. Wir sind bei unseren Untersuchungen zur DDR bei der Durchsicht von SED- und MfS-Archivalien darauf gestoßen, dass es in einem von uns nicht erwarteten Maße Ausländerfeindlichkeit und rechtsextremistische Einstellungen schon in den 1980er-Jahren in der DDR gab. Wir haben dann in den Jahren 2003/2004 eine sehr breit angelegte empirische Studie, eine Befragung von Jugendlichen zu Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft im Ost-West-Vergleich, durchgeführt. Ich habe Ihnen im Gutachten die Zusammenfassung beigelegt. Das war für mich der Einstieg in die Thematik.

Richard Stöss und ich haben uns abgesprochen, dass ich die Punkte, die er genannt hat, nicht noch mal doppelte, sondern die Dinge anspreche, die spezifisch auf Ostdeutschland eingehen, aber auch auf Dinge eingehe, die ich vielleicht etwas anders sehe.

Der erste Punkt ist, dass es in der Wissenschaft - in der Politik sowieso, aber auch in der Wissenschaft - gar keine einheitliche Auffassung gibt, was Rechtsextremismus eigentlich ist. Rechtsextremismus wird oft auch als politischer Kampfbegriff benutzt. Da wird dann jeder gleich als rechtsextrem eingestuft, wenn er dieses oder jenes von sich gibt. Das heißt, man muss, wenn man Studien durchführt, erst mal operationalisieren: Was ist eigentlich eine rechtsextremistische, geschlossene Einstellung? Was ist ein rechtsextremes Weltbild?

Der Kern - da sind wir uns einig - ist die biologistische, völkische Aufladung des Weltbildes. Man strebt eine völkische Gesellschaft an, wo die Volksgemeinschaft, national begründet, anderen überlegen ist. Aus dieser Ungleichheit wird eine Ungleichwertigkeit abgeleitet, die dann sowohl die Individuen als auch Ethnien oder Völker insgesamt betrifft. Dieser Kern ist geblieben, egal wie der Rechtsextremismus sich in den letzten zehn Jahren - in Führungszeichen - modernisiert hat.

Ich habe hier auch aufgeschrieben, was noch dazugehört: Gemeinhin haben Rechtsextreme ein nationalistisches Bild. Sie sind generell ausländerfeindlich, sie sind antisemitisch, sie sind antiparlamentarisch. Das heißt, sie lehnen das System der repräsentativen Demokratie ab. Sie haben ein mehr oder weniger NS-nahes Geschichtsbild und vertreten den eben schon genannten Biologismus.

Wenn Sie sich unter diesen Prämissen die rechtsextreme Szene anschauen, werden Sie wahrscheinlich nur sehr wenige finden, die über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen. Gerade unter Jugendlichen findet man eher nur Versatzstücke. Es ist die Ausländerfeindlichkeit, die eine sehr starke Rolle spielt, und es ist das auf das Deutsche Fixierte. Wenn man sich gerade von kleinen Gruppen die Selbstbeschreibung ansieht, dann stellt man fest: Sie wollen Deutschland wieder deutsch machen. Sie vertreten nämlich die Auffassung, dass sowohl die DDR als auch die Bundesrepublik durch die Besatzungsmächte umerzogen wurden, dass das Deutsche ausgetrieben

wurde und dass man hier wieder anknüpfen muss. Hieraus leitet sich sehr viel ab. Im Grunde genommen laufen alle Strategien, die sie haben, auf diese völkischen, biologischen Dinge hinaus.

Ich möchte jetzt, bevor ich zur DDR-Entwicklung komme, einen Sprung zu einem Aspekt machen, nämlich zum nationalen Sozialismus. Die NPD, die ja schon im Niedergang war, hat sich über die neuen Länder revitalisiert, und sie hat dies durch Themen getan, die eher einen sozialen Bezug hatten: den Protest gegen Hartz IV und andere Dinge. Hier hat die NPD im Osten sehr viele Stimmen sammeln können. In ihrem Umfeld sind dann neonazistische Gruppen entstanden, die auch einen nationalen Sozialismus, Linksnationalismus propagieren. Das finden wir bei den „Autonomen Nationalisten“, die in den letzten Jahren die subkulturelle Szene ein bisschen überformt haben. Es ist eine historische Anknüpfung an den Strasser-Flügel der NSDAP, also die antikapitalistischen Elemente der NSDAP, die ja spätestens 1934 beendet waren. Hier knüpft man an. Man übernimmt auch Argumentationsmuster, die zur damaligen Zeit vorhanden waren.

Die „Autonomen Nationalisten“ oder „Nationalen Sozialisten“, wie sie sich nennen, propagieren einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts, aber es ist ein Nationalsozialismus im wahrsten Sinne des Wortes, der immer das eigene Volk in den Vordergrund stellt. Selbst wenn sie den Sozialismus propagieren, lassen sie nicht ihre völkische Betrachtungsweise außen vor. Die Volksgemeinschaft ist immer noch das Zentrale, auch im Sozialismus.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, sind die verschiedenen Ansätze zur Erklärung des Rechtsextremismus, also: Wie entsteht er? Das halte ich für sehr wichtig, weil sich hieraus ja Konsequenzen für die Prävention ergeben.

Es gibt zwei große Erklärungsmodelle. Das erste Erklärungsmodell knüpft an die alte Faschismusdefinition innerhalb der Linken an. Sie sieht sozioökonomische Gründe, sprich: den Kapitalismus, als ursächlich für die Entstehung von Rechtsextremismus. Da ist natürlich die Prävention sehr einfach: Kapitalismus abschaffen. Dann wird sich das schon ändern. Hier ist aber historisch die DDR das Gegenbeispiel. Denn warum ist in der DDR eigentlich so etwas entstanden, obwohl es dort, jedenfalls nach Augenschein, keine kapitalistischen Verhältnisse gab? Ich

halte diesen Erklärungsansatz für nicht sehr belegt. Ich halte ihn auch für eher politisch als wissenschaftlich motiviert.

Ich möchte hier etwas zugespitzt sagen: Es gibt in dem Umfeld dieses Erklärungsmodells, aber auch unter Politikern die Annahme, dass wir quasi wieder Weimarer Verhältnisse haben. Der Rechtsextremismus kommt angeblich aus der Mitte der Gesellschaft. Die Mitte der Gesellschaft ist von Abstiegsängsten geplagt, sucht sich einen Sündenbock - das sind die Ausländer -, und fertig ist der Rechtsextremismus. Ich halte diese These, diese Annahme für nicht berechtigt. Ich glaube nicht, dass der Rechtsextremismus aus der Mitte der Gesellschaft kommt. Das werde ich anhand unserer eigenen Studie noch etwas illustrieren.

Den zweiten Ansatz, nämlich den sozialisierungstheoretischen, den auch Richard Stöss erwähnt hat, halte ich für brauchbarer. Das heißt, die Dispositionen, die Einstellungen, die Mentalitäten, die später zum Rechtsextremismus führen, werden schon sehr früh ausgebildet: in der Familie, im Kindergarten usw. Das trifft im Übrigen auch auf die Gewaltbereitschaft zu. Wir haben in unserer Studie festgestellt, dass fast alle Gewaltbereiten - rechtsextrem oder nicht rechtsextrem - diese Aggressivität und Gewaltbereitschaft schon sehr früh äußern. Wenn Sie sich Täterstudien anschauen, dann finden Sie dies bestätigt. Sie sind fast alle schon in sehr frühem Alter verhaltensauffällig. Bezogen auf den Rechtsextremismus war bei vielen zuerst die Gewaltbereitschaft da, die dann, indem sie in diese Szene hineinkamen, politisch aufgeladen wurde. Das ist eine Angelegenheit, die also sehr wohl trennen muss zwischen der Gewaltbereitschaft und Aggressivität und dem, was sich dann politisch auflädt.

Ich glaube ebenso wie Richard Stöss, dass vieles zufällig ist: in welche Szene man hineinrutscht, wo man gerade lebt, in welcher Region, in welcher Stadt, wo es welche Szenen gibt, die auch Gewaltbereitschaft politisch aufladen und propagieren. Es hängt auch sehr viel mit sozialen Dingen zusammen, wo man hineinrutscht.

Wenn ich zu unserer eigenen Studie kurz etwas sagen darf: Wir haben Schüler verschiedener Schulformen befragt, sowohl per Fragebogen als auch per Gespräch. Hier sehen Sie: Die Gewaltbereitschaft, aber auch zumindest versatzstückmäßig die rechtsextreme Einstellung sinkt mit dem Bildungs-

grad. Da hat sich nichts geändert. Das heißt, unter Gymnasiasten, Gesamtschülern, Realschülern finden Sie relativ wenige, in Hauptschulen schon mehr, und wenn Sie in die Berufsschulen gehen und dort die Schüler des Berufsvorbereitungsjahrs fragen, dann haben Sie einen sehr hohen Anteil an gewaltbereiten jungen Menschen, die zumindest rudimentär auch rechtsextreme Einstellungen vertreten. Ich glaube, dass zumindest von der sozialen Schichtung her das zumindest subkulturell geprägte gewaltbereite Potenzial weiterhin nicht aus der Mitte der Gesellschaft kommt.

Zurück zur DDR: In der DDR, die offiziell entweder leugnete oder verdrängte, dass es Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus gab, war die Annahme ja auch, dass sich mit der Beseitigung kapitalistischer Verhältnisse solche Einstellungen nicht mehr herausbilden können. Sie haben sich trotzdem herausgebildet. Sie sind sogar sehr verbreitet gewesen, wie schriftlich dokumentiert wurde. Aber da ja alles Böse aus dem Westen kam, konnte man keine systemimmanenten Gründe hierfür finden.

Nach dem Fall der Mauer - jetzt kommt der zweite Punkt, der die Nachwirkungen der DDR-Sozialisation bestimmt - haben die sozialen Turbulenzen dazu geführt, dass große Teile der Jugendlichen ohne Orientierung, ohne Vorbild dastanden. Hier haben sich gerade in ländlichen Bereichen viele Szenen herausgebildet, die sich selbst überlassen waren. Hier haben auch Neonazis versucht anzuknüpfen, diese Leute für sich zu gewinnen. Das ist zum Teil ja auch gelungen.

Wenn man aus heutiger Sicht zurückblickt, kann man sagen, dass das derzeitige Bild des Rechtsextremismus viel stärker vom Osten als vom Westen geprägt ist; denn sowohl die subkulturelle Dimension als auch die Gewaltbereitschaft, all das hat sich dort herausgebildet. Das ist dann zum Teil in den Westen übergeschwappt. Es wäre natürlich falsch, zu sagen: Das gibt es im Westen nicht. Aber das gibt es im Westen nicht in dem Maße. Richard Stöss hat die Zahlen genannt: Wir haben das Doppelte bis Dreifache an rechtsextremen Gewalttätern und Gewalttaten unter Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen. Das hat sich bis zum heutigen Tage nicht gelegt; denn Mentalitäten und Einstellungen verändern sich nicht über Nacht. Sie sind in Milieus vorhanden, ausgeprägt und werden weitergegeben.

Ich möchte jetzt zum Schluss - ich bin ja auf die einzelnen Fragen in dem Gutachten eingegangen - noch etwas zur Prävention sagen und möchte drei Dinge unterscheiden.

Der erste Punkt ist: Wie rutschen junge Menschen in die rechtsextreme Szene? Hier glaube ich, es ist, wenn die entsprechende Disposition da war, mehr oder weniger Zufall, ob man in diese oder jene Clique kommt, ob man in dieser oder jener Stadt lebt. Hier ist die Prävention noch relativ „einfach“, weil man hier vielleicht argumentativ noch etwas erreichen kann, indem man Angebote macht, Erklärungsmodelle gibt, aber auch andere Angebote macht, um diese Jugendlichen möglichst schnell dort wieder herauszuholen.

Der zweite Schritt ist die Verfestigung des Weltbildes, eines rechtsextremen Weltbildes. Das vermittelt sich über Musik, über Gruppenerlebnisse, über alles Mögliche. Ich glaube, man darf nicht unterschätzen, was das für junge Menschen, die gewaltbereit sind und in diese Szene kommen, sozialpsychologisch bedeutet: Sie erhalten auf einmal eine Anerkennung, die für uns eine negative Anerkennung ist, für sie aber eine Anerkennung schlechthin, bei dem, was sie tun, nämlich Gewalt gegen Andersdenkende, gegen Andersfarbige usw. auszuüben. Hier ist es schon sehr schwer, Prävention zu betreiben. Ich denke, dass die Aussteigerprogramme hier eine wichtige Funktion haben, denn diese Szene kann nicht mehr mit Argumenten auseinandergebrochen werden, sondern hier muss man relativ tief gehen.

Ich glaube auch, dass der Staat - auch das habe ich ja geschrieben - mit der gebotenen Härte gegen kriminelle Rechtsextreme vorgehen muss. Im Nachhinein betrachtet halte ich es für einen zentralen Fehler, in den 90er-Jahren bei den Ausschreitungen gegen die Täter und Mitläufer nicht stärker und schneller vorgegangen zu sein. Dadurch konnte sich überhaupt erst so eine Mitläuferszene in Ostdeutschland herausbilden. Aus meiner Sicht hat hier die Justiz versagt, weil sie glaubte, sie könnte diese jungen Menschen sehr schnell wieder resozialisieren.

Der dritte Punkt ist der Einstieg in den Terrorismus, in die permanente Gewaltanwendung. Hier lässt sich aus wissenschaftlicher Sicht überhaupt nichts mehr sagen, denn das sind Dispositionen, die Sie im Einzelfall ergründen können, aber erst im Nachhinein. Hier würde ich auch keinen Automatismus sehen, dass jemand, der ein rechts-

extremes Weltbild hat, automatisch irgendwann ein Rechtsterrorist wird.

Die Verknennung des NSU trifft ja, wenn man ehrlich ist, auch den Wissenschaftsbereich. Mir ist keine Studie bekannt, die gesagt hätte: Wir haben jetzt schon im Untergrund Terroristen in der rechtsextremen Szene. - Selbst viele Initiativen haben das auch nicht erkannt. Am ehesten hätte es ja der Verfassungsschutz erkennen müssen, nebenbei gesagt. Der hat es ja auch nicht erkannt. Insofern sind wir hier genauso schlau wie vorher. Wir können nicht bestimmen: An welchem Punkt gehen Leute in den Untergrund? Das ergibt sich aus Diskussionen innerhalb der Szene, in kleinen Gruppen.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, genau wie Richard Stöss: Die rechtsextreme Szene ist personell kleiner geworden, sie ist jünger geworden, sie ist radikaler geworden, gewaltbereiter geworden, und sie hat sich neuen Themen zugewendet. Sie nimmt die Frage der Gesellschaftsordnung, des Sozialismus, die Globalisierung usw. auf die Tagesordnung. In ganz vielen Feldern argumentieren Rechtsextreme und versuchen, hier junge Menschen für sich zu gewinnen.

Schließen möchte ich mit einem - ich nenne ihn nicht namentlich - DDR-Schriftsteller. Er wurde irgendwann in den 90er-Jahren gefragt, warum er eigentlich Kommunist geworden ist. Er sagte: Ach, ich war in der Weimarer Republik jung. Die demokratischen Parteien waren erstarrt, da bewegte sich nichts mehr. Die Eliten waren nicht sichtbar. Nur die Kommunisten und die Nazis versprachen Dynamik und Bewegung. Und da mir die Nazis zu primitiv waren, bin ich zu den Kommunisten gegangen. - Das sind sozusagen psychologische Momente, die auch heute eine Rolle spielen dürften: Wenn die Demokratie, die demokratischen Parteien und ihre Jugendorganisationen, nicht attraktiv genug sind, dann wenden sich junge Menschen ab und wenden sich extremistischen Gruppen zu. Hier ist die Politik natürlich gefragt, dem entgegenzusteuern.

Aber auf jeden Fall kann man nicht erwarten, dass man dieses Phänomen Rechts extremismus gänzlich lösen kann. Wir haben in allen Ländern solche Erscheinungen. In Deutschland sind sie im Übrigen im Vergleich zu anderen Ländern eher unterrepräsentiert. Auch das könnte man positiv hervorheben. Aber diese menschenverachtenden, rassistischen Einstellungen muss man zurückweisen, ihnen muss man begegnen. Aber man

sollte nicht die Illusion haben, zu glauben, dass es eine Patentlösung gibt, diese Einstellungen aus der Welt zu schaffen. - Danke.

(Beifall)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Herr Professor Schroeder. - Wir kommen dann zum Vortrag der dritten Sachverständigen. Frau Röppe hat das Wort. Es scheint jetzt mit der Präsentation zu klappen. Bitte.

Sachverständige Andrea Röppe:¹ Ich möchte gern auf die Entwicklung des Rechtsterrorismus und rechter Terrorvorkommnisse seit 45 bzw. seit den 70er-Jahren kurz eingehen. Das Motto kann man auch kurz benennen unter dem Namen, ein Klima der Angst zu schaffen, Unsicherheit in der Gesellschaft zu schüren.

1972 tauchte die „Europäische Befreiungsfront“ auf, gegründet in Nordrhein-Westfalen. Ihre Anschläge, die sie vorhatten, waren in erster Linie gegen die Politik von Bundeskanzler Willy Brandt damals gerichtet. 1977 gab es Überfälle auf Banken und NATO-Soldaten zur Waffenbeschaffung aus dem Umfeld von Michael Kühnen. Unter anderem war auch Manfred Börm, Bauunternehmer aus der Nähe von Lüneburg und lange Zeit Bundesvorstandsmitglied der NPD, beteiligt und wurde verurteilt.

1978 gab es das „Kommando 88“ - Sie wissen: 88, Heil Hitler -, in Hanau gegründet. Es wurden Todeslisten bei Razzien aufgefunden. Waffen und Sprengstoff wurden bei diversen weiteren Wehrsportgruppen gefunden.

42 Jahre lang konnte in der Bundesrepublik, also im Westen, die „Wiking-Jugend“ militant und soldatisch im Sinne des Nationalsozialismus Kinder und Jugendliche drillen. Die meisten der heutigen Anführer der Neonaziszene sind durch die Schule der „Wiking-Jugend“ gegangen.

1980 machten die „Deutschen Aktionsgruppen“ von Manfred Roeder, einem verurteilten Rechtsterroristen, auf sich aufmerksam. Manfred Roeder lebt noch heute im Knüll in Hessen, ist immer noch eine der Ikonen der Neonaziszene, wird von jungen

¹ Die folgenden Ausführungen erfolgen mithilfe einer Powerpoint-Präsentation (siehe Anlage 1 zum Protokoll).

Leuten besucht, ist selber äußerst aggressiv. Damals war er für den Tod von zwei Vietnamesen in Hamburg und für Anschläge auf die Wehrmachtsausstellung mitverantwortlich.

Übrigens haben Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos zusammen mit weiteren führenden Neonazis aus dem Umfeld des „Thüringer Heimatschutzes“ einen Prozess von Manfred Roeder besucht, und man kann davon ausgehen, dass Manfred Roeder für sie als eines der Vorbilder diente.

1980 sorgten Mitglieder oder Angehörige der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ aus Franken, aus Bayern für Aufsehen, unter anderem mit dem Oktoberfestattentat 1980 mit 13 Toten; Gundolf Köhler, der Attentäter, war darunter. Er hatte an Wehrsportübungen teilgenommen. Kurze Zeit nach dem Oktoberfestattentat wurden der jüdische Verleger Shlomo Levin und seine Lebensgefährtin in Erlangen erschossen, auch von einem ganz engen Gefährten, Uwe Behrendt, aus dem Umfeld von Karl-Heinz Hoffmann. Nur kurz angemerkt: Karl-Heinz Hoffmann ist seit seiner Haftentlassung 1989, übrigens vorzeitig, Bauunternehmer in Thüringen, ganz in der Nähe von Jena. Er hat in Kahla zahlreiche Häuser aufgekauft. Er hat dort ein sehr bürgerliches Umfeld gewonnen, aber immer weiterhin auch Kontakte zu Neonazis gepflegt und ist mittlerweile auch eine der Ikonen in der Neonaziszene, der gerne zu Vorträgen eingeladen wird.

Die 90er-Jahre waren auch wiederum geprägt, aber diesmal war es eher so, dass Pogromstimmung herrschte, dass der gesellschaftliche Mob von Neonazis in Gang gesetzt wurde, dass die Stimmung sehr rassistisch, ausländerfeindlich aufgeladen war. Die Pogromstimmung in Hoyerswerda Anfang der 90er - so wird von vielen angenommen - hatte auch ihren Einfluss auf die Radikalisierung in Thüringen, auf das Umfeld des „Thüringer Heimatschutzes“ und der späteren NSU-Anhänger. Es dauerte mehrere Tage. Es gab dort Hetzzenen. Den Neonazis schlossen sich teilweise normale Bürger - in Anführungsstrichen - an bzw. es wurde applaudiert.

Rostock-Lichtenhagen 1992 spitzte sich dann richtig zu, indem zunächst ein Haus tagelang belagert wurde, die Polizei sehr spät erst eingesetzt wurde und es nachher im zweiten Haus sogar zu Brandstiftung kam, wo wir uns im Nachhinein zu dem Jahrestag immer wieder gesagt haben: Es war wirklich eine absolute Glückssache, dass dort, in

Rostock-Lichtenhagen, niemand ums Leben gekommen ist. Die Naziszene selber hat es ganz sarkastisch „Grillfest“ genannt. Wir haben im letzten Jahr im Landtagswahlkampf der NPD in Mecklenburg-Vorpommern den Schock erlebt, dass die NPD sich ganz bewusst vor dem Sonnenblumenhaus in Lichtenhagen, diesem Ort der Pogrome, aufgestellt hat, dort Wahlkampf machen wollte, also ganz gezielt noch mal mit diesen fürchterlichen Szenen von vor Jahren dort Politik machen wollte und damit provozieren wollte.

Dann kamen die Brandanschläge, die Sie sicherlich auch noch im Gedächtnis haben: Mölln mit drei Toten türkischer Abstammung, Frauen und Kinder dabei. 1993 Solingen, fünf Tote. Übrigens: Die Brandstifter aus Mölln und Solingen werden von der Neonaziszene betreut. Sie werden im Gefängnis als nationale Märtyrer gefeiert, und der Kontakt wird gehalten, ebenso zu dem 1997 zum Straftäter gewordenen Kay Diesner, einem Neonazi aus Berlin, der zunächst einen linken Buchhändler in Berlin schwer verletzte, angeschossen hat und dann auf der Flucht in Lübeck einen Polizisten erschossen hat. Herr Diesner ist mittlerweile eine der Ikonen der Szene. Er meldet sich immer wieder aus dem Gefängnis. Er wird wirklich als nationaler Märtyrer gefeiert. 1999 - noch als Beispiel - gab es die Hetzjagd in Guben mit einem Todesopfer, wo zum Beispiel auch ein Aktivist, ein Straftäter aus dem Gefängnis kam und jetzt in Brandenburg für die NPD kandidiert hat.

Seit der Wende - das ist noch mal zu erwähnen, auch gerade im Hinblick auf die letzten Feierlichkeiten - hat es über 150 Tote rechter Gewalt gegeben. Offiziell allerdings geht die Bundesregierung noch von 58 Toten aus. Im Vergleich dazu: 1998 hat es nach Einschätzung des Bundesamtes für Verfassungsschutz 7 600 gewaltbereite Neonazis gegeben, 2008 waren es bundesweit 9 500 gewaltbereite Neonazis. 1998 gab es 790 gezählte Gewalttaten und 2008 über 1 000 Gewalttaten.

1999 bis 2000 wurde vom Bundesamt für Verfassungsschutz in einem internen Bericht, der 2004 im Juli verfasst wurde, als eine Zeit der hochexplosiven Stimmung bezeichnet. Dieser Bericht ist sehr interessant. Vor allen Dingen auch, was in dem Bericht nicht erwähnt wird, ist sehr spannend. Aber zunächst einmal: 2000 verdoppelten sich die Funde von Waffen, Munition und Sprengstoff im Vergleich zum Vorjahr. Allein 15 Home-

pages mit Bombenbauanleitungen für Neonazis wurden demnach festgestellt, aber einfach einsehbar. Das BKA registrierte zwischen 1999 und 2002 178 Funde von Sprengstoff und Brandvorrichtungen.

Ganz kurz zum Foto zum Verständnis: Das ist ein Foto der „Braunen Armee Fraktion“, Weimar. Das ist eine Neonazigruppierung, die noch Jahre später - ich glaube, bis 2004/2005 - aktiv war. Sie sehen rechts im Bild eine der Anführerinnen mit ihrem Kind auf dem Arm. Die Bewaffnung, die Selbstinszenierung von Gewalt, die Ästhetisierung ist hier auf dem Bild noch mal zu sehen. Ähnliche Bilder gab es auch von den verbotenen „Skinheads Sächsische Schweiz“.

Die Strategien der militanten Rechten um 2000. Wir bewegen uns jetzt in dem Zeitraum, in dem die drei, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt - übrigens beide Akademikersöhne; nicht nur Uwe Mundlos, sondern auch Herr Böhnhardt kam aus einer Akademikerfamilie - und Beate Zschäpe als Dritte, sich nach dem Auffund von weiterem Sprengstoffmaterial in der angemieteten Garage von Beate Zschäpe in Richtung Sachsen abgesetzt haben, also quasi von Thüringen aus nur über die Landesgrenze erst mal verschwunden sind. In diesem Zeitraum, also zwischen 1998 und 2000, gab es durchaus Strategien für den Untergrund, Strategien zur Bewegung auch in militanten Spektren, die von der Gesellschaft so nicht erfasst werden sollten. Das hatte schon Kay Diesner, dieser Polizistenmörder, deutlich gemacht, der gesagt hat: Wir müssen einen „Freiheitskampf gegen das System“ führen. - Das heißt, er hatte sich in radikalen Berliner Kameradschaftsstrukturen sozialisiert und hatte mit seiner Tat, einen Polizisten zu erschließen, innerhalb der Szene wirklich maßgeblich Beachtung erfahren. Das ist noch heute so, muss man sagen.

Die „Nationale Bewegung“ war eine Kampftruppe, eine anonym bleibende terroristische Gruppierung, die Brandanschläge vor allen Dingen in Brandenburg startete - es waren rund 16 Taten -, verübt vor allen Dingen auf türkische Imbisse. Das Markante an dieser „Nationalen Bewegung“ ist wiederum, dass sie nicht enttarnt wurden: Die Täter sind bis heute nicht bekannt. Ihr Motiv war unter anderem: „Kampf gegen unarische Überbevölkerung und Kanackenfraß“, wie sie es formuliert haben. Ihr Motto war auch: „Kauft nicht bei Türken!“ Das heißt, auch in dieser

Zeit gab es schon diese Ambitionen, diese politischen Entwicklungen.

Maßgeblich war damals vor allen Dingen der „Hamburger Sturm“ von Neonazis wie Torben Klebe, die auch heute maßgeblich für die NPD in Hamburg tätig sind. Dieser „Hamburger Sturm“ war einer der Wortführer, war einer der Strategieführer der Szene. Sie haben in ihren internen Schriften ganz klar formuliert:

Man darf nicht vergessen, dass wir im Krieg sind mit diesem System, und da gehen nun mal einige Bullen oder sonstige Feinde drauf.

Bildung terroristischer Kleingruppen nach dem Vorbild von „Combat 18“ - 18, Adolf Hitler. „Combat 18“ ist aus Großbritannien heraus die Speerspitze, der gewaltbereite terroristische Arm von „Blood & Honour“ - Blut und Ehre -, einer Terrororganisation, die noch heute europaweit tätig ist, aber in Deutschland seit 2000 verboten. Das heißt, der „Hamburger Sturm“ macht sich diese Strategie zu eigen und wirbt damit auch vor allen Dingen 2000 in der Szene.

Strategien enthielt zu diesem Zeitpunkt unter anderem das „Werwolf-Konzept“. Darin heißt es:

... Strategie eines Partisanenkrieges. Eine scheinbar bürgerliche Existenz sollte die Basis bilden, um aus dem Verborgenen heraus operieren zu können ... Waffen sollten im Ausland besorgt werden und zellenartige Widerstandsgruppen netzartig die Bundesrepublik überziehen.

Sie werden sicherlich im Hinblick auf die Entwicklungen und die Enthüllungen zur Zwickauer Zelle, zum NSU da einige Parallelen, vielleicht auch einige Bezüge entdecken können.

Das Fazit des VS-Berichtes von 2004 lautete: Es gibt eigentlich keine erkennbaren Strukturen, es gibt höchstens die Warnung vor einem „Feierabendterrorismus“. Was ich in diesem Bericht sehr markant fand und was vielleicht sehr typisch für diesen Zeitraum war: „Blood & Honour“ und die „Hammerskin Nations“ - abgekürzt HSN -, gebildet vor allen Dingen aus einer rassistischen, weißen Bewegung in den USA, überwiegend Gewalttäter, in den Knästen der USA gebildet, seit Anfang der 90er auch in Deutschland aktiv, immer noch genehmigt, immer noch nicht verboten, diese beiden Organisationen wur-

den in dem Verfassungsschutzbericht zu gewaltbereiten Strukturen bis 2004 nicht erwähnt, obwohl sie damals wirklich ihre Hochzeit hatten.

Ich will deshalb das „Blood & Honour“-Netzwerk erwähnen; da habe ich jetzt den Bezug. Es ist seit 1994 offiziell in der Bundesrepublik aktiv. 2000 ist die „Division“, wie sie genannt wurde, vom Bundesinnenministerium wegen ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus und ihrer aggressiv kämpferischen Haltung verboten worden. Man muss dazu wissen, dass laut dem Verfassungsschutz - das wird heute offen eingeräumt - die ursprüngliche Zelle, also das Bombenbauertrio aus Jena, schon sehr früh, Mitte der 90er, Kontakte zu diesem gerade erstarkenden „Blood & Honour“-Netzwerk hatte, insbesondere nach Gera, wohin später auch die Verbotsverfügung zu „Blood & Honour“ zugestellt wurde. In Gera saßen zwei der maßgeblichen Anführer von „Blood & Honour“, und zu denen hegte das Jenaer Bombenbauertrio sehr früh Kontakte. Man hatte aber auch schon freundschaftliche Kontakte und politische Kontakte nach Sachsen. Das war schon vor dem Abtauchen von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe bekannt, und es wird heute auch eingeräumt.

Ersichtlich ist heute ja auch, dass relativ schnell, nachdem die Hilfe des „Thüringer Heimatschutzes“ und Ralf Wohllebens usw. getätigt war, Neonazis in Sachsen die Hilfe für die NSU-Flüchtlinge übernommen haben. Das waren maßgebliche Anführer der „Blood & Honour“-Sektion in Sachsen bzw. Chemnitz.

Auch das „Fest der Völker“, diese Neonaziveranstaltung seit 2005 in Jena in Thüringen - ich bin dort einige Male gewesen, jedes Mal rausgeflogen -, war immer wieder, auch nach dem Verbot von „Blood & Honour“, an „Blood & Honour“-Strukturen orientiert, das heißt Bands von „Blood & Honour“ aus dem europäischen Ausland spielten dort. Organisiert wurde das Fest von Ralf Wohlleben, der heute als Unterstützer des NSU im Gefängnis sitzt.

Orientiert hatte sich „Blood & Honour“ sehr stark am Ku-Klux-Klan, am Rassismus, am Elitedenken der „weißen Vormachtstellung“, wie sie das benannt haben. Das ist heute wiederum bei den Straftaten des NSU zu erkennen, ebenso die „14 Words“ von David Lane für die „Erhaltung der weißen Rasse“. Was ganz markant ist: Eine der

wichtigsten Bands von „Blood & Honour“, „Noie Werte“, taucht in den Bekennervideos des NSU auf. Auch sollten die Waffenbesorgungen schon Ende der 90er über „Blood & Honour“ laufen.

„Blood & Honour“ ist eine elitäre, rassistische Gang. Politik sollte über Musik transportiert werden. Sie haben sich als Terroristen mit E-Gitarre bezeichnet. Hass und Ideologie waren ganz, ganz wichtig, Feindbilder klar gesteckt. Die Losung lautete 1998, also im Zeitraum des Abtauchens des Trios: „Wir sind mehr als nur eine Musikbewegung.“ Wenn sie das 1998 ganz offen sagen, verstehe ich nicht, warum sie nicht in dem Verfassungsschutzbericht auftauchen.

1997 wurde übrigens in Thüringen „White Youth“, der Jugendabteiler von „Blood & Honour“, gegründet. Das ist eine Organisation zur Nachwuchsrekrutierung von „Blood & Honour“. Zu diesem Umfeld hatte auch Uwe Mundlos Kontakte.

Ganz kurz zum Bild zur Erklärung: 2009 haben wir dieses Foto gemacht. Links im Bild eine junge Frau aus Thüringen, eine Neonazistin mit ihrem Kind mit einer 28 auf dem T-Shirt. Sie kommt gerade vom „Fest der Völker“, sie kommt gerade vom Neonazi-Event, und das Kind mit der Zahl 28 auf dem T-Shirt als Provokation: 2 und 8, B und H, „Blood & Honour“, eine Erinnerung daran.

Das andere ist ein Foto aus dem Facebook-Netzwerk.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer ist auf diesem Foto eingekreist?)

- Das werde ich immer gefragt. Das weiß ich, ehrlich gesagt, nicht. Das Foto habe ich so aus dem Netz übernommen, tut mir leid.

Das nächste Foto kann ich wiederum erklären; das habe ich selber aufgenommen. Das ist von einem Nazi-Event in Sachsen.

Zu „Blood & Honour“-Bands, Liedern und Texten, als Beispiel nur: Auch genau in dem Zeitraum, wo sich diese Gruppe der drei verradikalisiert hat, wo sie angefangen haben, auch zu morden, die ersten Banküberfälle zu starten, besagten die Texte von „Blood & Honour“ Folgendes:

Die Patrioten von heute müssen sich auf den größten aller Kriege, den Rassenkrieg, vorbereiten, und dafür muss man geheime Strukturen schaffen und bereit sein, sein Leben zu opfern.

Oder es heißt:

Wir als stolze Arier machen unsere Arbeit selber und erlauben dreckigen Menschen nicht, irgendwo in unserer Nähe zu sein. Sie sind Bazillen.

Oder:

Noch ein stinkender Araber, schlimmer als ein Jude. Ich werde den Rassenkrieg führen, du nichtsnutziger arabischer Schleim.

Noch mal zu den „14 Words“, die bei „Blood & Honour“ und auch in den Bekennervideos des NSU immer wieder auftauchen:

We must secure the existence of our people and a future for white children.

Zu dem Zeitpunkt - kurz nur angemerkt - gab es natürlich schon eine Blutspur von „Blood & Honour“ in Nordeuropa. Es gab Nagelbomben, vor allen Dingen gegen Homosexuelle, von „Combat 18“ in Großbritannien. Es gab die Ermordung eines Gewerkschafters in Schweden, einen Anschlag auf einen Journalisten und seinen kleinen Sohn in Schweden. Also war der Terrorcharakter von „Blood & Honour“ im Ausland durchaus erkennbar.

Jetzt der Schwenk zur NPD: In dieser Zeit hat sich aber nicht nur das freie Spektrum der Kameradschaften verradikalisiert, sondern wir haben in den darauffolgenden Jahren bei unseren Recherchen auch registrieren müssen, dass auch die NPD durchaus bereit war, zu Gewalt zu greifen, und dass Gewalt ein legitimes Mittel in ihren Reihen darstellt. Es ist tatsächlich so, dass die NPD heute sagt, dass sie Straftäter, auch die Gewalttäter, in ihren eigenen Reihen resozialisiert und dass sie das Recht darauf haben müssen.

Diese Fotos haben wir gemacht, als ich zusammen mit Kollegen von *Panorama* beim Wahlkampfauftakt der NPD in Schleswig-Holstein, in Steinburg war. Es gab dort zunächst eine ganz normale Landtagswahlveranstaltung der Partei. Kurze Zeit später rief man auf: „Alle raus!“ Dann wurden Stühle, Tische, alles genommen, und dann hat man angefangen, eine Straßenschlacht zu führen. Stefan Köster, einer der führenden NPD-Politiker in Mecklenburg-Vorpommern, hat eine am Boden liegende Frau getreten und ist dafür auch verurteilt worden. Dieses Repertoire, dass auch die Vorstandsmitglie-

der der NPD durchaus bereit sind, so eine Straßenschlacht mit zu führen, haben wir selbst erlebt.

Ich glaube eigentlich heute, dass die NPD noch niemals so militant durchgesetzt war. Nicht nur der Bundesvorstand der NPD, sondern auch die Landesvorstände sind wirklich durchgesetzt mit Straftätern, auch Straftätern, die mit Waffenfunden und Sprengstoffeinsätzen zu tun hatten.

Die NPD hat sich - es wurde schon erwähnt - 1964 gegründet, wandelte sich dann 1991 von einer Wahlpartei zu einer Kampfpartei. Übrigens hat Udo Pastörs das jetzt wiederholt. Er hat noch mal ganz klar gesagt: Die NPD ist eine Kampfpartei. - Sie gilt als Auffangbecken für verbotene Parteien: Gerade Anfang der 90er wurden viele Kleinstparteien der Rechten verboten, und sie hat die radikalen Kräfte der Neonaziszene ganz bewusst aufgenommen; sie sind heute auch maßgeblich in den Führungsgremien der NPD vertreten. Sie wurden lange von den Behörden als lose, unpolitische, subkulturelle Milieus oder Zirkel eingeschätzt. Wir haben immer wieder versucht, darauf aufmerksam zu machen, dass auch diese kleinen politischen, scheinbar führerlosen Zirkel sehr bewusst zur „Volksfront von rechts“ der NPD und der Kameradschaften dazugehören.

Ich möchte noch ganz kurz auf die „Hammerskins“ hinweisen, die gerade in Sachsen sehr stark sind, mittlerweile sich vor allen Dingen in Norddeutschland, in Mecklenburg-Vorpommern sehr stark ausweiten, über Immobilien verfügen. Es ist wirklich mittlerweile ein Millionengeschäft, einerseits Musik, andererseits Hass und Ideologie zu transportieren, was aber ganz klar immer mit Gewaltbereitschaft einhergeht. Überfälle auf politische Gegner gehören für die „Hammerskins“ dazu. Das heißt, politische Gegner sind neben Migranten natürlich die Hauptzielgruppe. Sie haben eine grundsätzlich hohe Gewaltbereitschaft, sie profilieren sich über Knasterfahrunge. Viele „Hammerskins“ haben ein Parteibuch der NPD, und sie haben sehr früh den führerlosen Widerstand propagiert und wiederum, wie der NSU, den Ku-Klux-Klan und die „arische Elite“ vergöttert.

Gerade auch im Umfeld der NSU-Entwicklungen und -Enthüllungen gibt es Hinweise, dass es in ihrer Sozialisierung und Radikalisierungsphase nicht nur sehr enge Verbindungen zu „Blood & Honour“ gab, sondern eben auch zu der sehr starken, nach

dem Verbot von „Blood & Honour“ einsetzenden und sich ausweitenden „Hammerskin“-Bewegung.

Der „Döner-Killer“-Song, der Ihnen vielleicht allen bekannt ist, ist von einem Sänger aus dem Umfeld der „Hammerskins“ entstanden, und der Produzent ist genauso dem „Hammerskin“-Umfeld zuzurechnen, sitzt direkt in Chemnitz. Es gibt jetzt immer mehr nachweisliche Hinweise, dass sie wirklich zu dem Umfeld, auch zu diesem Unterstützerkreis des NSU, Kontakte gehabt haben.

Weiterhin gibt es Kameradschaften wie die „Weiße Bruderschaft Erzgebirge“, die „Kameradschaft Chemnitz Concerts 88“ oder auch die „Fränkische Aktionsfront“, die eigentlich verboten wurde, aber deren Aktivistinnen alle noch dabei sind, die wirklich nach dem Verbot von „Blood & Honour“ 2000 diese NSUler aufgefangen haben, unterstützt haben und vor allen Dingen, was ich ganz wichtig finde, auch noch mal verradikalisiert haben.

Die Neonaziszene in Thüringen, ganz kurz gefasst - Sie können es nachlesen -: Der „Thüringer Heimatschutz“ propagierte politischen Aktivismus und Gewaltbereitschaft. Er verstand sich vor allen Dingen auch als „Organ der Feindbeobachtung“. Anti-Antifa-Arbeit, Ausspähen der politischen Gegner, Observierung, war eine der wichtigsten Sachen, vor allen Dingen auch, eine rechte Erlebniswelt zu schaffen. In diesem Milieu haben sich die drei entwickelt. Die „Sektion Jena“ wurde sogar von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos als stellvertretende Anführer mit angeführt, und Beate Zschäpe war Mitglied.

2003 war der Übertritt der „Freien Kräfte“ in die NPD. Das heißt, man wollte eine gemeinsame, starke „Volksfront“ schaffen. Die Neonazis, auch in der NPD, reden heute sehr selbstbewusst von einer eigenen nationalsozialistischen Bewegung. Frank Schwerdt, der zugegeben hat, Uwe Mundlos als Fahrer beschäftigt zu haben, ist der Vorsitzende der NPD in Thüringen, vorbestraft. Er war Chef einer verbotenen Partei. Ralf Wohlleben ist als Unterstützer inhaftiert. Carsten Schultze, auch als Unterstützer inhaftiert, war in der JN, der Jugendorganisation der NPD, in Thüringen tätig.

Die NPD hat 2009 nur knapp den Einzug in den Landtag verpasst, mit 4,3 Prozent der Stimmen. Sie hat 25 Mandate; das heißt, sie kann sich ihrer Strategie entsprechend kom-

munal verankern, sie kann sich vor Ort professionalisieren.

Patrick Wieschke und Danny Pfothenhauer sind zwei der wichtigsten Neonazis. Wieschke, der im Zusammenhang mit dem NSU jetzt wieder auftaucht, war ausgerechnet in dem Zeitraum der Radikalisierung 2000 wegen einer Anstiftung zu einem Brandanschlag auf einen türkischen Imbiss verurteilt worden. Auch Patrick Wieschke findet sich heute im Bundesvorstand der NPD wieder.

Es ist also durchaus ein sehr aufgeheiztes Potenzial, nicht nur außerhalb der NPD, sondern vor allen Dingen auch innerhalb der NPD in Thüringen.

Abschließend möchte ich gern zur Strategie und zur Taktik des NSU noch anmerken: Sie haben sich ganz klar innerhalb der politischen Strukturen von Thüringen und meiner Ansicht nach vor allen Dingen auch nach der Flucht 1998 in Sachsen politisiert und verradikalisiert. Das heißt, der NSU ist keine losgelöste soziale Struktur gewesen. Sie haben Freundschaften gepflegt, sie haben politische Konzerte besucht, sie sind immer wieder auch über die Landesgrenzen gefahren. Sie haben sich vernetzt; sie sind auch nach Niedersachsen, nach Bayern gefahren. Sie haben durchaus diese Vernetzung weiter gepflegt, für sie existenziell wichtig.

Sie haben szeneeinterne Feindbilder genutzt, auch Codes und Vorbilder, die sehr üblich sind. Sie finden sich auch alle in den Bekennervideos wieder. Das heißt, sie haben keine eigenen Strukturen, keine eigenen Wortschaffungen gemacht, sondern sie haben sich auf das berufen, was sie wirklich innerhalb der Szene gelernt haben.

Sie haben sich auf vertraute Unterstützer in mehreren Bundesländern berufen. Das waren keine Leute, die neu waren, sondern das waren Leute, die sie kennengelernt haben. Waffen wurden, wie es bisher scheint - das muss ich dazusagen -, nicht von außerhalb beschafft, sondern tatsächlich über politische Weggefährten. Vor allen Dingen haben sie, was ganz wichtig ist, die bürgerliche Tarnung benutzt; das ist ihnen vor allen Dingen über Beate Zschäpe, als Katzenliebhaberin, als freundliche Frau von nebenan, gelungen.

Sie haben zudem das gemacht, was in der Szene propagiert wird. Sie haben Opferbereitschaft gezeigt: Ich bin nichts, mein Volk ist alles. - Sie haben sich tatsächlich als Speerspitze der Bewegung gesehen, wie

man das bei „Blood & Honour“ propagiert: der einsame Wolf, der bei den Ermordungen nicht unterstützt werden will, sondern tatsächlich nur Anerkennung von der Bewegung möchte und sich als Speerspitze sieht.

Diese Bilder ganz schnell noch zum Schluss: Das Bild rechts unten ist auch ein Facebook-Bild, das ich entdeckt habe. Man sieht einen Vater, der scenebekannt ist, der seinem kleinen Sohn den Hitlergruß beibringt. Das heißt, wir haben auch hier die Sozialisierung in den Familien. Gerade im Westen gibt es sehr viele Familien der zweiten, dritten Generation, die sich verradikalisieren. Links im Bild sehen Sie eine Frau, die zeigt, wie militant sie sein kann, eben auch wie Beate Zschäpe: „Jesus konnte übers Wasser gehen. Ich gehe über Leichen.“ - Danke für Ihre Geduld.

(Beifall)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank, Frau Röpke. - Wir werden jetzt in die Befragung einsteigen. Ich würde gerne mit einigen Fragen an die letztgehörte Sachverständige beginnen. Frau Röpke, Sie hatten ganz am Beginn unserer Zusammenkunft kurz gesagt, Sie hätten damals, 1998, etwas von dem Untertauchen dieses NSU-Trios erfahren. Können Sie vielleicht ein bisschen näher ausführen, wie wir uns das vorzustellen haben? Sie haben in der Zeit in Thüringen Recherchen angestellt und haben das bei der Gelegenheit erfahren, oder wie war das genau?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich hatte Recherchen zu Karl-Heinz Hoffmann in Kahla angestellt. Da es schon eine enge Vernetzung zwischen der Neonaziszene in Kahla und Jena gab, die heute auch noch so besteht, habe ich natürlich zu dem Zeitpunkt mitbekommen, dass es diese Sprengstofffunde in der Garage in Winzerla gab und dass dann das Abtauchen der drei da war.

Wir haben natürlich versucht, erst mal herauszufinden, über welche Linien, Fluchtlinien sie abgetaucht sein können. Es gab durchaus nach 1945 auch in der Bundesrepublik Fluchtlinien. Es gab in Thüringen innerhalb der Neonaziszene auffällige Kontakte nach Südafrika. Man hat sich da natürlich schon umgehört, hat versucht, einigen Spuren nachzugehen.

Ich bin dann komischerweise später noch mal von jemandem aus dem Behördenum-

feld, der nicht direkt sagen wollte, woher er stammte, angesprochen worden, der mir sagte, die drei seien nach Bulgarien geschleust worden; André Kapke habe da die Finger im Spiel. Aber das Ganze hat sich dann leider ziemlich im Sande verlaufen. Das heißt, ich habe das dann auch nicht weiterverfolgt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Mich würde aus Ihren Recherchen heraus interessieren: Wir hatten ja in den Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre wiederholt den Satz zu lesen gehabt, Anzeichen für eine Bildung von Rechtsterrorismus seien nicht zu erkennen. Hat es Sie eigentlich aufgrund Ihrer Beobachtungen gerade der Szene in Thüringen, aber möglicherweise auch in Sachsen, überrascht, dass aus diesen Gruppierungen heraus auch Einzelne dazu übergehen könnten, terroristische Bestrebungen an den Tag zu legen?

Sachverständige Andrea Röpke: Was mich überrascht hat oder was mich wirklich schockiert hat, auch in meiner eigenen Arbeit und Qualifikation, ist, dass wir davon nichts mitbekommen haben. Der Unterstützerkreis ist ja doch größer als erwartet, oder für uns eigentlich nicht erwartet, weil diese Szenen sehr mit Unterstützern arbeiten. Aber dass man gar nichts davon erfahren hat, dass man gar keine Zeichen erkannt hat, das war natürlich für mich schockierend.

Die Affinität zu Waffen in den letzten Jahren hat uns natürlich hellhörig gemacht. Es ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass bei Razzien, bei Hausdurchsuchungen - das bestätigen auch immer wieder betroffene Polizisten - Waffen im Haus sind. Oft sind sie demontiert; oft sind sie in dem Moment nicht schussfähig.

Ich habe sehr viel in Mecklenburg-Vorpommern zu tun. Wenn man sich mit Jamel und Sven Krüger auskennt und dort die Waffenverstecke, die Militanz kennengelernt hat, dann wundert einen diese militante Zellenbildung und auch eine strategische Ausrichtung der Szene. Sie haben richtige Sicherheitsexperten, die Vorträge halten. Die Strategien, gerade diese „Werwolf-Konzepte“, werden ihnen schon frühzeitig eingeimpft. Sie haben natürlich diese Militanz wirklich über die Jahre hinweg propagiert bekommen.

Heute ist es so, dass sie eher den Häuserkampf, den Bürgerkrieg propagieren. Sie

haben regelrechte Lager, an denen sogar Frauen und Kinder teilnehmen, wo sie tatsächlich lernen, wie sie überleben, wenn wir hier einen Bürgerkrieg bekommen.

All diese Anzeichen, all diese Entwicklungen haben uns natürlich schon immer wieder darauf hingewiesen, dass es durchaus diese Strukturen geben kann. Aber mit diesem Ausmaß, mit dieser Kaltblütigkeit und dieser Planung im Hintergrund hatte ich natürlich auch nicht gerechnet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine Sache, die mich interessieren würde, Frau Röpke: Sie schreiben in Ihrer Veröffentlichung mit dem Titel *Braune Kameradschaften* davon, dass nach Ihrer Einschätzung die Kameradschaftsszene keineswegs aus isoliert handelnden Gruppen bestehe, sondern dass es da durchaus auch eine Vernetzung gebe. Wer sind denn die entscheidenden Leute gerade im Bereich Thüringen und Sachsen gewesen, die diese Vernetzung bewerkstelligt haben, und wie wurde sie bewerkstelligt?

Sachverständige Andrea Röpke: Ganz, ganz wichtige Drahtzieher in Thüringen waren immer Ralf Wohlleben und André Kapke natürlich, die die Strukturen in Jena aufgebaut haben, dann in dem Sammelbecken „Thüringer Heimatschutz“ aufgegangen sind, aber immer auch eigene Strukturen aufgebaut haben. Seit 2002 betreiben sie dort das „Braune Haus“. Sie sind vor allen Dingen aktuell im „Freien Netzwerk“ organisiert. Das „Freie Netzwerk“ ist ein kritischer Zusammenschluss von Neonazis vor allen Dingen aus Sachsen, Thüringen und Bayern, der sich gerade auch stark in den Westen ausbreitet. Er besteht sehr häufig aus verbotenen militanten Strukturen, in deren Kreisen intern zum Beispiel auch diskutiert wurde, eine Polizeistation anzugreifen, die durchaus keinen Hehl aus ihrer Militanz machen, aber ganz klar auch die NPD unterwandert haben. Das sind Kameradschaftsstrukturen, die zurzeit wichtig sind. In Thüringen, wie gesagt, sind da ganz klar Ralf Wohlleben und André Kapke als die maßgeblichen Anführer mit zu benennen, vielleicht noch um Patrick Wieschke ergänzt, der im Bundesvorstand der NPD sitzt, aber eigentlich auch sehr starke Sympathien für die Kameradschaftsstrukturen, für die „Freien Kräfte“ in Thüringen hat.

Ich muss da Herrn Schroeder auch widersprechen, allein schon im Hinblick auf diese Herren. Das sind keine Anhänger eines subkulturellen Milieus. André Kapke ist Bauunternehmer. Ralf Wohlleben ist Internetunternehmer gewesen, und Patrick Wieschke lebt jetzt, wie gesagt, von der Arbeit im Bundesvorstand.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das heißt also, es gibt hervorgehobene einzelne Personen, die dann gewissermaßen die Kontakte zwischen den Gruppen herstellen. Es ist nicht so, dass man sich das so vorstellen muss, dass die Gruppen sich gelegentlich mal treffen oder Ähnliches?

Sachverständige Andrea Röpke: Doch, schon. Es gibt zum Beispiel in Südtüringen sehr starke Strukturen, gerade was die „Autonomen Nationalisten“ angeht, die dort ihren eigenen Weg gewählt haben, die zum Beispiel, was in der Szene nicht unüblich ist - - In einigen Szenen gibt es wirklich sehr militante Strukturen. Da ist man mit Hooligans, mit Rockern vernetzt. Andererseits, wie in Südtüringen, ist es wieder so, dass man „Straight Edge“ propagiert, das heißt keinen Alkohol bis hin zu Veganismus. Es gibt schon eine sehr heterogene Szene.

Die Szene in Thüringen trifft sich wirklich immer wieder informell. Es gab immer diese Veranstaltungen wie den „Tag der mitteldeutschen Jugend“ in Arnstadt im Schlosspark, wo die Neonazis sich dann wieder zu Erlebnistagen treffen. Es gibt natürlich Schulungsveranstaltungen. Es geht also immer wieder klar darum, in eigenen Strukturen vor Ort zu agieren, sich kommunal zu verankern, teilweise für die NPD aufzutreten, aber andererseits sich immer wieder auszutauschen und immer wieder auch zu versuchen, eine gemeinsame „Volksfront“ nach draußen zu tragen.

Es gibt durchaus Streitereien in Thüringen. Es ist keine sehr einige Szene. Aber unter dem ehemals militanten Frank Schwerdt als Führer der NPD in Thüringen ist es durchaus möglich gewesen, auch solche Leute wie Kapke und Wohlleben eine Zeit lang sogar in die NPD einzubinden, aber auch immer diesen informellen Austausch fortzuführen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Röpke, Sie haben im Rahmen Ihres Vortrages bzw. Ihrer Präsentation darauf hingewie-

sen, dass es in der Szene durchaus Debatten gegeben habe, was Militanz betrifft. Haben Sie aufgrund Ihrer vielfältigen Erfahrung mit der Materie Rechtsextremismus eine Erklärung dafür, dass jedenfalls nach unserem bisherigen Wissen die Terrorgruppe NSU sich nicht einmal szeneeintern noch, wie es scheint, öffentlich dazu bekannt hat, Urheber dieser Mordserie gewesen zu sein? War das nach Ihrer Beobachtung auch mal Bestandteil von Diskussionen, wenn man militant ist, das klandestin zu tun und sich nicht im Rahmen von Bekenner schreiben oder ähnlichen Selbstbezeichnungen dazu zu stellen?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich glaube, sie haben schon darauf abgezielt, irgendwann diese Anerkennung aus der Szene zu bekommen, und sie haben sie sicherlich auch durch diesen sehr professionellen Unterstützerkreis bekommen. Man weiß natürlich nicht, inwiefern die Unterstützer tatsächlich über die jeweiligen Straftaten genau informiert waren. Aber sie waren natürlich informiert, dass sich dort illegale bewaffnete Strukturen gebildet haben.

Es war einfach in den Strukturen in Jena immer bekannt - wir haben das jetzt im Rahmen von Recherchen für eine Dokumentation herausbekommen -, dass die drei nach Sachsen gegangen sind. Man weiß nicht, ob sie tatsächlich die ganze Zeit in Sachsen waren. Aber es war bekannt, dass sie dort in „Blood & Honour“-Strukturen aufgefangen wurden. Es war bekannt, dass sie dort finanziell unterstützt wurden. Es gab Kameraden, die sogar Kredite aufgenommen hatten. Und es gab immer wieder auch die Aussage: Die drei sind auf der Stufe zum Rechtsterrorismus. Es war also kein Geheimnis innerhalb der Szene. Das können mittlerweile viele Leute bestätigen. Das ist, denke ich, auch bei den Ermittlungen jetzt angekommen.

Man hat durchaus gewusst, dass sie im Widerstand oder im Abtauchen, in der Illegalität sich nicht unbedingt zurückgezogen haben. Dazu sind ihre Unterstützer einfach auch viel zu bekannt. Man sieht es jetzt vor allen Dingen auch an Ralf Wohlleben, dem vielleicht prominentesten - in Führungsstrichen - Neonazi aus dem direkten Unterstützerumfeld, dem vorgeworfen wird, auch eine Waffe besorgt zu haben. Für Ralf Wohlleben gibt es gerade Solidarisierungskampagnen innerhalb der Szene: „Freiheit für Wolle“. Sie finden das sogar bei Facebook, dass sie das

da propagieren, dass sie ganz offen werben, Solidarität mit denen zu üben. Ich glaube, innerhalb des radikalen Spektrums außerhalb der NPD-Fraktion findet man auch wirklich intern, in den Strukturen immer mehr Solidaritätsgefühl, gerade auch im Umfeld des NSU.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Röpke, ich hätte eine letzte Frage an Sie: Sie haben unter anderem auch zum Thema Frauen in der rechtsextremen Szene gearbeitet. Hat es dort in den letzten Jahren bzw. im Hinblick auf den Zeitraum, der uns interessiert, Anfang der 90er-Jahre bis zum aktuellen Zeitpunkt oder 2011, qualitative Veränderungen gegeben, was die Rolle rechtsextremistischer Frauen betrifft? Haben sie zum Beispiel in Thüringen oder in Sachsen im Kameradschaftsbereich irgendeine wichtige Position innegehabt?

Sachverständige Andrea Röpke: Ganz kurz gesagt: Es hat ja wichtige Frauen in radikalen militanten Hintergrundstrukturen in der Bundesrepublik, auch im Westen, immer gegeben. Gerade die „Wiking-Jugend“ zum Beispiel - militanter ging es nicht - hat sich zu fast 40 Prozent aus Frauen rekrutiert. Viele verbotene Organisationen wie die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene e. V.“, die Knastorganisation der Nazis, wurden maßgeblich von Frauen geführt. - Nur das vorab.

In Thüringen gab es den „Mädelring Thüringen“. Das sind Frauen aus dem Umfeld des „Thüringer Heimatschutzes“, also sozialisiert genau in dem Umfeld der drei bzw. auch von Ralf Wohlleben. Das sind durchaus Frauen, die ganz bewusst diese Ideologie, diesen Hass und die Feindbilder ganz klar mittragen.

Man muss auch sagen, dass gerade im Umfeld des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ und seines Unterstützerumfeldes in Sachsen auffällig viele Frauen auftauchen, auch Frauen, die anscheinend ganz bewusst gewusst haben, dass sie dort eine Zelle im Untergrund mit unterstützen. Man sieht zum Beispiel bei der Friseurin aus dem Erzgebirge, dass sie auch politische Schulungen im Umfeld der „Fränkischen Aktionsfront“ erfahren hat, das heißt in einer Struktur in Bayern, die 2005 verboten wurde. Auch diese Frauen muss man als fanatisch, als politisch denkende und handelnde Frauen der Neonaziszene begreifen. Es ist auffällig:

Gerade in Thüringen und Sachsen ist der Frauenanteil in den Strukturen, der involviert ist, schon beachtlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Ich hätte dann zwei Fragen an Herrn Professor Stöss. Sie schreiben auf Seite 12 Ihrer schriftlichen Stellungnahme - lassen wir den Vorsatz weg -:

... geht die quantitative Abnahme der Anzahl der Rechtsextremisten einher mit einer qualitativen Radikalisierung des Rechtsextremismus, die mittlerweile exorbitante Ausmaße angenommen hat.

Also die Radikalisierung habe exorbitante Ausmaße angenommen.

Musste man wirklich überrascht sein, dass vor dem Hintergrund dieser Radikalisierungsentwicklung Einzelne aus der Szene möglicherweise doch zu den Waffen greifen, um sie auch anzuwenden? Oder war das nach Ihrer Einschätzung als Wissenschaftler wirklich nicht zu erwarten?

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Meine These ist ja, dass die Wahrscheinlichkeit, dass das passiert, zugenommen hat. Wissen tut man das nie, weil das ja wirklich auch von höchst individuellen Entscheidungen abhängig ist. Aber was einen schon wundert, ist - das sind Daten des Verfassungsschutzes -, dass da nicht genau hingeguckt worden ist. Man muss einfach damit rechnen. Da würde man ja sagen, die Sensibilität hätte eigentlich sehr hoch sein müssen. Wenn wir heute wissen, was da für Pannen passiert sind - was wir damals alles nicht wussten -, wundert man sich ja schon angesichts dieser Tatsachen, dieser Daten, dass da nicht sehr viel genauer hingeguckt worden ist. Aber gewusst in dem Sinne hat man das natürlich nicht, auch wir nicht; das ist völlig richtig.

Die Sozialwissenschaften wären gar nicht auf den Gedanken gekommen, dass das im Einzelnen passiert, zumal wir ja auch durch die Medienberichterstattung irgendwie geprägt sind. Wenn dann selbst in der Qualitätspresse steht, da handle es sich eher um mafiöse Strukturen, nehmen wir ja erst mal an, dass das auch so ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie würden also sagen, dass die über die Jahre zu beobachtende Zunahme der Zahl gewalt-

bereiter Neonazis in Deutschland eigentlich mit einer vermehrten und intensivierten Beobachtung hätte einhergehen müssen?

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Ja, und mit der Radikalisierung. Das hat ja Frau Röpke schön dargestellt. Die Militanz hat eben auch zugenommen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie haben genau wie Ihr Kollege Professor Schroeder darauf hingewiesen, Herr Stöss, dass wir, was die Zahl der Gewalttaten mit einem rechtsextremistischen Hintergrund betrifft, eine besondere Häufung in den neuen Bundesländern haben. Nun fällt auf, wenn man sich den Gegenstand unserer Untersuchung hier anschaut, dass das Trio zwar in den neuen Ländern beheimatet war, aber nur - „nur“ natürlich in Führungsstrichen - einer von den zehn Mordfällen sich auch in den neuen Ländern ereignet hat.

Haben Sie auch in den anderen Bereichen, was Gewalttätigkeit von ostdeutschen Neonazis betrifft, beobachten können, dass man es möglicherweise eher vermeidet, im eigenen Nahbereich, in der eigenen Stadt, in der eigenen Kommune entsprechend in Erscheinung zu treten, ob heimlich oder auf offener Straße, sondern seine Gewaltbereitschaft und seine Gewaltneigung eher andernorts auslebt? Oder ist das hier ein Sonderfall einer hochkonspirativen Gruppe, die das ganz strategisch gezielt möglicherweise so gehalten hat, wie sie es gehalten hat?

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Ich denke, dass Letzteres der Fall ist. Jedenfalls habe ich keine Anhaltspunkte dafür, dass die bewusst nicht in Thüringen oder in Sachsen tätig waren.

Auf der anderen Seite muss man sehen: Es ist ja richtig mit den Gewalttaten. Aber wenn man sich den Rechtsextremismus in der West-Bundesrepublik kurz vor der deutschen Einheit anschaut, hatten wir auch eine Menge Militanz. Wir wissen, dass viele der Neonaziführer dann in die neuen Bundesländer gegangen sind und sich da sozusagen auch an dem Aufbau dieser Strukturen beteiligt haben. Die haben ganz maßgeblich mit ihrem strategischen Wissen, das die ostdeutschen Neonazis ja nicht hatten, zum Beispiel durch die Auseinandersetzung mit Strafverfolgungsbehörden - - Da ist ja sozusagen sehr viel Schulung erfolgt. Deswegen würde ich diese Trennung nicht machen.

Auf der anderen Seite wissen wir natürlich nicht: Sind sie bewusst rübergegangen, oder haben sie das aus Zufall gemacht, weil sie da womöglich Kontakte hatten, weil sie da womöglich Tatorte und Opfer ausgekundschaftet haben?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Man kann das also nicht von vornherein als Verhaltensmuster betrachten, -

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Könnte ich nicht, nein.

Vorsitzender Sebastian Edathy: - dass sie sozusagen die bürgerliche Identität vor Ort aufrechterhalten, um dann möglicherweise woanders hinzureisen und da an gewalttätigen Demonstrationen teilzunehmen?

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Dafür habe ich jedenfalls keine Anhaltspunkte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Dann habe ich einige Fragen an Professor Schroeder. Sie schreiben auf Seite 18 Ihrer schriftlichen Stellungnahme:

Die Bereitschaft, in den Untergrund zu gehen und zu morden - wie durch die NSU geschehen -,

- „den NSU“ muss es wahrscheinlich heißen -

wurde weder von der Wissenschaft noch von der Politik erkannt.

Da würde ich Sie als Wissenschaftler fragen, woran das liegt: an einer unzureichenden Kenntnis der Szene oder an einer Unterschätzung des Phänomens gewaltbereiter Rechtsextremismus? Denn Sie schreiben zugleich auf Seite 20 Ihrer Stellungnahme - Zitat -:

Die bei Durchsuchungen gefundenen Waffen deuten darauf hin, dass ein bestimmter rechtsextremer Personenkreis den Weg in den rechtsterroristischen Untergrund zumindest nicht ausschließt.

Wenn man diese Einschätzung hat, wie das letzte Zitat das ja nahelegt, dann stellt sich schon die Frage, die ich auch Herrn Professor Stöss und Frau Röpke gestellt habe: Musste man über diese Entwicklung überrascht sein? Und warum war man überrascht?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Es ist ein Unterschied, ob in der Szene - - Im Übrigen gibt es eine gewisse Analogie zur linksradikalen Szene in den 1960er-Jahren. Da wurde die Gewaltfrage immer wieder debattiert, diskutiert. Dass dann Leute in den Untergrund gegangen sind, das war auch nicht absehbar, jedenfalls für die meisten nicht. Genauso dürfte es hier gewesen sein.

Es wird die Gewaltfrage immer wieder hervorgehoben. Es wird vom nationalen Widerstand geredet, von dem Kampf gegen die Besatzungsmächte usw. Die Bereitschaft ist da, aber zu diesem persönlichen Schritt, in den Untergrund zu gehen, zu morden, gehört viel mehr als nur eine Überzeugung. Deshalb lässt sich das meines Erachtens nicht abschätzen, weder seinerzeit noch hier in dem Fall.

Aber der Verfassungsschutz hätte hier - an dem Punkt zumindest stimme ich mit Frau Röpke überein - genauer hinschauen müssen. Wenn jemand Hinweise gehabt hätte, dann der Verfassungsschutz und weniger Wissenschaftler.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sie schreiben auf Seite 5, Herr Professor Schroeder:

Die Zahl „nationaler Kameradschaften“, die in den letzten Jahren von Gruppen „autonomer Nationalisten“ abgelöst oder ergänzt wurden, stieg stark an. Etwa jede zweite in dieser Szene aktive Person lebt in Ostdeutschland. Besonders ausgeprägt ist diese Szene in bestimmten Regionen, zum Beispiel in Westsachsen, in Süd- und Ostthüringen ...

Und so weiter. - Haben Sie vielleicht noch nähere Befunde zu diesen beiden Ländern, Sachsen und Thüringen, die Sie uns hier mitteilen könnten?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Nein. Hier habe ich einfach nur die Verfassungsschutzberichte ausgewertet und miteinander verglichen. Da ist das dann herausgekommen.

Aber ich wollte noch einen Punkt bringen, den Sie Herrn Stöss gerade gefragt haben, weil der vielleicht hier auch mit den Regionen eine Rolle spielt. Vor Jahren stand im Bundesverfassungsschutzbericht wieder, dass in Schleswig-Holstein sehr viele rechtsextreme

Gewalttaten verübt wurden. Das wollte ich eigentlich auf meinem Heimatland nicht sitzen lassen, habe mich mit dem Innenministerium in Schleswig-Holstein in Verbindung gesetzt, und dort wurde mir lapidar mitgeteilt: Na ja, das geht ja nach dem Tatortprinzip. Hier sind viele aus Mecklenburg, die Gewalttaten begehen. - Ich sagte: Dann müssten Sie das Bild doch mal korrigieren und müssten vielleicht auch die Täterherkunft mit thematisieren. - Da sagte er: Ach, was sollen wir das thematisieren?

Also, Sie sehen, wenn wir über regionale Dinge sprechen, dann gibt es nicht die Bereitschaft, hier genauer hinzuschauen, und das Tatortprinzip verwischt die Herkunft der Täter. Ob die bewusst, wie Sie denken - - Es hat etwas für sich, dass man sozusagen lieber in Lübeck als in Rostock Ausländer schlägt oder den politischen Gegner traktiert. Dafür spricht einiges. Aber das müsste man erfragen. Jetzt kann man es nur mit einer gewissen Plausibilität annehmen. Aber ob die so weit denken, zumal diese Gewalttaten ja sehr spontan geschehen, unter Alkoholeinfluss usw. - - Ich rede jetzt von Gewalttaten und nicht von terroristischen Aktionen. Die Dynamik von Ereignissen lässt sich sehr schwer rekonstruieren. Deshalb ist das Tatortprinzip kein Beleg dafür, dass in den Regionen, wo Taten begangen wurden, auch rechtsextreme Gewalttäter besonders verbreitet sind. Das wollte ich hiermit ausdrücken.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Auf Seite 13, Herr Professor Schroeder, erwähnen Sie die Rolle der Justiz. Da schreiben Sie - das ist offenkundig zunächst einmal auf die Zeit Anfang der 90er-Jahre bezogen -, Prozesse seien zeitlich verschleppt worden, „harte Strafurteile waren die Ausnahme.“ Gleichwohl schreiben Sie - das kann ich eigentlich nur auf die aktuelle Situation beziehen, so wie es formuliert ist; deswegen möchte ich gerne nachfragen -:

Die Möglichkeit, mittels harter Strafen abschreckend zu wirken, verpasste die Justiz mit dem Ergebnis, dass sich das gewaltbereite rechtsextreme Milieu ausbreiten und verfestigen konnte. Erst nach dem Bekanntwerden der rassistisch motivierten Mordserie der NSU wurde vielen Beobachtern klar, dass die bisherigen staatlichen Maßnahmen

gegen Rechtsextremismus weitgehend ergebnislos geblieben sind.

Könnten Sie das ein bisschen näher ausführen? Bezieht sich das darauf, dass Sie auch heute noch sagen würden: Im Bereich der Aburteilung von rechtsextremistischen Straftätern gibt es einen nicht vertretbaren zeitlichen Verzug? Würden Sie auch mit Blick auf die Jetztzeit sagen, dass die Sanktionen, die mit Blick auf solche Delikte ausgesprochen werden, zu milde seien?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Diese Anmerkung auf Seite 13 bezog sich im Wesentlichen auf Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda und andere Ausschreitungen. Hier war ich schon seinerzeit völlig überrascht, dass erst nach Jahren Prozesse stattfinden, die Urteile sehr milde waren. Wenn man in Ostdeutschland mit Jugendlichen geredet hat, kam: Na gut, das sind Kavaliersdelikte; das kannst du halt machen, passiert ja doch nichts.

Hier ist die Chance vertan worden, mit gegebenen Gesetzen natürlich - ich würde nicht einer Verschärfung das Wort reden - auf potenzielle Mitläufer doch ein bisschen abschreckend zu wirken. Auf die heutige Zeit bezogen wundere ich mich weniger als Wissenschaftler denn als Zeitgenosse, warum eigentlich erst nach dieser Mordserie jetzt auf einmal Schlag auf Schlag kleine Gruppen ausgehoben werden und Sachen gefunden werden. Das deutet doch darauf hin, dass man lieber beobachten wollte als zugreifen, wenn ich das mal ironisch sagen darf.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Warum ist das
ironisch?)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ich habe eine letzte Frage an Sie, Herr Professor Schroeder, und zwar bezieht sich das auf Seite 23 Ihrer schriftlichen Äußerung. Das fand ich sehr interessant. Da führen Sie wörtlich aus:

Die vorhandenen Aussteigerprogramme müssen kritisch hinterfragt, ggf. verbessert und ausgebaut werden.

Wo sehen Sie denn den Bedarf an einer kritischen Hinterfragung und einer möglichen Verbesserung, was die Aussteigerprogramme betrifft? Also, an welchen Stellen gibt es dort Defizite? Das wäre für uns ganz

hilfreich, weil wir am Ende unserer Arbeit auch Schlussfolgerungen ziehen und Vorschläge machen wollen gegenüber dem Plenum des Bundestages.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Es gibt massive Kritik an diesen Aussteigerprogrammen, dass sie nicht transparent genug sind, dass sie nicht nachvollziehbar sind. Diese Kritik teile ich nicht. Sie müssen wahrscheinlich auch in gewisser Weise intransparent sein, weil das sonst umgangen wird, weil die rechtsextreme Szene dagegen angehen kann. Die stehen ja alle unter Drohungen; es ist ja mit hohem Risiko verbunden, aus der Szene auszusteigen. Insofern denke ich, dass Sie vielleicht mit Bernd Wagner und anderen Experten diese Sache bereden und einfach fragen, wie das effektiver gestaltet werden kann.

Ich sehe gar keine andere Möglichkeit, als auf Personen zuzugehen und sie individuell zu ermuntern, aus der Szene auszusteigen. Vielleicht kann es hier dann einen Rutsch geben, dass es, wenn gewisse Leute die Szene verlassen, Nachahmereffekte hat. Das müssen aber die Experten - ich denke da in erster Linie an Bernd Wagner - noch mal thematisieren.

Man muss sich mit der Kritik an den Programmen auseinandersetzen. Hier gibt es auch von Antifa-Gruppen Kritik: Die Verpflichtung auf den demokratischen Rechtsstaat, die man von den Aussteigern verlangt, wird kritisiert.

Hier müssen Sie einfach mal genauer hinschauen und dann daraus Konsequenzen ziehen. Aber auf jeden Fall sollten solche Programme fortgeführt und eher noch intensiviert werden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine letzte Frage von mir: Gibt es denn Ihres Wissens wissenschaftliche Standards für die Evaluierung gerade von solchen Programmen?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Die gibt es nicht. Sie können sie sozusagen an der Wirkung messen. Sie können sagen: Soundso viele Leute wurden angesprochen, und in soundso vielen Fällen ist etwas gelungen - mehr nicht. Aber weitere Kriterien können Sie meines Wissens nicht anwenden.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank soweit. - Wir beginnen dann mit der ersten Berliner Stunde. Das Wort hat zunächst die Unionsfraktion. Es fängt der Kollege Binniger an.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Frau Röpke, meine Herren Professoren, vielen Dank für Ihre Ausführungen, die sehr fundiert waren und uns aus unterschiedlicher Perspektive weiterhelfen. Wir haben jetzt zusammen etwa 23 Minuten Zeit, die uns streng formal zustehen. Wir haben uns das Frage-recht ein bisschen aufgeteilt: Ich werde beginnen. Nachher wird Kollege Schipanski noch Fragen an Sie richten und dann noch Frau Winkelmeier-Becker; nur dass Sie immer wissen, aus welcher Richtung etwas kommt.

Frau Röpke, wenn Sie mir vorneweg eine persönliche Bemerkung gestatten: Ich muss sagen, ich bin tief beeindruckt von Ihrem Wissen und von Ihrem Engagement in der Sache in einem nicht ganz unkritischen Feld, auch für Sie persönlich. Sie haben hier heute viele Strukturen aufgezeigt, wozu ich in aller Deutlichkeit sagen muss: Das hätte ich mal gern von Sicherheitsbehörden gehört.

(Daniela Kolbe (Leipzig) (SPD): Ja, so sieht es aus!)

Deshalb bin ich Ihnen dankbar.

Ich tue mich auch ein bisschen schwer - das ist jetzt wieder formal -, dass ich Ihnen Fragen stellen möchte oder auch muss, die Sie fast ein bisschen weg aus der Sachverständigenrolle in die Rolle einer klassischen Zeugin bringen, weil Sie ja selber auch eigene Wahrnehmungen haben. Ich versuche das jetzt einfach mal. Wenn wir auf der Strecke erkennen, es geht zu sehr in die Zeugeneigenschaft, müssten wir vielleicht irgendwie einen anderen Weg finden. Aber Ihr Wissen ist für uns unverzichtbar.

Eine der zentralen Fragen neben dem Thema „Wie konnte die Gruppe sich radikalisieren?“, „Wie gelang das Untertauchen? Warum hat das niemand bemerkt?“ war ja auch: Warum hatte dann niemand mehr dieses Trio auf dem Schirm? Die Sicherheitsbehörden sagen uns: Ab 2003 war das de facto fast von Amts wegen erledigt: Verjährung, Haftbefehl außer Vollzug gesetzt, gelöscht in den Dateien, bestenfalls noch in den Papierakten. Aber wir haben nichts mehr davon gehört. Deshalb war dieses Trio amtlich nicht mehr existent.

Bei der Vorbereitung auf die heutige Sitzung habe ich mir Ihr Buch *Mädelsache!* besorgt und bin dort auf Seite 110 auf einen Satz gestoßen, der mich schon ein bisschen elektrisiert hat. Ich lese ihn Ihnen kurz vor; aber ich nehme an, Sie kennen ihn selber. Das Buch ist Anfang 2011 erschienen, also bevor die Gruppe enttarnt werden konnte. Da beschreiben Sie die Situation für die Frauen in der Rechtsextremistenszene, was das Untertauchen angeht. Da ist der Satz ganz unten auf Seite 110:

Die Neonazistin Beate Z. aus dem Umfeld des *Thüringer Heimatschutzes* befand sich ab 1998 gemeinsam mit zwei Kameraden nach der Entdeckung von vier Rohrbomben in Jena jahrelang auf der Flucht.

Ich nehme an, dass das Beate Zschäpe ist, und Mundlos und Böhnhardt sind die zwei.

Jetzt die Frage, bei der Sie selber entscheiden müssen, ob Sie mir das als Sachverständige sagen können oder ob wir irgendwann eine Zeugenvernehmung machen müssen: Wie kam dieser Hinweis zustande? Niemand in Deutschland hat dieses Trio noch auf dem Schirm, aber Sie denken an dieses Trio Ende 2010, als das Buch vielleicht recherchiert wurde, oder 2011.

Die zweite Frage wäre - Sie schreiben, sie befanden sich auf der Flucht -: War für Sie der damalige Erkenntnisstand, dass die jetzt irgendwo wieder legal aufgetaucht sind? Wie kamen Sie als Einzige, muss man ja heute sagen - - Noch vor der Entdeckung des Trios hatten Sie die zumindest wieder in Ihrem Aktenverzeichnis oder Dateiverzeichnis oder wo auch immer. Wie kam das zustande?

Sachverständige Andrea Röpke: Wir waren sicherlich nicht die Einzigen. In Thüringen sind die drei in den Kreisen von Fachjournalisten bzw. engagierten Menschen eigentlich immer präsent gewesen, weil sie eben aus ganz engen Zusammenhängen in Thüringen kamen. Wir haben eigentlich immer wieder erwartet, dass sie auftauchen. Wir haben wirklich gedacht, sie sind - - Es war so naheliegend, dass sie nach Südafrika gegangen sind, weil diese Südafrika-Connections da waren, weil wir auch Anhaltspunkte hatten, dass es Sammelaktionen gegeben hatte, Geld gesammelt wurde, zu-

nächst 1998. Klar, man hat die insofern nicht aus den Augen verloren.

Aber ganz kurz angemerkt: Die Verjährung - das ist zum Beispiel auch so eine Sache - 2003 aufzuheben, ist ja nicht ganz korrekt, weil Uwe Böhnhardt zum Beispiel noch Strafen ausstehen hatte. Seine Verjährung wäre eigentlich de facto erst 2007 aufgehoben gewesen.

Bei den Frauen ist es so, dass Beate Zschäpe natürlich für mich schon eine - in Führungsstrichen - besondere Frau war. Wir haben durchaus in der Recherche zu unserem Buch sehr viele militante Frauen. Es gab auch nach 1945 immer äußerst militante Frauen, die bereit waren, die Terrorgruppen zu unterstützen. Bei Manfred Roeder mit zwei toten Vietnamesen, da war eine Frau involviert. Bei der „Kameradschaft Süd“ in München, die einen Anschlag auf das Jüdische Zentrum 2003 geplant hatte, gehörten zur Kerntruppe zwei junge Frauen. Die eine war laut Verfassungsschutzangaben sogar bereit, sich auf dem Marienplatz in München in die Luft zu jagen.

Es gibt also durchaus immer dieses militante Spektrum von Frauen, auch gerade bei den Kameradschaften, auch gerade bei unseren eigenen Erfahrungen. Immer wenn wir Probleme in der Szene, wenn wir Probleme bei Veranstaltungen bekommen haben, waren durchaus häufig Frauen diejenigen, die das Ganze in Gang gebracht haben, die angestachelt haben, die dafür gesorgt haben, dass wir rausgeschmissen werden. Ich habe wirklich über die Jahre hinweg ein ganz großes Potenzial an fanatischen Frauen entdeckt.

Aber wirklich diesen Schritt - ich finde immer, „Untergrund“ ist so ein unschöner Begriff - in die Illegalität zu machen, aus dem vertrauten Leben, aus dem bürgerlichen Leben hinauszugehen und tatsächlich nicht wiederzukommen, sondern 13 Jahre abgetaucht - in Führungsstrichen - zu bleiben, das hat Beate Zschäpe für uns natürlich irgendwie - in Führungsstrichen - besonders gemacht. Das war natürlich etwas, was mich beschäftigt hat.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Aber war es dann so, dass, als Sie das Buch *Mädelsache!* geschrieben haben, in der Szene das Trio und auch Beate Zschäpe noch präsent waren, dass jemand, wenn Sie da den Namen haben fallen lassen, sagte: „Ja, die war mal untergetaucht oder ist noch

untergetaucht“? Oder war da nichts mehr zu hören?

Sachverständige Andrea Röpke: Im Gegenteil. Ich habe vor Tagen wieder geguckt. Es gibt gerade wieder die Parole: „Klappe, Maul halten gegenüber Bullen und Medien“, wie es so schön heißt. Also, im Gegenteil. Ich habe mit Aussteigern gesprochen. Ich habe im Vorfeld des Erscheinens und zu den Recherchen des Buches natürlich noch mal versucht, ein bisschen etwas zu erfahren. Ich muss sagen: Ich werfe mir heute vor, ich hätte es intensiver machen müssen, ich hätte doch noch mal wirklich vor Ort direkter fragen sollen. Vielleicht hätte man das eine oder andere aus der zweiten oder dritten Reihe erfahren.

Aber tendenziell haben auch die Aussteiger alle gesagt: Es wurde nicht thematisiert. - Im Gegenteil: Es zeigt sich jetzt auch aufgrund der Ermittlungen der Polizei, dass Ralf Wohlleben und Kapke vor allen Dingen die Parole ausgegeben haben: „Es wird nicht über die drei gesprochen“, vor allen Dingen, weil man eine hohe Fluktuation in Kreisen der jungen Kameradschaftsspektren, in Kreisen der „Autonomen Nationalisten“ hat, wo einfach sehr viel Unsicherheitspotenzial da war. Außerdem wusste man von vornherein, dass die thüringische Neonaziszene sehr stark von V-Leuten durchsetzt war. Das heißt, man hat da natürlich wirklich versucht, das Thema eigentlich auf einer gewissen Ebene überhaupt nicht anzusprechen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Spricht das - jetzt sind wir wieder im reinen Expertenstadium - nach Ihrem Wissen dafür, dass so eine Abschottung nur gelingen kann, wenn die Gruppe möglichst klein bleibt und sich dabei vielleicht auf ihre Wurzeln konzentriert, nämlich die Sektion Jena des „Thüringer Heimatschutzes“, die ja in vielen Fällen personenidentisch ist, was festgenommene Beschuldigte angeht, dass es dieser Kreis maximal sein kann? Oder gelingt wirklich eine Abschottung inklusive Begehung von Straftaten und Fahndungsdruck trotzdem, wenn es mehr als fünf Leute wissen? Kann das sein in so einer Szene, die sonst eher doch auch mal als mitteilbar gilt?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich finde die Sozialisierung innerhalb des Jenaer oder des Thüringer Spektrums spannend. Das ist si-

cherlich wichtig gewesen, gerade für diese drei jungen Leute damals. Aber ich glaube wirklich, die Radikalisierung hat ganz klar nach 1998 in den sächsischen Strukturen eingesetzt, wobei man sagen muss: Es sind ja nicht nur sächsische Strukturen, sondern es waren fränkische und auch durchaus westdeutsche Strukturen oder Unterstützer, die da aufgetaucht sind.

Aber wenn man sich tatsächlich mit Leuten wie dem weiteren Unterstützerrumfeld, gerade aus dem Erzgebirge, beschäftigt, dann verwundert mich das Ganze nicht, weil das gefestigte Strukturen sind, gerade im Fall des mutmaßlichen Unterstützers André E., der ja scheinbar auf seinem Computer identische Daten hatte wie das Trio, also der durchaus mit den Videos in Zusammenhang gebracht wird.

André E. kommt in der zweiten, dritten Generation aus einer Familie, die alle zusammen eine nationalsozialistische Einstellung haben. Sein Bruder war mir persönlich viel bekannter, weil er in Brandenburg schon häufiger Hausdurchsuchungen hatte, weil er im Zusammenhang mit der „Heimatreuen Deutschen Jugend“ aufgefallen ist, die 2009 verboten wurde.

Es sind natürlich Strukturen, die natürlich ganz bewusst wissen, wie man mit Hausdurchsuchungen, mit Razzien, mit Observationen, mit Auffälligkeiten umzugehen hat und dass man dann natürlich nur dem eigenen, unmittelbaren Spektrum und Umfeld traut.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie hatten ein paar Organisationen genannt, die nach Ihrer Ansicht eine sehr viel stärkere Rolle spielen als vielleicht bisher auch die Ermittler. Darum habe ich vorhin gesagt: Das hätte ich gerne mal von Sicherheitsbehörden gehört.

Da ist „Blood & Honour“, aber schon seit zwölf Jahren verboten, da sind die „Hammerkins“. Gibt es da Personenidentitäten, oder ist das einfach ein anderer Personenkreis, der rechtsextremistische Aktivitäten pflegt, aber nicht gleichzeitig dort oder auch im „Thüringer Heimatschutz“ eine Funktion hat? Ist das eine eigenständige Gruppierung, was die Personen angeht? Sind sie dazu in der Lage, solche Unterstützungen da abzuliefern?

Sachverständige Andrea Röpke: Die „Hammerkins“ haben natürlich eine sehr

starke Affinität zu Gewalt und zu Waffen. Aber man darf sich diese „Hammerskins“ nicht mehr als Glatzköpfe vorstellen. Der bekannteste, prominenteste ist sicherlich Sven Krüger aus Jamel, der wegen professioneller Hehlerei, aber auch wegen Besitzes von Kriegswaffen zurzeit im Gefängnis ist, der aber auch für die NPD in Nordwestmecklenburg im Kreistag saß.

Die „Hammerskins“ haben eine ganz klare Aufgabenstellung. Sie haben einfach die Übernahme dieses wirklich mittlerweile, wie der Verfassungsschutz auch einräumt, millionenschweren Musikgeschäfts mit zu tragen. Das heißt, das sind Strukturen im Hintergrund, das sind Strukturen, die sich natürlich durch Radikalität auszeichnen, aber nichtsdestotrotz in die Partei, in die Kameradschaftsstrukturen hinein vernetzt sind.

Ein Beispiel: Der unmittelbarste, vielleicht nächste Unterstützer des NSU, André E. eben, hat ganz zuletzt noch ein „Hammerskin“-Konzert mit seinem Bruder zusammen besucht, war also noch in den Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern unterwegs.

Es gibt wirklich eine ganz, ganz enge Vernetzung. Aber, wie gesagt, es gibt da eine ganz klare Aufgabenteilung. So muss man sich das vielleicht vorstellen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ich habe noch zwei kurze Fragen, bevor dann Kollege Schipanski für uns weiterfragen wird.

Sie hatten eingangs gesagt: Es gab mal einen Prozessbesuch von Mundlos und Böhnhardt bei Roeder. - Wissen Sie noch, in welchem Jahr das war?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich bin immer so schlecht mit Daten. 1996, meine ich.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Schon davor auf jeden Fall, vor - -

Sachverständige Andrea Röpke: Genau. Zusammen mit André Kapke und Ralf Wohlleben waren sie bei dem Roeder-Prozess. Das war eine Solidaraktion im Gerichtssaal mit Transparent für Manfred Roeder.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Die zweite Frage, weil ich das in der Vorbereitung auf heute auch gelesen habe: Es wird immer wieder mal spekuliert, dass die Aus-

wahl der Tatorte, zum Teil sogar die Auswahl der Tatzeitpunkte dieser zehn Morde - aber vor allen Dingen, glaube ich, betrifft es die ersten Morde - eine gewisse symbolische Bedeutung mit Bezug zu Rechtsextremismus haben könnte. Teilen Sie diese Einschätzung, oder sind das Zufälligkeiten, dass eben ein Morddatum auf ein Verbotdatum einer Gruppierung fällt, dass eben Tatorte in der Nähe sind, wo wiederum auch rechtsextreme Strukturen bekannt sind? Sind das zufällige Ähnlichkeiten? Oder teilen Sie diese Einschätzung, dass hier bewusst ausgewählt wurde, sowohl was den Zeitpunkt als auch die Auswahl der Tatorte angeht, was wiederum ein Trio nicht nur alleine machen kann?

Sachverständige Andrea Röpke: Ja, okay. - Darf ich vielleicht ganz kurz noch ergänzend auf die Frage von Herrn Edathy eingehen: Es ist tatsächlich so, dass die meisten Morde in den alten Bundesländern geschahen, aber auffällig viele Banküberfälle - -

Clemens Binninger (CDU/CSU): In Sachsen und Thüringen.

Sachverständige Andrea Röpke: Genau.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Ganz bewusst.

Sachverständige Andrea Röpke: Es scheint fast so ein bisschen wie: Wir begehen die Wirtschaftsdelikte in dem Bereich, und die Morde werden dann in dem Bereich - - Ich glaube da nicht an Zufälle, ehrlich gesagt, aber es ist natürlich ein Teil der Ermittlungen und ein Teil unserer Recherchen, genauer hinzuschauen.

Die Szene selber arbeitet sehr gerne mit Symbolik und Codes. Das ist denen so eingebläut worden. Man muss bedenken, dass nicht nur Uwe Mundlos, der immer gern als Kopf des Trios dargestellt wird, sondern auch Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe sehr früh politisiert wurden. Das heißt, sie sind wirklich die ganze Zeit in diesen Kreisen politisch sozialisiert worden. Das heißt, sie kennen die Daten. Sie wissen ganz genau: Rudolf Heß. Sie kennen ganz genau die Symbolik von „White Power“, diese rassistischen Codes und Momente. Das spielt sicherlich eine Rolle.

Auch die Städte sind natürlich interessant. Nürnberg hat eine ganz radikale Szene, immer im Hintergrund mit Norman Kempken und Matthias Fischer aus dem Umfeld der verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“. Dann ist da natürlich die Münchener Szene um Herrn Wiese, der den Anschlag in München geplant hatte, jetzt wieder aus dem Gefängnis gekommen ist, weitermacht. Dann gab es immer wieder von Franken aus Todeslisten, es gab Brandanschläge. Es gab eine äußerst geschulte militante Struktur in Franken. Nürnberg ist wirklich sehr, sehr spannend.

Dortmund ist spannend. Das geht durch die Medien, das bekommen Sie alle mit: Dortmund-Dorstfeld, auch dort alte Strukturen, gefestigte, überzeugte radikale NS-Neonazis. Und natürlich Hamburg und Rostock.

Ich habe noch mal mit Ermittlern gesprochen. Im Fall von Rostock, der einzigen Stadt im Osten, sagt man: Man kann sich kaum vorstellen, dass es in Rostock keine Unterstützung vor Ort gegeben hat. Darauf basiert natürlich auch unsere Recherche. Wir gehen davon aus, dass sie durchaus in diesen Städten auch Unterstützung hatten.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Okay, das wäre es für meinen Part. Jetzt übernimmt der Kollege. - Vielen Dank.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Binniger. - Herr Professor Schroeder, Sie haben vorhin Ihre Studie von 2004 angesprochen, in der Sie den Rechtsextremismus und die Jugendgewalt in Deutschland zwischen Ost und West verglichen haben. Jetzt wäre es spannend, wenn Sie uns zum einen die prägnanten Ergebnisse kurz aufzeigen könnten.

Eine zweite Frage an Sie: Bei Professor Stöss und auch bei Ihnen ist deutlich geworden, dass das Fundament des ostdeutschen Rechtsextremismus in der DDR liegt oder in der DDR gelegt wurde. Vielleicht können Sie uns noch ein bisschen näher aufzeigen, was Sie beide damit konkret meinen.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: In unserer Untersuchung haben wir, wenn ich das Zentrale herausgreife, erstens festgestellt, dass es antizivile und nicht zivile Verhaltensweisen und Gewaltbereitschaft in viel stärkerem Maße gibt als rechtsextremistische Einstellungen, dass also das eigentliche Problem, jedenfalls in der Breite, das Problem nicht ziviler oder

antiziviler Einstellungen und Verhaltensweisen ist.

Zweitens konnten wir feststellen, dass es nicht nur einen Ost-West-Unterschied, sondern auch einen Nord-Süd-Unterschied gibt, dass sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern, jedenfalls bei den von uns befragten Schülern, diese nicht zivilen oder rechtsextremen Einstellungen eher im Norden als im Süden verbreitet waren. Das ist nicht repräsentativ, sondern wir haben ausgewählte Städte genommen. Hier ist Forschungsbedarf, um aufzuzeigen, wie diese nicht zivilen Einstellungen dann in rechtsextreme Einstellungen umschlagen. Das ist auch sozusagen kein linearer Prozess, sondern hier wird erst mal die Grundlage gelegt, damit so ein Milieu später entstehen kann.

Der zweite Punkt: Rechtsextremismus ist ja, wie gesagt, kein ausschließliches Ostproblem. Dass es in der DDR existierte, hat fast alle erstaunt, weil offiziell darüber nichts berichtet wurde. Laut der MfS- und SED-Unterlagen hat man immer wieder versucht, das herunterzuspielen, als Rowdytum usw. darzustellen, weil man sich nicht erklären konnte, woraus das eigentlich resultiert. Durch ihre marxistisch-leninistische Brille waren sie nicht in der Lage, zu erkennen, dass es auch systemimmanente Gründe für die Entstehung von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus gibt.

Jetzt bezogen auf die Wiedervereinigung: Ich glaube, dass diese Nachwirkungen der DDR-Sozialisation und diese Milieus durch den sozialen Umbruch begünstigt wurden, ohne Frage. Hier ist es auch völlig unerheblich, zu welcher sozialen Schicht die Eltern gehörten. Sie hatten mit sich selbst zu tun, sie mussten neu klarkommen. Ich habe das mal genannt: allein gelassen. Große Teile der ostdeutschen Jugend wurden allein gelassen. Dann haben sich eben auch solche Milieus herausgebildet.

Was wir nicht vergessen sollten: Die überwiegende Mehrzahl ist nicht dahin gegangen - nicht, dass hier der falsche Eindruck entsteht, dass in Ostdeutschland die Jugendlichen alle rechtsextrem geworden sind. Nein, das ist in einem nennenswerten Maße.

Dann kam hinzu - was ich im Gutachten auch noch thematisiert habe -, dass es zivilgesellschaftliche Strukturen nicht gab. Die sind in den letzten 20 Jahren erst allmählich entstanden. Das macht auch den Unterschied zwischen den Anschlägen in Solingen

oder Mölln und Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen aus. In den alten Ländern haben die Leute nicht am Rand gestanden und geklatscht, sondern das sind Anschläge gewesen, die im Dunkeln gemacht wurden, die zwar ein Fanal sein sollten, aber die Bevölkerung hat sich sofort dagegengestellt. Wenn ich an die beschämenden Bilder von Rostock-Lichtenhagen denke, läuft es mir jetzt noch kalt den Rücken runter.

Das ist sozusagen der Ost-West-Unterschied gewesen. Ich glaube aber, dass sich das in den letzten 20 Jahren verändert hat, dass es in Ostdeutschland inzwischen viel mehr zivilgesellschaftliche Strukturen und Kräfte gibt. Deshalb bin ich eigentlich eher optimistisch, dass man hier diese Tendenzen zurückdrängen kann.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielleicht dazu noch eine konkrete Nachfrage: Herr Professor Schroeder, Sie sprachen jetzt von „systemimmanenten Gründen“ in der DDR. Vielleicht können Sie das noch mal darstellen. Meinen Sie da Disziplinierung, Kollektivierung, die autoritäre Erziehung? Was sind diese systemimmanenten Gründe, die Sie ansprechen?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Wenn Sie Kinder und Jugendliche zum Hass erziehen, wenn die Gesellschaft insgesamt militarisiert wird, wenn Gewalt in der Anwendung gegenüber dem Klassenfeind selbstverständlich wird, dann sozialisieren Sie jungen Menschen Dispositionen, Mentalitäten an, die dann umschlagen können. Da sucht man sich dann eben andere Feinde und richtet den Hass auf andere.

Hinzu kam, dass das Verhältnis zu Ausländern in der DDR bekanntlich sehr angespannt war. Sie wurden in Heimen untergebracht, sie waren isoliert, sie waren zumeist Vertragsarbeiter, sie durften nur eine begrenzte Zeit dort sein. Es gab kaum Kontakte, jedenfalls der Normalbevölkerung, zu den ausländischen Vertragsarbeitern. Sie durften keine Familie gründen usw. Alles das hat auch dazu geführt, dass man Ausländern gegenüber ein spezifisches Verhältnis entwickelt hat.

Hätte man das offen ausgesprochen - - 1988 gab es zum ersten Mal eine Studie der Humboldt-Universität, in der man diese systemimmanenten Gründe angeführt hat, aber das wurde gleich wieder weggebügelt. Insofern gab es bis zum Fall der Mauer, abgese-

hen von der einen Sache, eigentlich kaum ein Durchgreifen gegen diese rechtsextremen Strukturen.

Vielleicht noch als letzten Satz etwas, was die beiden Deutschlands leider teilen: Zum Beispiel Schändungen jüdischer Friedhöfe gab es seit 1945 in Ost und West. Auch da hätte man nicht für möglich gehalten, in welchem Ausmaß das auch in der DDR vorhanden war. Man hat das immer nur auf den Westen bezogen. Aber es gibt eben auch im Negativen Dinge, die die Deutschen in der DDR und der Bundesrepublik hinnehmen bzw. erleben mussten.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herzlichen Dank. - Frau Winkelmeier-Becker würde dann weitermachen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Professor Dr. Schroeder und an Frau Röpke: Waren Sie eigentlich überrascht, als Sie hörten, dass die beiden Täter Böhnhardt und Mundlos bei Entdeckung Selbstmord begangen haben? Wäre es nicht eher zu erwarten gewesen, dass sie Verhaftung und Prozess und die ganze Öffentlichkeit, die damit verbunden wäre, auch propagandistisch hätten nutzen können?

Gibt es da eine Kultur des Märtyrertums mit irgendwelchen Erwartungen, was man sich dadurch - wo auch immer - verdient? Bei islamistischen Märtyrern haben wir ja bestimmte Jenseitserwartungen. Gibt es hier irgendeine Parallele dazu, die über die jeweiligen individuellen Entscheidungen hinausweist? - Danke.

Sachverständige Andrea Röpke: Es gibt ja noch einige Fragen, die zu klären sind. Es bleibt immer noch die Frage: Warum haben sie 2007 mit dem Morden anscheinend - nach dem heutigen Erkenntnisstand zumindest - aufgehört? Man kann ja nicht ausschließen, dass da durchaus psychologische Dinge eine Rolle spielen. Man muss sich damit noch sehr intensiv auseinandersetzen. Das heißt, vieles ist uns ja wirklich absolut noch nicht klar.

Wir haben das noch mal recherchiert, auch zu Eisenach. Wenn sie einen hoch aufgerüsteten Wagen dort vor Ort hatten - - Sie hatten ja Waffen genug. Sie hätten sich zunächst mit den beiden Beamten wirklich beschließen können. Es gab wohl auch zwei Schüsse, die aus dem Wohnmobil rausgingen.

gen. Man denkt natürlich: Warum ballern sie sich in dem Moment nicht den Weg frei?

Sie haben natürlich mitbekommen, dass da schon - Sie haben anscheinend Polizeifunk gehört - welche angerückt sind. Da muss man einfach sagen: In der Szene ist es so, dass diejenigen, die gestorben sind - - Es ist natürlich auch so ein Pathos, das da herrscht. Auch Randgruppenbands wie „Böhse Onkelz“ besingen ja dieses Pathos. In der Szene wird es völlig verherrlicht. Ian Stuart Donaldson, der Gründer von „Blood & Honour“, hat sich totgefahren. Der ist heute im Walhall, ist da der Held. Das heißt, man züchtet Helden, lebt von Heldenbildern. Das ist der eine Punkt. Sie haben sich wahrscheinlich wirklich gedacht, vielleicht dann auch einen gewissen Mythos schüren zu können.

Dann gibt es natürlich diese Opferbereitschaft: Wir gehen bis zum Tod. - Es gab wohl auch die Aussagen aus dem Unterstützerumfeld gegenüber der Polizei, dass sie gesagt haben, die werden sich nicht ergeben.

Aber andererseits darf man zurzeit wohl auch nicht ausschließen, dass sich der erste Schuss vielleicht versehentlich gelöst hat. Zurzeit kann ich einfach auch den Ermittlungen gar nicht so vorgreifen. Man hätte da verschiedene Erklärungsmuster, aber eine eindeutige Lösung habe ich da natürlich nicht.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Ich meine, die Jungfrauen sind ja schon vergeben. Ich glaube, dass rechtsextreme Gewalttäter von ihrer Einstellung her eher im Kampf sterben wollen und nicht sich selbst umbringen wollen. Deshalb kommt mir die Angelegenheit mehr als mysteriös vor - immer noch. Ich weiß ja nur das, was in den Medien stand. Ich hätte eher erwartet, dass sie sich sozusagen zur Wehr setzen - anfangs war ja nur wenig da -, also dass sie zumindest versuchen, durchzukommen, und dass sie dann im Kampf sterben. Das hätte den Heldenmythos geschaffen, aber nicht, sich selbst umzubringen.

Insofern müssen hier die Ermittlungen noch zeigen, ob das, was wir bisher für den Tathergang halten, tatsächlich zutrifft.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt dann zur SPD-Fraktion. Frau Dr. Högl, bitte.

Dr. Eva Högl (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. - Von mir auch ganz herzlichen Dank, dass Sie drei heute mit uns diskutieren und wir Ihnen unsere Fragen stellen können. Wir haben ja auf der einen Seite die zunehmende Radikalisierung der rechtsextremen Szene - das haben Sie beschrieben - und auf der anderen Seite das Abtauchen der drei. Wir müssen jetzt versuchen, das zusammenzubringen und zu sehen, warum das nicht in Verbindung gebracht wurde und warum das von Behörden und Leuten, die das beobachtet haben, nicht erkannt wurde.

Da interessiert mich - da würde ich Sie bitten, dass Sie alle drei darauf antworten; das ist ja eine Kernfrage in unserem Untersuchungsausschuss -: Hätte man bei den Morden irgendwie auch in Richtung Rechtsextremismus ermitteln müssen? Vor dem Hintergrund Ihrer Beschäftigung mit der Szene, mit Rechtsextremismus allgemein: Hätte man das bei den Morden zumindest auch in den Fokus nehmen müssen? Ich wäre sehr daran interessiert, dazu von Ihnen eine Antwort zu bekommen.

Vielleicht stelle ich gleich die zweite Frage; dann können wir die beiden bündeln. Ich spreche jetzt die Tage im November an, als der NSU aufgedeckt wurde. Da möchte ich Sie nicht als Zeugen ansprechen - das hat Herr Kollege Binninger ja schon gesagt -, aber es bewegt sich im Graubereich. Was haben Sie als Erstes gedacht, als Sie das gehört haben? Das würde mich sehr interessieren, gerade weil Sie sich über so viele Jahre schon sehr intensiv mit Rechtsextremismus befassen. Haben Sie gedacht: „Ach, jetzt kommt mal heraus, dass es so eine Gruppe gibt“? Oder eher: „Ach, die waren das“? Oder haben Sie gedacht: „Ach, du liebe Güte, das habe ich gar nicht in Verbindung gebracht“?

Daran anknüpfend die Frage - das ist insbesondere an Sie gerichtet, Frau Röpke -: Wie ist es eigentlich in der Szene aufgenommen worden, dass es aufgedeckt wurde, dass jetzt klar war, dass diese Taten mit den drei Untergetauchten in Verbindung stehen? Wie wurde das wahrgenommen?

Sachverständige Andrea Röpke: Im Nachhinein ist man immer schlauer. Aber ich würde natürlich sagen: Ja, man hätte es erkennen - - Die Versäumnisse sind eklatant. Man hat bei den Mordfällen eine Waffe gehabt. Es gab natürlich viele Erkenntnisse,

viele Ermittlungsergebnisse, die uns gar nicht so bekannt waren, aber im Nachhinein, wo die uns immer offensichtlicher werden, kann man nicht nachvollziehen, warum dieser Spur nicht nachgegangen wurde.

Es gab ja intern bei den Ermittlern durchaus auch Ansätze, zu sagen, dass das rassistische Motive hat, gerade die Anschläge in Köln. Es passt einfach. Es gab so viele Parallelen, gerade wenn man sich mit den Taten zu diesen - - Gerade als diese Morde 2000 begangen wurden, war auch die Hochzeit an Morden aus dem „Blood & Honour“- und „Combat 18“-Umfeld im europäischen Ausland. Das waren auch regelrechte Hinrichtungen, rassistische Hinrichtungen, Hinrichtungen von politischen Gegnern. Man hätte durchaus diese Spur verfolgen können.

Was mich auch ein bisschen stutzig macht, ist: Ich kannte natürlich vorher auch nicht diese Videoaufnahmen von den Banküberfällen. Wir haben 14 Banküberfälle. Wenn man sich die heute anguckt, wenn ich die auch immer mehr sehe, dann denke ich: Meine Güte, man hätte doch vom Erscheinungsbild her durchaus vielleicht auch mal in diese Richtung gehen können, dass man da vielleicht mehr abgleicht, mehr Austausch versucht hätte - vorsichtig gesagt, ganz vorsichtig gesagt. Ich möchte den Ermittlern da auch nicht vorgreifen. Aber ich kann einfach nicht verstehen, dass man diese rassistische Motivation da außen vor gelassen hat.

Ich mache es gleich in einem Durchgang. Sie haben gefragt: Was haben Sie gedacht? Mein erster Gedanke war: Hoffentlich gibt es nicht noch mehr Zellen. Hoffentlich haben die nicht irgendwo noch Leute sitzen. Mein zweiter Gedanke war: Gut, dass wir keinen Tipp bekommen haben und nicht draußen in der Frühlingsstraße davor gestanden haben, wie wir das manchmal als Journalisten so naiv tun. Bei den hochgerüsteten Waffenarsenalen - ich habe schon einiges an Gewalt erlebt, aber diese Ausmaße - wäre das natürlich eklatant.

Ich habe noch heute Angst, dass das nicht alles war, dass durchaus vielleicht ein, zwei weitere wirklich Gewaltbereite dabei sind. Wir kennen - gerade auch im westdeutschen Milieu - einige Neonazis, die als Söldner aktiv waren. Wir kennen einige Neonazis, die an Schießübungen jetzt gerade 2011 wieder in der Schweiz teilgenommen haben. Wir kennen einige Neonazis, die anscheinend - wie nennt man das noch so schön? - immer wieder kurz vor dem Explodieren, kurz

vor dem Durchknallen sind, die also latent gewaltbereit sind. Das beste Beispiel: Schleswig-Holstein, übrigens doch die Terrorzelle „C 18“, auch mit Peter Borchert. Die haben sich ihre Waffen direkt aus der Fabrik in Schleswig-Holstein besorgt. Peter Borchert ist kein Import aus Mecklenburg-Vorpommern, sondern er ist ureigener Schleswig-Holsteiner, und er ist jemand, bei dem immer wieder vorab zu erkennen war, dass er wirklich Gewalttaten, eine nach der anderen, begeht.

Wir haben durchaus ein wirklich explosives Potenzial in der Neonaziszene auch im Westen, und das macht einem natürlich Angst. Das war der Gedanke, den ich dann hatte: Kann das womöglich nicht alles gewesen sein?

Die Szenereaktionen kann man ganz kurz zusammenfassen. Für die NPD kam es natürlich denkbar ungeeignet, weil Holger Apfel die NPD gerade übernommen hatte. Die NPD finanziert sich zu fast 50 Prozent aus Steuergeldern. Sie sitzt in zwei Landtagen, sie darf eine Stiftung unterhalten, sie hat mehr als 500 kommunale Mandate. Das heißt, es läuft gar nicht so schlecht für die NPD, wie es jetzt vielleicht erscheint. Die waren gerade dabei, sich mit Holger Apfel einen seriösen, radikalen Anstrich zu geben. Die sind sehr bürgerlich erschienen. Die haben sich professionalisiert und haben unheimlich viele Akademiker in ihren Reihen. Da ist es zurzeit tatsächlich eigentlich ganz gut gelaufen. Die hatten die nächsten Wahlkämpfe im Sinn, und dann passiert das, und dann noch mit Ralf Wohlleben und natürlich Carsten Schultze und mit diesen Kontakten in die eigenen Reihen.

Das passt denen natürlich überhaupt nicht. Sie distanzieren sich von Gewalt, was natürlich wiederum in den eigenen Reihen für Ärger gesorgt hat, gerade beim „Freien Netz“. Es gibt zurzeit sehr harte interne Auseinandersetzungen innerhalb der Neonaziszene, weil das „Freie Netz“, die Kameradschaftsstrukturen, der NPD vorwerfen, sich voreilig distanziert zu haben, statt sich erst mal mit den Tätern aus den eigenen Reihen auseinanderzusetzen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Professor Stöss, wollen Sie als Nächster?

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Ich komme zuerst zum letzten Punkt. Ich glaube nicht, dass die NPD so erfolgreich

ist. Meine These ist eher, dass sie auf dem absteigenden Ast ist. Nicht nur Wähler- und Mitgliederzahlen sinken, sondern es sind die internen Konflikte über die Strategie, die noch längst nicht ausgetragen sind. Da wäre ich mal sehr vorsichtig.

Aber gerade das ist für mich ein Argument, zu sagen: Das kommt denen jetzt völlig ungelegen. Der Apfel hat so viele Sorgen, so viele Probleme - dass dies jetzt auch noch dazukommt, irritiert die total, weil die NPD, wie gesagt, im Augenblick in einer derartig schwierigen Situation ist.

Zur Konzentration auf Wahlkämpfe: Ich glaube, dass sie alle das Gefühl haben, im Augenblick läuft es schlecht für sie. Sie wissen auch, dass ihre Erfolge in zwei Bundesländern unter bestimmten Bedingungen erzielt wurden, und diese Rahmenbedingungen haben sich mittlerweile völlig verändert. Die Chancen auf bessere Wahlergebnisse usw. sehe ich nicht, und das sehen die auch nicht. So schlau sind die auch.

Zur ersten Frage: Ich habe mir auch immer überlegt, wie man denn eigentlich amtlicherseits den Befund interpretiert, dass die Mitgliederzahlen im Rechtsextremismus um 60 Prozent sinken und auf der anderen Seite eine Radikalisierung passiert. Hat man das womöglich so interpretiert, dass man sagt: „Na ja, die haben ja den Zenit ihrer Entwicklung überschritten, das geht jetzt langsam runter“, und deswegen vielleicht nicht mehr so genau hingeschaut? Hatte man sozusagen die Rechnung, die ich aufmache, dass mit diesem personellen Niedergang eine Radikalisierung passiert, womöglich gar nicht so auf dem Bildschirm? Hat man womöglich beim Terrorismus in eine andere Richtung geschaut und gar nicht gedacht, dass das beim Rechtsextremismus der Fall ist?

Auf der anderen Seite steht im letzten Verfassungsschutzbericht des Bundes von 2010 die schöne Formulierung: Die Affinität zu Waffen und zu Gewalt bedeutet, dass man nicht ausschließen kann, dass Einzelpersonen tatsächlich terroristische Aktivitäten machen. Das steht so darin. Also sollte man auf der anderen Seite doch annehmen, dass sie da unter diesen Rahmenbedingungen jetzt ganz genau hingucken. Jedenfalls hat es mich gewundert, einfach aufgrund dieser - wie ich meine - verbesserten Gelegenheitsstrukturen, dass man da nicht genauer hingekuckt hat.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Bezogen auf die NPD teile ich die Einschätzung von Richard Stöss. Ich glaube auch, dass ihr Stern am Versinken ist. Man muss sich überlegen, ob es opportun ist, sie zu verbieten oder nicht. Es gibt gute Argumente dafür und gute Argumente dagegen. Da hält sich für mich die Waage. Hier muss man eine politische Entscheidung treffen, was sinnvoller ist.

Zweitens habe ich - ich glaube, es war in der *taz* - ein Interview mit dem Chefermittler der bayerischen Sonderermittlungsgruppe gelesen, und der hat gesagt, sie hätten sehr wohl in diese Richtung ermittelt, aber nichts gefunden. Wenn dem nicht so wäre, wäre ich wirklich überrascht. So viel Vertrauen hatte ich schon in die Polizei, dass sie in alle Richtungen ermittelt. Der Chefermittler hat das auch gesagt. Da werden Sie sicherlich noch nachfragen, ob das stimmt.

Ansonsten muss ich persönlich sagen: Ich hatte es zwar für möglich gehalten, dass so etwas entstehen kann, aber diese Mordserie habe ich damit - ganz ehrlich - nicht in Zusammenhang gebracht. Vielleicht sind Frau Röpke und andere, die dort recherchieren, dichter dran. Aber mir ist auch keine breite Diskussion bekannt, die diese verschiedenen Morde in Zusammenhang gesetzt hätte. Ich kann mich an keinen Artikel und keine Ausführungen erinnern, die besagen: Mensch, das könnte doch eine rassistisch motivierte Mordserie sein. Hier sind in erster Linie Verfassungsschutz und Polizei gefragt und nicht Journalisten und Wissenschaftler.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Danke schön. - Ich habe noch eine Nachfrage an Frau Röpke zum Stichwort „V-Leute“. Sie beobachten die Szene ja gut und intensiv, wie wir heute erfahren haben. Das ist wirklich sehr beeindruckend. Sie alle drei haben gesagt: Dass der Verfassungsschutz das nicht erkannt hat - das beschäftigt uns ja hier -, das ist unerklärlich. Können Sie in der mir verbleibenden Zeit noch etwas zum Wirken der V-Leute sagen? Was ist Ihnen da aufgefallen? Waren die kenntnisreich, waren die informiert, oder waren die es eher nicht?

Mich wundert auch ein bisschen - Sie sind ja sehr intensiv in der Szene unterwegs -, dass auch Sie keinen Hinweis - einen besseren, fundierteren - auf die drei bekommen

haben. Sie haben eben ausgeführt, dass Sie Hinweise hatten, dass Ermittler auch einen rechtsextremen Hintergrund vermutet haben. Meinen Sie da die Profiler - das werden wir hier im Untersuchungsausschuss auch noch thematisieren -, oder hatten Sie selber eigene Hinweise aus der Szene, dass die Morde den dreien zuzuschreiben sind?

Sachverständige Andrea Röpke: Nein, wir hatten überhaupt keine Hinweise aus der Szene. Dazu kann ich auch nichts ergänzen. Ich meine auch genau das, was Herr Schroeder angesprochen hat, dass sich die bayerische Soko - ich glaube, Herr Mähler heißt er - dazu geäußert hat. Er ist derjenige gewesen, der diesen Ansatz hatte, dass rassistische Verbrechen dahinterstehen könnten. Aber ich weiß das jetzt gerade nicht aus dem Kopf. Ich habe gerade überlegt - -

Dr. Eva Högl (SPD): Ich wollte nur wissen, ob es das ist, was Sie meinen.

Sachverständige Andrea Röpke: Genau das meinte ich. Das Ganze ist dann relativ schnell wieder verebbt. Er hat sich Informationen holen lassen, und dann ist das Ganze, glaube ich, sehr schnell wieder verebbt.

Zu den V-Leuten: Das ist ein sehr spannendes Thema. Ich kann vielleicht kurz erzählen, dass ich - ich glaube, es war 2003; ich bin immer so schlecht mit Jahreszahlen - 2003 oder 2004 mit einem V-Mann aus Thüringen gesprochen habe. Er hat sich an uns bzw. an mich gewandt. Ich habe mich dann mit ihm getroffen, und er hat mir erzählt, dass er vom Landesamt für Verfassung durch sämtliche rechte Parteien und Spektren in Thüringen geschleust wurde, dass er eigentlich schon länger aufhören wollte - er war schon ein etwas älterer Mann - und dass er seinen Ansprechpartner vom Verfassungsschutz einmal im Monat getroffen habe.

Ich kann es vielleicht offen sagen: Es dreht sich um Manfred Reich. Ich hatte darüber damals auch geschrieben. Manfred Reich wollte immer aufhören. Er wollte eigentlich raus, und er sagte, sein V-Mann-Führer hätte ihn immer wieder dazu aufgefordert, weiterzumachen, weil sie noch Erkenntnisse bräuchten.

Ich habe mich sehr intensiv mit ihm unterhalten. Er hat mir seine Berichte gezeigt. Es ist schon relativ dilettantisch gewesen. Ich fand das, was ich da erfahren habe, moralisch und ethisch sehr zweifelhaft. Er hat

sich - genauso wie der V-Mann Tino Brandt oder auch der sehr belastete und meiner Ansicht nach völlig unzumutbare V-Mann Thomas Dienel, der eigentlich ein Straftäter war; ich weiß nicht, wodurch er sich qualifiziert hat, auch dieser Manfred Reich - vor allen Dingen über das Geld gefreut, das er jeden Monat kassiert hat. Das heißt, er hat sich vom Verfassungsschutz fast angetrieben gefühlt. Für mich war aber auch schockierend, dass er das Gefühl hatte, dass man auf einige Inhalte, die er weitergegeben hat und die besagten, dass sich die Szene in Thüringen radikal bewaffnet - er hatte 2003/2004 von einer „Braunen Armee Fraktion“ gesprochen -, nicht einging. Das waren seine Aussagen mir gegenüber.

Das ist die eine Sache. Das heißt, die V-Leute in Thüringen - auch im Umfeld von „Blood & Honour“ - finde ich sehr zweifelhaft. Ich kann nicht nachvollziehen, wie man Straftäter wie Carsten Szczepanski oder auch andere, die sich selber schon mit versuchtem Totschlag und Mordversuchen „ausgezeichnet“ hatten, monatlich noch honorieren kann, wie man die auch noch finanzieren kann. Für mich ist das schockierend.

Eine ganz persönliche Erfahrung aufgrund der Recherchen der letzten Jahre ist gewesen: Ich habe mich, glaube ich, sechs Jahre mit der Kindererziehung der Neonazis und der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ befasst. Wie es dann in den Redaktionen meistens so ist, wenn ich als Freie so ein Thema vorschlage, ist die erste Frage: Haben Sie mit dem Verfassungsschutz, mit den Behörden gesprochen? - Das habe ich dann gemacht, habe die Anrufe getätigt, und es war unglaublich, was mir dann erzählt wurde: Ob ich nichts Besseres zu tun hätte, die seien doch bundesweit gar nicht tätig, die seien doch unwichtig.

Als wir dann aber selbstständig die ersten Lager fotografiert hatten, die ersten Bilder hatten und aufgezeigt haben, wie Tausende dieser Kinder - die Zahl stammt übrigens von einem polizeilichen Ermittler - gedrillt wurden, auch im Sinne der „Wiking-Jugend“, der „Hitler-Jugend“, war das schockierend. Da habe ich wirklich immer wieder die Erfahrung gemacht, dass die Verfassungsschutzbehörden nicht vor dem gewarnt haben, wovor wir gewarnt haben. Das ist einer der krassesten Fälle. Aber es ist uns natürlich als Fachjournalisten - da können Sie auch meine Kollegen fragen, die sich damit befassen - immer wieder begegnet, dass wir uns gewundert

haben, dass das nicht vonseiten der Behörden aufgegriffen wurde.

Sie werden diese Fälle zum Beispiel auch nicht den Jahresberichten der Landesbehörden für Verfassungsschutz finden. Interessant in den Jahresberichten der Verfassungsschutzämter ist eigentlich immer, was nicht darin steht. Es ist wirklich sehr spannend, wie da gewarnt wird.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Das Fragerecht wechselt dann zur FDP-Fraktion. Das Wort hat der Kollege Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Frau Röpke, meine Herren, vielen herzlichen Dank für die sehr interessanten Ausführungen bis hier und auch schon davor. - Ich würde in der ersten Runde gerne einen anderen Aspekt etwas mehr in den Vordergrund nehmen, und zwar, Frau Röpke, das Thema Internationalität bzw. auch europäische Verbindungen. Laut Aussage der Bundesregierung vom April 2001 hatte die deutsche Neonaziszene zu dem Zeitpunkt Kontakte zu 21 Ländern, unter anderem wohl auch Kooperationsabkommen beispielsweise in die Ukraine. Wie schätzen Sie die Internationalität der Neonaziszene in Deutschland und in Europa aktuell ein?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich war gerade in der Ukraine und habe bei den Recherchen in Tschechien einen der fürchterlichsten Momente im letzten Jahr gehabt. Ich habe mir in Varnsdorf und Nový Bor die antiziganistischen Proteste - ich glaube, man kann schon von Pogromen sprechen - angeschaut, die von Neonazis angestachelt wurden. Sächsische Neonazis fahren mittlerweile regelmäßig nach Tschechien. Deutsche Neonazis haben schon seit längerem einen regen Austausch gerade mit der Ukraine. Auch die NPD hat traditionell einen regen Austausch mit Russland.

Wir haben jetzt mehrere Hinweise auf Schießübungen und Wehrsportübungen in Tschechien. Es gibt Schießübungen in der Schweiz. Es gibt natürlich einen ganz regen Austausch von Neonazis mit Österreich. Gerade beim „Fest der Völker“ von Ralf Wohlleben in Thüringen, also in Pößneck, war ich vor Ort. Ich war auch in Jena und Gera vor Ort. Dort waren immer internationale Vertreter der militanten Neonaziszene präsent. Gerade die Neonaziszene in Thü-

ringen war für ihren internationalen Austausch bekannt. Es gab immer sehr enge Kontakte in die Schweiz und nach Südosteuropa, aber vor allen Dingen auch nach Schweden. Das darf man nicht vergessen. Gerade die militanten völkischen Strukturen aus den alten Bundesländern sind traditionell sehr eng mit Skandinavien verwoben.

Sie haben es vielleicht mitbekommen: Die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hat das „Nordische Hilfswerk“ empfangen. Das ist eine Neonaziorganisation aus Skandinavien. Die sind dann regelrecht durch den Landtag geschleust worden. Zwischendurch haben sie im letzten Sommer auch ein Lager mit Wehrsportübungen, Gotcha-Übungen und so weiter gemacht.

Es gibt also tatsächlich einen sehr, sehr intensiven europäischen Austausch.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde dazu gerade der kleinere Austausch im Hinblick auf Tschechien und Polen interessieren. Können Sie beschreiben, welche Art von Kampflager oder Ausbildungslager das war? Gibt es da einen regen Austausch nach Deutschland oder zurück? Letzte Woche in Bad Boll hat beispielsweise ein Aussteiger, ein Herr Bauer, gesagt, dass es dort sehr intensive Kontakte und auch Lager gab. Können Sie das bestätigen?

Sachverständige Andrea Röpke: Wir haben 2010 über eine Firma berichtet, die „Zivilschutzversand“ hieß. Das ist eine Firma aus Franken bzw. aus Hessen, die von zwei Neonazis angeführt wird, die mittlerweile Geschäftsleute sind. Der eine war, glaube ich, sogar bei einer großen - - Egal. Auf jeden Fall sind beide seriöse Geschäftsleute. In ihrem Privatleben waren sie bei der „Heimattreuen Deutschen Jugend“.

Sie haben diese Firma „Zivilschutzversand“ gegründet und bieten das an, was die Szene gerade intern umtreibt, und das ist: Wir stehen kurz vor einem Bürgerkrieg. Unsere multikulturelle Gesellschaft steht vor dem Aus. Wir werden zusammenbrechen, die Banken werden zusammenbrechen, der Euro wird zusammenbrechen, und Sie müssen vorbereitet sein. - Das proben die richtig; das üben die. Das steht bevor.

Diese Firma „Zivilschutzversand“, von diesen beiden Männern angeführt, hat angeboten, dass man „Überleben im Gelände“, „Überleben in der Krise“ - so nennen sie

das - üben kann, inklusive Schießübungen in Tschechien.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Wie viele sind das ungefähr?

Sachverständige Andrea Röpke: Dazu kann ich keine Zahl nennen. Das ist auch nur ein Beispiel. Kollegen haben recherchiert, dass es einen Austausch von Neonazis aus Sachsen-Anhalt nach Tschechien gab, die in Tschechien und Bulgarien geschossen haben. Wie gesagt, es gab ganz legal Schießübungen in der Schweiz auf Schweizer Schießständen. Es ist ganz schwer, weil wir natürlich, gerade was Wehrsportübungen, Schießübungen und solche Dinge angeht, meistens hinterherhinken. Es ist für uns wahnsinnig schwierig, zu recherchieren, weil sich die Szene professionalisiert hat. Wir suchen gerade einen Austausch mit Kollegen im europäischen Ausland, damit wir einfach mehr mitbekommen.

Aus diesem Lager in Schweden kursieren Bilder, die uns zugespielt wurden. Es ist wirklich sehr punktuell, was wir dazu an Informationen haben. Es ist sehr lückenhaft; das muss ich selber einräumen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Jetzt zu einem anderen Bereich, der mich interessiert. Heute sind in der *Financial Times Deutschland* Ausführungen darüber, dass ein Herr Mario Friso von der PNOS wohl sehr enge Kontakte gerade zu Thomas Gerlach und André Kapke hatte und 2008 immer wieder auch als Redner in Zwickau und an anderen Stellen aufgeführt wurde. Könnten Sie etwas Konkretes zu der Organisationsstruktur PNOS bzw. auch zu den Verbindungen in die Schweiz sagen? Gibt es stärkere Verbindungen, gerade auch in Richtung Thüringen, seitens der Schweiz oder aus der Schweiz heraus?

Sachverständige Andrea Röpke: Das sind zwei Punkte. Einerseits ist es wieder das „Hammerskins“-Milieu. Da ist Thomas Gerlach aus Altenburg in Thüringen, der sehr früh einer der engsten Weggefährten von André Kapke und Ralf Wohlleben war. Er hat diese Kontakte über die „Hammerskins Nations“, das heißt, sehr europäisch vernetzt, besonders in die Schweiz. Mario Friso spielt da eine Rolle.

Nach Recherchen hat es 2011 ein PNOS-Schießtraining unter Beteiligung von rund 20

deutschen Nazis gegeben. Ich selber kann nur sagen, dass ich beim „Fest der Völker“ in Pößneck sozusagen draußen bleiben musste. Ich stand draußen und habe dokumentiert und gefilmt, was übrigens sehr schwierig war, weil die Polizei uns Platzverweise erteilen wollte, weil die Herren Kapke und Wohlleben meine Anwesenheit nicht wünschten - auf öffentlichem Gelände.

Ich habe mich dann doch durchsetzen können und habe dokumentiert. Mir ist aufgefallen, dass neben Südtiroler Neonazis - die österreichischen Neonazis nennen sich Südtiroler - eine ganz auffällig große Gruppe Schweizer Neonazis dort war. Das waren aber nicht nur Neonazis aus dem Umfeld der PNOS, sondern es gibt - das erzählte mir ein Aussteiger kürzlich - auch enge Kontakte zu den südthüringischen Neonazis, die sehr kameradschaftsorientiert sind. Die Gruppe hieß „Amok“, glaube ich; das ist eine Schweizer Band. Die südthüringischen Neonazis aus Suhl - dieser Aussteiger hat auch das bestätigt - sagten immer wieder: Wir können über die Schweiz auch Waffen bekommen. - Ich kann nur zitieren, was gesagt wurde. Das hat er mir jüngst erzählt. Es war einfach bekannt, dass man über die „Schweizer Connection“ nicht nur zum Schießen fahren konnte, legal dort Schießübungen machen konnte, sondern tatsächlich auch - so hieß es intern - Waffen bekommen könnte.

Ich muss noch kurz ergänzen, dass in Tschechien natürlich attraktiv für die Szene gewesen ist, dass es den Aufruf „Schießen mit allen Kalibern“ gab. Das ist natürlich etwas anderes, als hier im Schießstand mit Luftpistolen oder solchen Dingen zu schießen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Mich würde noch die Organisation „Blood & Honour“ interessieren, insbesondere wenn man sagt, man hat 21 verschiedene Kontakte auch im Ausland. Vieles davon scheint ja wohl auch über „Blood & Honour“ aus Großbritannien zu laufen. Ist das eine Dachorganisation?

Meine zweite Frage, daran anschließend: „Blood & Honour“ ist in Deutschland verboten, hat aber nach wie vor eine englische Homepage, auf der zu lesen ist, dass Konzerte und auch Veranstaltungen, zum Beispiel am 31. März in Mitteldeutschland und am 5. Mai der Eichsfeldtag in Leinefelde in Thüringen, mit dem Neonazi Heise als Spre-

cher und auch wieder mit Patrick Wieschke als Sprecher stattfinden. Am 9. Juni ist laut „Blood & Honour“ in England auch ein „Thüringentag“ von der NPD geplant.

Auf der einen Seite: Welche Rolle spielt „Blood & Honour“ noch in Deutschland? Auf der anderen Seite: Inwieweit ist „Blood & Honour“ quasi eine Art Dachverband oder eine Organisationsstruktur in Europa?

Sachverständige Andrea Röpke: In erster Linie ist „Blood & Honour“ natürlich auch ein Mythos. „Blood & Honour“ ist eine radikale Struktur, die es verstanden hat, rassistische, kämpferische Inhalte zu propagieren, und vor allen Dingen auch so zusammengeschweißt hat.

Seit dem Verbot haben die Aktivisten, die wichtigsten Leute von „Blood & Honour“ - Sie haben schon Thorsten Heise aus dem Umfeld, so muss ich es vorsichtig sagen, sonst können Sie mich sofort verklagen, genannt; es gibt ja keine Parteibücher - natürlich in anderen Organisationsstrukturen unter anderen Namen weitergemacht. Wir haben in Nienhagen in Niedersachsen/Sachsen-Anhalt eines der größten Konzerte im letzten Jahr gehabt; da war ich auch vor Ort. Sie nennen sich „Honour and Pride“. Oder es gibt den Begriff „Arische Bruderschaft“ oder „C 18“-Strukturen, die immer wieder aufgetaucht sind.

Wir gehen zurzeit aber davon aus, dass nach dem Verbot vor allen Dingen die „Hammerskins“ die Rolle von „Blood & Honour“ in Deutschland übernommen haben. Sie sind nicht verboten. Die „Hammerskins“ haben offiziell erklärt, der Bruderkrieg sei beendet. Das heißt, die Konkurrenz zu den „Blood & Honour“-Strukturen ist nicht mehr da, und man arbeitet jetzt gemeinsam. Die britischen bzw. die europäischen Strukturen sind natürlich insofern interessant, als sie dieses Label „Blood & Honour“ weiter benutzen können und dem Ganzen auch einen spannenden, kämpferischen Deckmantel oder Überbau verleihen.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Vielen Dank.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Das Fragerecht geht dann über zur Linksfraktion. Das Wort hat die Vizepräsidentin.

Petra Pau (DIE LINKE): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Einen herzlichen Dank natürlich an die Sachverständige und die Sachverständigen.

Der Ausschuss untersucht ja neben der konkreten Mordserie vor allen Dingen die Frage, warum die tödliche Gefahr, welche vom Rechtsextremismus ausgeht, in diesem Fall nicht erkannt wurde. Nach dem, was wir heute wissen, wurde dem weder bei den Ermittlungen nachgegangen noch wurde in der Öffentlichkeit ein rassistischer oder rechtsextremer Hintergrund geprüft.

Es war hier heute schon von den Entwicklungen in den 1990er-Jahren die Rede. Zum Beispiel im Jahr 1992 wurden alleine 681 Anschläge auf Unterkünfte von Asylsuchenden und Ausländern registriert, das heißt täglich zwei. Vor dem ersten Mord des NSU-Trios sind nach Recherchen mehr als 100 Menschen durch Rechtsextreme in der Bundesrepublik zu Tode gekommen.

Vor diesem Hintergrund stelle ich hier auch meine Fragen - erst einmal an Andrea Röpke und an Herrn Professor Stöss -: Gab es Ende der 1990er-Jahre Diskussionen in der Szene zu Fragen der Gewaltanwendung, aber auch zu Fragen, inwieweit man bei Ausübung dieser Strategien in die Illegalität geht? Welche Positionen gab es in der Szene dazu?

Sachverständige Andrea Röpke: Ja, natürlich hat es - ich habe versucht, das aufzuzeigen - gerade in der Zeit massive Diskussionen über illegale Untergrundstrukturen gegeben. Aber das Spannende ist auch gerade dieses „Werwolf-Konzept“. Die „Werwolf-Strukturen“ spuken in der Neonaziszene sowieso schon seit Jahrzehnten herum. Gerade im Westen - auch im Umfeld der „Wiking-Jugend“ - haben sie immer eine wichtige Rolle gespielt. Das heißt, einerseits Gewalttaten zu begehen, einen Rassenkrieg zu führen, Zeichen zu setzen - man fühlt sich auch als Speerspitze der ausländerfeindlichen Ressentiments in der Gesellschaft -, aber andererseits natürlich auch die bürgerliche Tarnung beizubehalten. Das sind, glaube ich, die inhaltlichen Diskussionsmomente.

Tatsächlich völlig in den Untergrund zu gehen, das ist, glaube ich, von den wenigsten anvisiert, dann vielleicht eher ins Gefängnis zu gehen und dort eine Knastkameradschaft aufzubauen. Das war dann auch eine Diskussionsfolge. Aber tatsächlich ist

es, glaube ich, eher so, dass man Militanz mit Tarnung im bürgerlichen Spektrum verbunden hat. - Ich glaube, das waren, kurz zusammengefasst, die Diskussionsinhalte.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Stöss.

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Wenn ich mich richtig erinnere, begann die erste Gewaltdiskussion nach dem Verbot der neonazistischen Organisation zwischen 1992 und 1994. Da war ja dann die Debatte: Wie gehen wir eigentlich damit um? Wie können wir den Verfolgungsdruck der Strafverfolgungsbehörden umgehen? Dann kam die Debatte „Organisation durch Desorganisation“ auf. Damit stellte sich gleichzeitig auch die Frage, inwieweit man Gewalt ausüben soll. Ich kann mich nicht erinnern, dass über Terrorismus damals auf der Ebene diskutiert worden ist, aber erst mal grundsätzlich über die Gewaltbereitschaft.

Der zweite Schub kam dann, glaube ich, mit der Öffnung der NPD gegenüber neonazistischen Kräfte. Da wurde diese Debatte noch mal geführt.

Der dritte Schub - das hat Frau Röpke schon gesagt - kam im Zuge des internationalen Terrorismus. - Ja, das war die Frage.

Petra Pau (DIE LINKE): Ja, das war die Frage; das ist völlig richtig. Ich habe auch nur sieben Minuten; insofern ist es sehr schön, wenn Sie sich kurzfassen.

Frau Röpke, Sie haben den Fall „Kay Diesner“ schon mit eingefügt. Er ist als Einzeltäter verurteilt worden und wird auch als solcher dargestellt. Auch bei der NSU wird von vielen erklärt, es gebe kein weiteres Netzwerk. Sie haben vorhin schon Ihre Befürchtungen oder Ihre ersten Reaktionen dargestellt. Können Sie noch etwas zu Netzwerken auch außerhalb von Thüringen und Sachsen sagen, worauf sich solche gewaltbereiten oder auch gewaltbegehenden Neonazis gegebenenfalls stützen können, zumindest der Vermutung nach?

Zweitens. Sie haben vorhin etwas zur Reaktion in der NPD auf das Auffliegen des NSU gesagt. Können Sie noch etwas zur Reaktion in der Szene außerhalb der NPD sagen?

Sachverständige Andrea Röpke: In Bezug auf militante Netzwerke haben wir 2010/2011 ein Beispiel gehabt. Da ist ein

junger Mann, der gerade zum Stützpunktleiter der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ in Weil am Rhein in Baden-Württemberg gewählt wurde, aufgefallen, weil er massiv Chemikalien und Anleitungen für Bomben gesammelt hat. Bei ihm war aufgrund von gehackten Mails klar, dass das kein Geheimnis war. Er hat das ganz offiziell ausgetauscht. Er hat das in seinen JN-Reihen in der NPD in Baden-Württemberg ausgetauscht. Man muss dazu wissen, dass der Chef der JN in Baden-Württemberg, Alexander Neidlein, ein verurteilter Bankräuber und Ex-Söldner ist. Man glaubt auch, eine gewisse Akzeptanz innerhalb dieser Strukturen zu finden, indem man ganz offen mit Militanz umgeht.

Auch „Combat 18 Pinneberg“ waren zum Beispiel Vernetzungsstrukturen. Auch in den sehr militanten Strukturen, die wir in westdeutschen Städten haben, die teilweise ins Rockermilieu oder ins Hooliganmilieu hineinreichen, wird offen mit der Militanz, mit diesem Netzwerkcharakter umgegangen.

Bei Kay Diesner ist es ein bisschen schwieriger. Ich habe noch mal mit Ingo Hasselbach - auch er ist ein Aussteiger - gesprochen. Kay Diesner ist natürlich ganz klar in dem Berliner Milieu verradikalisiert und sozialisiert worden, gerade auch im Umfeld des Herrn aus dem Spektrum, der jetzt die NPD-Stelle in Berlin übernommen hat. Klar: Er ist Teil dieser Szene gewesen. Dass er einen Polizisten erschossen hat - - Er ist einfach ein Feind. Journalisten sind Todfeinde, Polizisten sind Todfeinde. Es gibt natürlich klare Zielsetzungen: Auf die schießt man, und auf andere schießt man weniger. Aber es ist sicherlich nicht in Zweifel zu ziehen, dass er in dem Moment selber durchgedreht ist. - Was war die zweite Frage?

Petra Pau (DIE LINKE): Die Reaktionen außerhalb der NPD auf die NSU.

Sachverständige Andrea Röpke: Das ist interessant, weil zum Beispiel das „Freie Netz Bayern“ mit Martin Wiese, diesem verurteilten Rechtsterroristen der „Kameradschaft Süd“, und auch Norman Bordin, der unzählige Straftaten begangen hat, sinngemäß ganz klar gesagt hat, man könnte sich nicht ohne Weiteres distanzieren. Das „Freie Netz Süd“ hat eine Diskussion in Gang gebracht, und das Ganze macht sich natürlich in erster Linie an den Unterstützern Wohleben & Co. fest. Das heißt, das „Freie Netz“

versucht, der NPD entgegenzuwirken und keine offene Solidarität für die Morde auszusprechen - so dumm ist keiner von denen -, aber durchaus anzubringen, inwiefern oder inwieweit man sich mit den Taten vielleicht auseinandersetzt oder sogar „identifizieren“ kann.

Es gibt da also einen vorsichtigen Mechanismus, gerade über dieses „Freie Netz“, das sich zurzeit sehr stark ausweitet - das spricht auch dafür, dass sie durchaus eine positive Resonanz haben - und das der NPD sehr stark entgegenwirkt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht wechselt dann zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Wort hat der Kollege Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Auch wir verfügen über ein Zeitkontingent von sieben Minuten. Das ist wenig.

Frau Röpke, Sie haben in dem Buch *Braune Kameradschaften* den Artikel „Bomben, Waffen, Terror in der Kameradschaftszene“ geschrieben. Wenn man das heute liest, klingt das geradezu prophetisch. Zunächst einmal, weil ich es gerne im Protokoll lesen will, würde ich Ihnen gerne etwas vorhalten. Sie schreiben:

... nach Angaben des Sprechers des Bundeskriminalamtes, Dirk Büchner, hat es zwischen 1999 und 2002 insgesamt 178 Funde von Spreng- und Brandvorrichtungen

bei Angehörigen der rechtsextremen Szene gegeben.

Sie kommen dann zu den Skinheads „Sächsische Schweiz“ und sagen, da hat man im Jahr 2000 zwei Kilogramm Sprengstoff, Sprenggranaten, Raketenteile, Pistolen, Panzerfäuste und größere Mengen Munition entdeckt.

Meine Frage: Ist es also richtig, dass die Bewaffnung sozusagen in ganz großem Stil stattfand, und zu welchem Zweck eigentlich? Wartete man auf den Tag X, oder gingen sie davon aus, dass diese Waffen auch schon vorher eingesetzt würden?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich kann nur immer wieder die Zusammenhänge der „Wiking-Jugend“ oder auch der verbotenen „Nationalistischen Front“ im Westen nennen. Es hat immer die Tendenz gegeben,

Sprengstoff und Waffen zu horten. Es hat diese berüchtigten Erddepots auch von Peter Naumann gegeben, der sie dann publik gemacht hat. Aber diese Affinität, diese Sammel Leidenschaft, Waffen zu besitzen, diese Selbstverständlichkeit, sich als Kämpfer zu sehen und für den Fall auch die Familie als Deutsche verteidigen zu können - man sieht sich im Feindgebiet -, das hat sogar noch massiv zugenommen, würde ich sagen. Es gab auch in den letzten Jahren alarmierende Waffenfunde; aber es hat uns schon damals, als wir es geschrieben haben, sehr schockiert. Wir haben uns natürlich auch damit auseinandergesetzt. Aber es ist dann auch wiederum interessant, dass jemand wie Peter Naumann, der zunächst Sendemasten in die Luft gesprengt hat und später Erddepots mit Waffen angelegt hat, „Sicherheitsbeauftragter“ der NPD war und mit seinem Wissen, mit seinem Hang durch alle Bundesländer tourt und dass das Ganze von der NPD und den Kameradschaften als Sicherheitsthema ausgelegt wird. Ich glaube, wir müssen sie mit anderen Augen sehen. Sie betrachten sich im Kampf innerhalb unserer Gesellschaft. Wenn Udo Voigt, der Juwelier ist und der international als Geschäftsmann tätig gewesen ist, nach seiner Wahl ganz klar und offen sagt: „Wir sind eine Kampfgemeinschaft“, dann müssen wir das auch als solches begreifen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe noch eine andere Frage, weil die Zeit kurz ist. Sie gehen in dieser Schrift auch auf dieses Konzept des „Combat 18“-Handbuchs *Der politische Soldat* ein, das in einer Schrift verbreitet wurde. Wenn man das liest - nicht mehr als vier Personen, eigene Geldquellen, eigene Bewaffnung, abschotten -, könnte man ja auf die Idee kommen, dass das „Zwickauer Trio“ das als Rollenvorbild genommen hat. Sehe ich das richtig? Kann es sein, dass das sozusagen geradezu nachgemacht wurde bzw. dass sie sich als eine Division von vielen verstanden haben, die nach diesem Rollenvorbild agieren?

Sachverständige Andrea Röpke: Ja, sicher. Das denke ich auch. Mittlerweile ist es so: Sie haben das gerade auch wieder durch diesen Hang zur Zellenbildung ein bisschen abgelöst. Es wurde angesprochen: Die „Autonomen Nationalisten“ propagieren mittlerweile, sie seien keine politischen Soldaten

mehr, sondern politische Partisanen. Sie sehen sich tatsächlich in einem Kampf, in einem nationalistischen Partisanenkampf oder auch im Rassenkrieg, wie sie immer wieder propagieren. Wenn Bands aus dem „Blood & Honour“-Spektrum dann „Nahkampf“ heißen und auch solche Texte, wie ich sie kurz vorgestellt habe, verbreiten, dann sehen Sie, dass das sicherlich eine ideologische Vorbildfunktion auch für die Zelle gehabt haben könnte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Uns beschäftigt in diesem Zusammenhang natürlich auch dieser Song „Döner-Killer“. Er muss ja kein Täterwissen offenbaren. Aber wie schätzen Sie das ein? Sie sagten vorhin: Die Szene wusste, die sind rechtsterroristisch tätig. - Das würde immer dichter. So Ihr Eindruck. Zu „Döner-Killer“: Wussten „Gigi & Die braunen Stadtmusikanten“ Bescheid? Wie sind die Verbindungen von dieser Band in die Szene?

Sachverständige Andrea Röpke: Es hat die Anschläge auf türkische Imbisse auch in anderen Zusammenhängen gegeben, Patrick Wieschke in Brandenburg - ich habe es aufgezeigt -, auch dort gab es Anschläge. Aber hier ist es ja ganz explizit auf diese besonderen Mordfälle gemünzt. Der Sänger Daniel Giese von „Gigi & Die braunen Stadtmusikanten“ wird auch dem Hardcore-Spektrumumfeld von „Blood & Honour“ und den „Hammerskins“ zugeordnet. Aber viel spannender ist der Produzent der CD. Die CD „Adolf Hitler lebt“ - das ist die CD, auf der der „Döner-Killer“-Song ist - wird vom größten Rechtsrocklabel PC Records in Chemnitz produziert. Dazu muss man wissen, dass der Firmenpartner des Produzenten des Songs „Döner-Killer“ schon frühzeitig ein enger Bekannter von Uwe Mundlos zu sein schien.

Ich würde also nicht ausblenden, dass es durchaus Ansätze gibt, der ganzen Sache doch hinterherzugehen. Inwiefern der Sänger tatsächlich Täterwissen hatte, ist natürlich völlig unklar. Aber ich glaube, wenn wir dieses Lied „Döner-Killer“ aufgreifen, bewegen wir uns sofort wieder im Chemnitzer Milieu, weil das Lied dort auch produziert wurde. Sicherlich ist notwendig, das als Ansatz zu sehen. Ich glaube, dass das Lied für die Szene eine Signalwirkung haben sollte. Es hat sicherlich eine Bedeutung.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben uns gegenüber Ihre Verwunderung zum Ausdruck gebracht, was nicht in Verfassungsschutzberichten steht, obwohl Sie es dort eigentlich finden wollten. Hatten Sie denn einmal den Eindruck oder hatten Sie Indizien dafür, dass das, was Sie recherchiert haben, was Sie publiziert haben bzw. was andere publiziert haben, in den Ausarbeitungen des Verfassungsschutzes gelandet ist? Haben Sie also je erlebt, dass die aus dem von Ihnen Publizierten schöpfen?

Sachverständige Andrea Röpke: Immer. Sie finden jetzt auch zum ersten Mal umfangreich die Frauen darin. Das finde ich auch ganz spannend. Wir sind an dem Thema ja nicht erst seit dem letzten Jahr dran. Sogar die Kindererziehung fand jetzt in Brandenburg zum ersten Mal - auch nach dem Verbot der „Heimatreuen Deutschen Jugend“ - noch Erwähnung. Die „Schulhof-CD“ war auch eine Recherche, die wir damals gemacht hatten. Man findet das immer. Es wird also aufgegriffen. Man erkennt schon die Tendenz und das Interesse in der Bevölkerung. Es wird also darauf reagiert.

Zu „Blood & Honour“ gab es im Sächsischen Landtag noch einmal die aktuelle Aussage, man wolle keine Zeit damit verschwenden, sich mit „Blood & Honour“ zu beschäftigen, sondern man wolle das im Hinblick auf die NSU ausblenden. Da gab es vom Innenministerium in Sachsen gerade eine aktuelle Stellungnahme, die mich persönlich ein bisschen schockiert hat und wo ich gedacht habe: Wie kann man sich in Sachsen intensiv mit der NSU auseinandersetzen, wenn man „Blood & Honour“ ausblendet?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine ganz kurze Nachfrage, Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Sie haben das Verbot der „Wiking-Jugend“ mehrfach erwähnt. Wie ist Ihre Einschätzung: Hat es die Szene geschwächt, war es egal, oder hat es die Szene gar gestärkt? Wir führen diese Diskussion sehr oft: Wie wirken Verbote in dieser Szene?

Sachverständige Andrea Röpke: Verbote haben schon einen wichtigen Signalcharakter. Verbote sind auch eine Stärke

unserer humanistischen, offenen Gesellschaft. Bei der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ oder auch der „Wiking-Jugend“ haben wir es tatsächlich mit ganz vielen Unternehmern und Akademikern zu tun. Da ist es so, dass sie auch aufgrund ihrer wirtschaftlichen Existenz - sie haben oft fünf bis acht Kinder - nicht mehr so offen dafür plädieren können und dass sie in kleineren Zirkeln unauffälliger agieren müssen.

Wir dürfen uns aber nicht vormachen, dass wir gerade in diesem völkischen Spektrum mit einem gefestigten Weltbild, das schon vorgestellt wurde, etwas mit Verboten bewirken. Sie werten Studien aus und wissen genauso, dass jeder fünfte Deutsche ausländerfeindliche Ressentiments hegt. Sie wissen natürlich, dass wir eine unheimliche Demokratiemüdigkeit haben. Es ist klar, dass das für sie immer wieder Anreiz ist, diese Ideologie auch in anderen Formen weiterzutragen. Da müssen wir als Gesellschaft ganz klar sagen: Wir können die NPD oder auch andere Strukturen zwar verbieten, aber wir müssen genau hinschauen, was weiter passiert.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. - Wir sind am Ende der ersten Berliner Runde angelangt. Es besteht zwischen den Abgeordneten auch mit Blick auf den Wunsch, die Sachverständigen nicht überstrapazieren, vereinbart worden, dass wir jetzt eine Pause einlegen.

Es gibt aber weiteren Fragebedarf. Das heißt, wir würden die Befragung nach der Pause gerne fortsetzen. Ich würde die Sachverständigen bitten, uns dafür weiter zur Verfügung zu stehen. Das heißt, ich würde die Sitzung jetzt erst einmal bis 13.45 Uhr unterbrechen, und wir treffen uns bitte pünktlich wieder zur Fortsetzung der öffentlichen Anhörung.

(Unterbrechung von
12.55 bis 13.50 Uhr)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, damit treten wir nach der absolvierten Pause wieder in die Sitzung ein und beginnen mit der nächsten Berliner Runde.

Das Fragerecht hat die Unionsfraktion. Bitte, Herr Binninger.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Herr Stöss, Sie hatten in Ihrer Stellungnahme vom heutigen Tag zum Thema „Thüringer Heimatschutz“ auch die Vermutung geäußert, dass es dort einen Mentor gegeben haben muss. Jetzt wäre meine Frage: Das basiert jetzt nicht auf Personenkenntnis, dass Sie also sagen, Sie haben da jemanden im Blick, der das gewesen sein muss, sondern einfach aufgrund des Zusammenfügens dieser Gruppen? Oder wie muss ich es verstehen, dass Sie davon ausgehen, dass es dort einen Mentor gegeben hat?

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Nach meinem Verständnis waren sie zunächst einmal sozusagen nur Anhänger der Skinhead-Szene und hatten eigentlich noch kein verfestigtes rechtsextremes oder wohlmöglich sogar neonazistisches Weltbild. In der „Jenaer Gruppe“ sind sie dann offenbar in Kontakt mit überzeugten Neonazis gekommen - und das meinte ich damit -, mit denen sie dann zusammen zu den Sitzungen des „Thüringer Heimatschutzes“ gegangen sind, an Demonstrationen teilgenommen haben usw. Das meinte ich mit einem „Mentor“: Menschen, die sie dann stärker in die Szene hineingeführt haben, ihnen den Zugang verschafft haben, wenn Sie so wollen.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Eine ähnliche Frage an Frau Röpke. Wie bewerten Sie überhaupt diese Organisation „Thüringer Heimatschutz“, unter der quasi eher lose gruppiert die ganzen örtlichen Sektionen - darunter auch die „Sektion Jena“ mit der Keimzelle für das Terrortrio und alles weitere - waren? War es überhaupt eine richtige Organisation, die quasi auch ein bisschen Durchgriff auf ihre örtlichen Sektionen hatte, oder war das eher ein virtuelles Kunstgebilde, das irgendjemand installieren wollte, um vielleicht - was auch immer - einen besseren Ein- oder Zugriff zu haben?

Sachverständige Andrea Röpke: Der „Thüringer Heimatschutz“ ist meiner Ansicht nach schon ein sehr ideologisch gefestigtes Sammelbecken, also ein ideologischer Überbau. Wie sie es selber damals oder auch heute formuliert haben, ist es quasi ein Aktionsbüro. Das heißt, dort laufen die vielen unterschiedlichen radikalen Gruppierungen zusammen. Ich glaube durchaus, dass in Thüringen der „Thüringer Heimatschutz“ sehr straff geführt wurde, also relativ straff für

solche Strukturen. Die sind ja aus dieser Anti-Antifa aus Thüringen entstanden. Sie haben ganz klar über Feindbilder Ideologie geprägt. Sie haben ihre Leute geschult. Was natürlich ganz wichtig war: Sie haben auch diese Erlebniswelt angeboten. Das heißt, sie haben versucht, ihren Anhängern durchaus zu ermöglichen, 24 Stunden Neonazi sein zu können und sich vielleicht sogar eine Partnerin in der Szene zu suchen und dort das Ganze auch aufzubauen. Dahinter steckte - auch unter Tino Brandt, aber auch, wie gesagt, damals unter Wieschke, Wohlleben und Kapke - also schon sehr viel Professionalität.

Clemens Binniger (CDU/CSU): War es Zufall, dass ausgerechnet Brandt an der Spitze des „Thüringer Heimatschutzes“ steht, oder hat sich das in den 90ern in Thüringen angedeutet, weil er - zumindest damals - eine bestimmende Figur war?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich erkläre mir das aus dem Grund: André Kapke habe ich selber unzählige Male „kennengelernt“. Das ist ein Choleriker. Das ist jemand, der sich nicht unter Kontrolle hat und der mit der Polizei nur einigermaßen mäßig verhandeln kann, weil er sofort ausrastet.

Wohlleben ist eher jemand, der sich mit offenem Auftritt und Reden schwertut. Er ist bei dem „Fest der Völker“ zwar immer auf die Bühne gegangen, aber Tino Brandt ist einfach derjenige, der rhetorisch das Aushängeschild war. Ich glaube, er ist auch jemand, der bewusst nach außen gedrängt hat. Man nimmt solche Leute in der Szene gerne auf. Er ist als Anführer eigentlich sehr typisch, wobei sicherlich in seinem Schatten auch andere die Fäden zogen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Sie hatten es heute Morgen auch angedeutet - das wäre dann auch eine Frage an alle drei in eher allgemeinerer Art, an Sie vielleicht noch etwas konkreter, Frau Röpke, weil Sie auch den Namen genannt haben -, dass Carsten Schultze, der jetzt auch in Haft ist, eigentlich eher ein Aussteiger war. Durfte man das nicht ernst nehmen? Er hat sich ja früh - Anfang 2000, irgendwann um den Dreh herum - von der Szene verabschiedet und ging dann nach Nordrhein-Westfalen. Er hat, soweit ich es der Presse entnommen habe, eigentlich komplett die Szenerie gewechselt. War das dann alles nur ein Bluff oder eine

Täuschung, oder war es vorher eine Verirrung? Kann man so etwas ernst nehmen?

Deshalb dann auch die Frage an alle drei: Sind Aussteigerprogramme, die sich bewusst an Leute richten, die vorher in sehr militanten Gruppen waren, ein Weg, oder ist das nicht beherrschbar, speziell vor dem Hintergrund dieser Einzelpersonen? Das soll sich dann an alle drei richten.

Aber speziell an Sie, Frau Röpke, die Frage, wie Sie die Person einschätzen, ihre Rolle vorher und dann das Loslösen. Geht so etwas überhaupt? Kann man einfach sagen: „Ich mag nicht mehr“, und dann lässt einen die Szene in Ruhe, und man kann dann in ein ganz anderes Milieu einsteigen, oder geht das gar nicht?

Sachverständige Andrea Röpke: Es hat einen etwas anderen Hintergrund. Bei Carsten Schultze ist es ganz spannend. Er war eigentlich seit 1999 dabei, die Jugendorganisation der NPD aufzubauen. Er war bei Störaktionen gegen die SPD dabei. Er war bei Demonstrationen. Er hat Kundgebungen angemeldet. Er war gerade dabei, die Strukturen in Thüringen richtig aufzubauen. Er hat dann im Untergrund von Wohlleben anscheinend den Hinweis bekommen, den Kontakt zu dem Trio in Sachsen weiter zu halten. Das heißt, er war eigentlich ganz obenauf in dieser Hierarchie.

Jetzt muss man einfach wissen: Es scheint publik geworden zu sein, dass er homosexuell ist. Es ist kein Einzelfall. Wir haben im Laufe der Jahre immer wieder homosexuelle Führungspersonen in der Neonaziszene „enttarnt“. - Nein, wir berichten nicht darüber, aber es ist uns bekannt geworden, bzw. es wird, was für die Leute jeweils viel schlimmer ist, intern bekannt. Er hat sich dann aus persönlichen Gründen aus dem Bundesland verabschiedet. Ich denke einfach, er hatte gar keine Wahl. Ob das jetzt ein wirkliches Loslösen war, ob bei ihm ein ideologisches Auseinandersetzen richtig stattgefunden hat - er hat ja versucht, in Nordrhein-Westfalen politisch wieder Fuß zu fassen -, ist mir nicht ganz klar. Das kann ich auch nicht richtig beurteilen, weil ich nicht persönlich mit ihm gesprochen habe und zu wenig darüber weiß. Aber ich glaube, er musste Thüringen verlassen, weil es für ihn aufgrund der Homophobie in der Szene einfach weiterhin schwierig geworden wäre.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Dann vielleicht die Frage an die beiden Herren Professoren: Wie bewerten Sie überhaupt die Erfolgsgeeignetheit von Aussteigerprogrammen? Wäre das ein Ansatz, den man nicht nur sowieso schon hat, sondern den man eher ausbauen müsste, oder ist das vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen, dass man möglicherweise nicht weiß, wem man das anbietet, problematisch?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Solange das Weltbild noch nicht verfestigt ist, sondern - wie in den meisten Fällen - nur Versatzstücke vorhanden sind, denke ich, ist es sinnvoll. Ich glaube auch, dass der regionale Wechsel, der Raumwechsel in eine andere Region, das Eintauchen in ein neues und anderes Milieu dazu beitragen kann, sich zu lösen. Nach allem, was ich gelesen habe, kann man in diesem speziellen Fall den Frontwechsel oder den Einstellungswechsel durchaus ernst nehmen. Das wird dann geprägt von dem neuen Milieu. Es ist ja nicht so, dass jemand, der aus dem Milieu aussteigt, dem immer verhaftet bleibt, egal wohin er dann kommt. Aber das Entscheidende ist wahrscheinlich, dass man dann aus der Region weg muss und in eine andere Region gehen muss, wo andere Bezugspersonen, andere Bezugspunkte sind. Aber ich sehe auch keine Alternative zu den Aussteigerprogrammen. Ich denke, man sollte da, wo es kriminell wird, hart zugreifen, und da, wo die Möglichkeit besteht, die Leute herauszuziehen, das zu versuchen. Aber man muss eben sehen - es muss zumindest intern mehr Transparenz herrschen -, wie hoch die Erfolgsaussichten sind. Es gibt Skeptiker, die sagen, die Erfolgsaussichten sind eher gering. Wagner sagt etwas anderes, aber der ist ja auch interessengeleitet. Das muss man einfach genauer hinterfragen.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Dann noch einmal zum Thema Waffen und Munition, was heute Vormittag auch schon ein paar Mal anklang. Jetzt fokussiert sich ja alles auf das Beschaffen dieser einen Waffe und darauf, diese Wege nachzuvollziehen. Gleichzeitig wissen wir, dass das Trio ein Waffenarsenal hatte, in dem Haus in Zwickau offensichtlich mehrere, auch in dem Wohnmobil, also nicht nur eine Pistole mit Schalldämpfer, sondern auch eine Pumpgun etc. Ist es überhaupt denkbar - schon bei der einen Waffe, die sich in verschiedener Hin-

sicht ein bisschen zum Hauptbeweisstück entwickelt -, dass sich ein Trio unbemerkt so viel an Waffen und Munition beschaffen kann? Wie erklären Sie so etwas, Frau Röpke?

Die zweite Frage, bevor ich danach wieder an den Kollegen Schipanski abgebe: Wie bewerten Sie die zehnte Tat, also den Mord an der Polizistin? Die stammt zwar aus Thüringen, war - es gibt dort keine Bezüge, zumindest nach heutigem Wissenstand nicht - bei der Polizei in Baden-Württemberg. Hat es auch noch einmal irgendeinen symbolischen Charakter gehabt, warum gerade dann dieser Wechsel erfolgt ist?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich habe vorhin versucht, das anzuschneiden. Es sind ja gerade die Ergebnisse der letzten Wochen bezüglich zweier Waffen. Wenn ich das jetzt richtig weiß, dann ist es ja so, dass die Waffen jeweils über die Szene, das heißt über vertraute kameradschaftliche Kreise, besorgt wurden. Das heißt, auch da verlässt sich das Trio wieder auf das persönliche politische Umfeld.

Was ich spannend fand, was ich natürlich immer wieder nur gehört habe, was ich aber in dem Ausmaß so nicht kannte, war, dass über diesen Szeneladen, das „Madley“ in Jena, wo augenscheinlich eigentlich nur Szeneklamotten, Merchandising und Musik verkauft werden, tatsächlich auch Waffen zu besorgen sind. Das hören wir immer wieder von diesen Szeneläden, die auch Treffpunkte sind und wo es unter dem Ladentisch einfach auch viele militante Dinge zu kaufen gibt. Aber es war mir so nicht klar, dass man in Jena in diesen Laden „Madley“ gehen und dort diese Waffen ordern konnte.

Die andere Geschichte spielte sich relativ schnell in Sachsen, im Bereich Chemnitz, ab. Dort ist über V-Leute aus Brandenburg bekannt geworden, dass man versuchte, über „Blood & Honour“-Strukturen an Waffen für die drei zu kommen. Das heißt, auch hier haben sie sich wieder auf die vertrauten Kreise verlassen. In Sachsen haben wir natürlich auch immer wieder die Hinweise, dass Waffen aus Tschechien kommen und dass es über die Bundesgrenze dort relativ schnell geht.

Ich selber komme aus Niedersachsen, bzw. ich kenne die Bremer Neonaziszene ganz gut, die durchaus sehr militant ist und auch einen sehr starken Hang zu Waffen hat. Dort ist es so, dass man sich auch über die

Rotlichtkontakte immer wieder mit Waffen versorgt. Ich denke, das Trio wird über die richtigen Kontakte im eigenen engeren politischen Spektrum zumindest einige der Waffen besorgt haben. Ob das ganze Arsenal daher kommt, müssen wir jetzt abwarten.

Die zweite Frage betraf die zehnte Tat. Das ist natürlich etwas, das uns total beschäftigt. Das ist eine Sache, die mich immer wieder nachdenklich macht. Den Treffpunkt „Zur Bergbahn“ im Heimatort von Michèle Kiesewetter kannte ich als Neonazitreffpunkt. Wir haben dort auch vor der Tür gestanden. Wir haben dort erlebt, wie Herr Wohlleben agiert hat. Es ist natürlich schwierig für mich - gerade wenn man weiß, dass in dem Raum Saalfeld-Rudolstadt einer der Schwerpunkte der thüringischen Naziszene war -, dass die junge Polizistin als Opfer von dort kommt. Wenn man dann zudem weiß, dass Beate Zschäpe immer wieder gerne erzählt, dass sie gerne Urlaub in Baden-Württemberg gemacht hat und dass sie die Schlossgärten in Ludwigsburg so mag, dann denkt man in dem Moment natürlich: Das kann nicht nur Zufall sein. Ich denke, Polizisten sind ein Feindbild; das wissen wir. Wie gesagt, ich gehe immer ungern von Zufällen auf, aber ich denke, daran müssen wir noch alle zusammen arbeiten.

Clemens Binniger (CDU/CSU): In dem Zusammenhang eine letzte Frage von mir zu dem Komplex Waffen. In den Medien war über einen Vorfall in Bayern - ich glaube, das war 2008 - zu lesen - nicht bezogen auf den Fall; er wurde aber immer wieder thematisiert -, als ein offensichtlich Wohnsitzloser einen Schusswechsel mit der Polizei anfang und sich hinterher selbst erschoss. In seinen Utensilien - Rucksack, Fahrrad oder wo auch immer - fand man, glaube ich, die Pläne für 38 Depots in Sachsen, Thüringen, Österreich und Bayern, in denen Sprengvorrichtungen, Waffen - das weiß ich jetzt nicht -, Sprengpulver oder was auch immer deponiert sind. Damals hat man gesagt: Kein Bezug, irrer Einzeltäter. - Ich habe aus den ganzen Erfahrungen jetzt gelernt, dass ich diesem Fazit nie mehr schnell Glauben schenke und eigentlich nichts ausschließe. Aber auch dazu wäre meine Frage an Sie, ob man so etwas schon bewerten kann oder ob es dazu nichts gibt. Wir müssen sicherlich aufpassen und dürfen aus räumlicher oder zeitlicher Nähe keine falschen Schlüsse ziehen. Vieles pas-

siert räumlich und zeitlich nah beieinander und hat inhaltlich nichts miteinander zu tun.

Sachverständige Andrea Röpke: Ich fand das in den letzten Jahren ganz interessant. Obwohl der Verfassungsschutz in Bayern meiner Ansicht nach eigentlich nicht besonders offensiv mit dem Thema Rechts extremismus umgegangen ist - die Jahresberichte sind nicht besonders ergiebig gewesen -, obwohl der Verfassungsschutz eher, glaube ich, die Meinung vertreten hat, dass Bayern da nicht so ein großes Problem hat, kam immer, wenn wir in Bayern Vorträge gehalten haben - das ist mir noch nie so aufgefallen; ich halte zu dem Thema über 50 Vorträge pro Jahr -, ein Drogenspürhund in den Saal. Der wurde vorher hereingelassen. Ich bin einiges an Störungen und Ärger mit Neonazis gewohnt, aber diese Ausmaße, dass man tatsächlich glaubte, dort auf Sprengstoff durchsuchen zu müssen, kannte ich so noch nicht. Das heißt quasi, dass die Polizei in Bayern noch ein anderes Bewusstsein hat, was Waffen angeht. Tatsächlich ist es ja so, dass in Bayern immer wieder Waffenverstecke bei Neonazis gefunden wurden. Es gibt durchaus eine militante Struktur dort, gerade auch im Bereich des „Freien Netzes“ Bayern. Ich hatte schon Bordin und Wiese angesprochen, aber auch Tony Gentsch. Es gibt Immobilienkäufe, es gab die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, es gab die verbotenen Strukturen. Ich glaube, da kann ich der Polizei nicht vorgreifen, weil wir einfach zu wenige Erkenntnisse haben. Wir bekommen meistens auch nur das mit. Es hat kürzlich wieder die massiven Hausdurchsuchungen im Umfeld der „Bandidos“ in Niederbayern und in der Oberpfalz gegeben. In Bayern ist sicherlich durchaus ein Potenzial da.

Dieser Fall in Bayreuth ist mir bekannt, aber mir ist zurzeit noch nicht bekannt, dass es da irgendwelche Ansätze gibt. Meines Wissens wird die Spur verfolgt. Das wird aufgegriffen. Aber, wie gesagt, darüber weiß ich auch nicht mehr als Sie.

Clemens Binniger (CDU/CSU): Kollege Schipanski wird den Rest unserer Fragezeit bestreiten.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Vielen Dank. - Frau Röpke, auch ich habe zwei Fragen an Sie. Sie haben, natürlich thematisch bedingt, die Strukturen der NSU in Thüringen und Sachsen sehr detailliert beschrie-

ben. Da interessiert mich natürlich: Gibt es denn in den anderen Bundesländern ähnliche Strukturen, oder sagen Sie: „Es ist dort besonders ausgeprägt“? Sie haben hier ja auch Nürnberg, Dortmund, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein angesprochen.

Eine zweite Frage: Sie sprachen vorhin davon, dass wir gerade in Westdeutschland eine Sozialisierung von Rechtsextremisten in der zweiten und dritten Generation haben. Das ist ja etwas, was wir in Ostdeutschland nicht haben können. Sie haben mehrmals den Begriff „Braune Armee Fraktion“ verwendet und geprägt. Sehen Sie denn da ein derartiges Gefahrenpotenzial?

Sachverständige Andrea Röpke: In Ihrer ersten Frage ging es, wenn ich es richtig verstanden habe, darum, ob ich zurzeit in den anderen Bundesländern ähnliche Strukturen erkennen könnte. Ich sehe das, ehrlich gesagt, ganz pragmatisch. Ich will gar nicht apologetisch sein und will da keine Panik erzeugen, im Gegenteil. Ich denke einfach: Das müssen wir recherchieren. Wir müssen gucken. Wir haben die Ansätze, dass sie sich im Bereich von „Blood & Honour“, also der 2000 verbotenen Struktur, sozialisiert haben. Wir haben die Ansätze auch in anderen Bundesländern. Wir wissen, dass „Blood & Honour“ übernommen wurde. Wir wissen, dass es diese militanten Strukturen auch in Fortführung zum Beispiel in der „Nationalistischen Front“ und der „Wiking-Jugend“ gibt, in diesen Strukturen, die sehr waffenaffin waren. Es gibt noch Protagonisten, die nach wie vor aktiv sind.

Ich als Journalistin sehe das ganz pragmatisch: Es ist Aufgabe unserer Recherche, dem nachzugehen und zu prüfen. Wir haben uns gerade jetzt viel massiver mit dem Thema auseinanderzusetzen und zu prüfen: Gibt es tatsächlich Verbindungen? Gibt es weitere Strukturen? Wir müssen das noch viel ernster nehmen als in der Vergangenheit. Die Frage kann ich Ihnen leider nicht anders beantworten.

Ich wollte mich einfach noch einmal auf die zweite und dritte Generation berufen; denn gerade in den Strukturen der NPD und in den Kameradschaftsspektren in den alten Bundesländern - das ist teilweise erschreckend - haben wir viele Neonaziführer, die aus - in Führungsstrichen - „Kaderfamilien“ stammen; so wird das tatsächlich in der Prävention genannt. Das heißt, wir haben Neonazis, für die es selbstverständlich ist, in

sogenannten völkisch-nationalistischen Sippen aufzuwachsen. Das ist gerade noch einmal im Zusammenhang mit der „Wiking-Jugend“ deutlich geworden, die, wie gesagt, nach eigenen Angaben 42 Jahre lang 15 000 Neonazis ausbilden konnte, weil die eigenen Eltern die Kinder hingeschickt haben, und das war in den alten Bundesländern. Wir haben heute NPD-Funktionäre, die sich damit brüsten, dass ihre Kinder in der Szene geheiratet haben, dass ihre Enkel nationalistic erzogen werden. Das meinte ich mit zweiter und dritter Generation. Das dürfen wir nicht außer Acht lassen.

Das ist in den neuen Bundesländern durchaus ein bisschen anders. Aber wir haben natürlich gerade in Mecklenburg-Vorpommern ganz massive Siedlungsbewegungen, die wir auch in Thüringen sehen. Das heißt, Neonazis aus dem Westen, alteingesessene Familien, sammeln sich, siedeln zusammen in den neuen Bundesländern. Damit verlagern sich natürlich auch die über Generationen hinweg gefestigten nationalsozialistisch denkenden Strukturen in die neuen Bundesländer. Das meinte ich - um das noch einmal zu erklären - mit zweiter, dritter Generation.

Es gibt erschreckende Beispiele dafür, dass Kinder, Jugendliche und Frauen sagen: Ich bin damit aufgewachsen. - Das ist - noch einmal gesagt - ergänzend zu diesem Eintrittsmuster zu sehen, dass wir sonst öffentlich eigentlich immer nur wahrnehmen, dass sie an Schulen oder über Musik angefixt werden. Oft ist es auch die eigene Familie.

Das Dritte war die „Braune Armee Fraktion“. Eigentlich versuche ich, diesen Begriff zu vermeiden, weil ich ihn ganz fürchterlich finde. Ich möchte, dass wir im Zusammenhang mit der NSU versuchen, aufzuklären, zu warnen, Konsequenzen zu ziehen und Verantwortung zu übernehmen, ohne Hysterie zu erzeugen. Ich glaube, das ist das, was wir wirklich am allerwenigsten gebrauchen können. Solche Begrifflichkeiten wie „Braune Armee Fraktion“ sind natürlich dazu gedacht, Angst zu verbreiten. Ich habe den Begriff in diesem Fall gewählt, weil diese Struktur in Weimar sich tatsächlich so genannt hat und weil dieses martialische Bild auch so benannt war. Es ist ein Bild aus einer lokalen thüringischen Zeitung. Das waren Recherchen von Lokaljournalisten, die in Thüringen übrigens ganz tolle Arbeit geleistet haben, finde ich. Diesen Begriff habe ich einfach übernom-

men, zitiert. Also, das ist nicht meine Wahl gewesen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Dann würde ich diese Frage bezüglich der Struktur der Neonaziszene in anderen Bundesländern einfach an Herrn Professor Schroeder weitergeben, weil Frau Röpke dazu nichts Konkretes sagen konnte. Ist das ähnlich strukturiert? Haben wir dort das gleiche Gefährdungspotenzial? Oder ist das wirklich in Sachsen und Thüringen, wie es heute ein bisschen anklingt, wesentlich stärker als woanders?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Vom Personenpotenzial her ist die Szene in den neuen Ländern sicherlich größer. Das hatten wir vorhin ja schon ausgeführt. Aber neonazistische Gruppen und jetzt auch autonome Nationalisten oder nationale Sozialisten finden Sie in allen Ländern. Das ist relativ einfach. Im Netz sind sie auch miteinander verlinkt. Man kann durchaus sehen, wie sie kommunizieren, was sie kommunizieren. Ob da etwas in Richtung Terrorismus geschehen kann, sehen wir ja jetzt an diesem Beispiel. Das kann viel schneller kommen, aber es kann auch gar nicht kommen. Mehr kann man fairerweise nicht sagen. Alles andere ist Spekulation. Dass man jetzt schon absehen könnte, dass, sagen wir einmal, in Niedersachsen etwas geschieht, das kann man, denke ich, nicht ernsthaft sagen.

Ich wollte aber noch etwas zur zweiten und dritten Generation sagen. Es gibt für die neuen Länder, gerade für Brandenburg, die Vermutung, dass in den Familien durchaus ein NS-nahes Geschichts- und Weltbild transportiert wurde, das nie öffentlich wurde, für das vor allen Dingen die Großeltern - jedenfalls für frühere Generationen - eine Rolle spielten, dass also im privaten und persönlichen Bereich durchaus NS-nahe Bilder vermittelt wurden. Das liegt auch daran, dass die Entnazifizierung in der DDR nicht in die Familien ging. Es wurde nie darüber diskutiert, was der Einzelne eigentlich getan hatte und wie er verstrickt war, sondern man entschuldete. Wer ein überzeugter Sozialist wurde, der wurde seine negative Vergangenheit los. Was in den Familien über das sogenannte kommunikative Gedächtnis transportiert wurde, das wissen wir ja gar nicht. Auch dazu können wir nur Vermutungen anstellen, ob nicht auch hier über meh-

rere Generationen ein verschwommenes NS-nahes Geschichts- und Weltbild vermittelt wurde.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Für die SPD-Fraktion fragt jetzt der Kollege Sönke Rix.

Sönke Rix (SPD): Herzlichen Dank. - Auch herzlichen Dank an Sie drei, dass Sie uns weiter für Fragen zur Verfügung stehen.

Ich möchte auf den Komplex der Zivilgesellschaft zu sprechen kommen und die Frage der Rolle der Mitte der Gesellschaft ein bisschen mit Ihnen andiskutieren, weil Sie vorhin vehement widersprochen haben, dass in der Mitte der Gesellschaft Rassismus ist, dass darin die Ursache liegt. Ich glaube, Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass das sehr stark an der familiären Bindung und an der Sozialisierung liegt. Ich glaube, es ist vielleicht auch beides. Wenn wir die Mitte der Gesellschaft stärken und dort präventiv wirken, indem wir die Zivilgesellschaft stärken, dann sind wir, glaube ich, auf dem richtigen Wege. Das hoffe ich zumindest. Ich glaube, alle drei haben jetzt deutlich gemacht, dass die Stärkung der Zivilgesellschaft wichtig ist. Sie haben auch noch einmal deutlich gemacht, dass die Zivilgesellschaft im Osten so nicht vorhanden war und dass darin vielleicht auch eine Ursache zu sehen ist.

Diesbezüglich wird im Moment über mehrere Facetten diskutiert, unter anderem über die akzeptierende Jugendarbeit. Das heißt: Ja gut, da ist einer, der ist Nazi, aber dem stelle ich trotzdem den Raum, das Jugendzentrum zur Verfügung. - Damit wird vielleicht der Fokus etwas zur präventiven Jugendarbeit weggelenkt. Also: Zivilgesellschaft stärken, Demokratie fördern, Toleranz fördern usw. Dazu hätte ich gerne insbesondere die Einschätzung der Professoren gehört. Wie stehen Sie dazu?

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Ich benutze den Begriff „Mitte der Gesellschaft“ nicht. Ich weiß auch gar nicht, was damit gemeint sein sollte. Was ist die Mitte? Ist das eine soziologische Mitte? Ist das sozusagen in dem Links-Rechts-Spektrum eine Mitte? Was ist damit im Einzelnen gemeint? Ich benutze ihn nicht.

Ich habe ja sehr viele Repräsentativbefragungen über Rechtsextremismus gemacht - jetzt im Ruhestand nicht mehr -, um herauszufinden, in welchen sozialen Grup-

pen diese Einstellungen besonders stark vertreten sind. Wo gibt es aktive Gewaltbereitschaft? Wo gibt es passive Gewaltbereitschaft? Da ist es natürlich schon interessant, dass man sich die einzelnen sozialen Gruppierungen anguckt. Welche sozialen Schichten sind eigentlich besonders anfällig usw.? Aber das hat jetzt überhaupt nichts mit Mitte der Gesellschaft zu tun, sondern da will man sehr genau herauskriegen, welche Gruppen es sind, um dann eben im Zweifel auch gezielt Gegenmaßnahmen in dem Bereich zu treffen.

Aber das ist genau der Punkt. Wenn man, wie immer man das misst, zu dem Ergebnis kommt, dass approximativ 10 Prozent der Bevölkerung ab 16 oder 14 Jahren - je nachdem, wen man befragt - rechtsextrem eingestellt sind, muss das, was man dagegen unternehmen muss, sehr breit angelegt sein. Da ist eben genau das zivilgesellschaftliche Problem, dass man eigentlich schon sehr früh anfangen muss, bestimmte Projekte durchzuführen. Ich sage immer: Unheimlich wichtig ist es beispielsweise, Konflikte gewaltfrei auszutragen. Das muss von Anfang an gelernt werden.

Dann haben wir noch die ganzen Probleme im Zusammenhang mit der Globalisierung, mit der multikulturellen Gesellschaft usw., die ich in meinem Papier auch genannt habe.

Akzeptierende Jugendarbeit ist ein ganz spezieller Aspekt davon, der sozusagen enger ist. Da sagt man: Wir müssen natürlich auch mit jungen Leuten arbeiten, die schon ein verfestigtes rechtsextremes Weltbild haben. Ich denke, damit muss man völlig anders umgehen. Ich sage also, wir müssen ganz breit ansetzen. Schon ganz früh müssen bestimmte soziale Kompetenzen gelernt werden, um mit den Problemen umzugehen.

So viel ich weiß, ist das klassische Modell der akzeptierenden Jugendarbeit mittlerweile out. Macht das noch jemand? Ich weiß nicht. Wissen Sie es?

(Sönke Rix (SPD): Die Bundesregierung plant das, deshalb frage ich nach!)

Die Kritik daran war ja massiv, die Erfahrungen damit waren nicht zum Besten. Soviel ich weiß, waren all die Berichte, die gerade von zivilgesellschaftlichen Organisationen oder Gruppierungen dazu gemacht worden sind, eher kritisch. Wir haben dann gesagt: Wir müssen ganz klar Pflöcke einschlagen.

„Pflöcke einschlagen“ heißt nicht, dass das von oben vorgegeben wird, sondern dass sich die jungen Leute zum Beispiel in einem Jugendtreff zusammensetzen und sagen: Hier gibt es bestimmte Regeln, diese Regeln werden eingehalten, und darauf achten wir. Das soll sozusagen demokratisch festgelegt werden, und beim Übertreten dieser Regeln wird dann auch ein Exit erwartet.

Von daher bin ich der Meinung, dass das kein Konzept ist, von dem man noch sagen könnte, dass es in der Jugendsoziologie oder so im Augenblick ein wichtiges Projekt ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Professor Schroeder.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Zur Mitte der Gesellschaft noch einmal: Es wird ja immer unterstellt, sowohl die politische als auch die soziale Mitte der Gesellschaft sei anfällig - oder da käme der Rechtsextremismus her. Das Ergebnis können Sie natürlich ein bisschen durch die Items oder Statements manipulieren, die Sie bei Befragungen benutzen. Wenn Sie sehr pauschal und generalisierend fragen, bekommen Sie pauschale, generalisierende Antworten, und dann kommt irgendetwas heraus, was in den Medien transportiert wird: Soundso viel Prozent sind soundso. Wenn man genauer hinschaut, ist die breite Mehrheit der Bevölkerung sehr wohl differenziert in ihrer Betrachtung der Probleme, die dann vermeintlich „ausländerfeindlich“ oder „rechtsextrem“ sind.

Insofern würde ich hier immer noch differenzieren und sagen, dass die Mehrzahl derjenigen, die aktiv gerade in der subkulturellen rechtsextremen Szene sind, nicht aus der Mittelschicht kommt und dass es von den Einstellungen her - das können Sie eigentlich bei allen Befragungen sehen; ich hatte es bei den Schulformen über die 16- bis 18-Jährigen gesagt - sehr wohl nicht die Mittelschicht ist, auch wenn einzelne Personen - - Frau Röpke, dass Fahrtschullehrer X oder der oder der genannt wird, ist immer typisch. Da werden drei Namen von drei Leuten genannt, die aus der - in Anführungszeichen - Mitte der Gesellschaft kommen, aber das betrifft natürlich nicht 10 000 oder 20 000, die zur Szene gehören. Insofern bitte ich, hier zu differenzieren.

Ich glaube, in Dortmund gibt es jetzt ein Programm „Dortmund den Dortmundern“. Oder wie heißt das? Da gibt es Pro und

Kontra. Ich habe beides gelesen. Soll man sich mit Rechtsextremen auseinandersetzen? Soll man sie mit wertorientiert demokratischen Jugendlichen diskutieren lassen? Da gibt es Argumente pro und kontra, die ich beide gut finde. Man könnte nur vor Ort darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist, das fortzusetzen.

Wofür ich aber plädieren würde, wäre, dass Sozialarbeiter, Lehrer, Weiterbildner usw. viel stärker in die Lage versetzt werden, sich argumentativ mit Rechtsextremen auseinanderzusetzen; denn wenn da, wo - in Führungszeichen - normale Jugendliche mit rechtsextremistischen Jugendlichen zusammenkommen, niemand da ist, der argumentativ etwas dagegensetzen kann, dann verschiebt sich das. Ich habe oft gemerkt, dass gerade in Ostdeutschland Lehrer bei Diskussionen Schwierigkeiten haben, wenn sie auf Leute stoßen, die ein bisschen argumentieren können. Das ist nicht häufig der Fall, aber wenn es der Fall ist - -

Insofern würde ich fast dafür plädieren, dass für einen bestimmten Personenkreis ein Art Weiterbildung angeboten wird, wie sie argumentativ vorgehen können; denn - das ist meine letzte Bemerkung zu diesem Punkt - die Themen, die Rechtsextreme oder Rechtsextremisten aufwerfen, dürfen nicht verdrängt oder tabuisiert werden, sondern sie müssen anders beantwortet werden. Wenn das die demokratischen Kräfte nicht schaffen, dann überlassen sie denjenigen eine Argumentationsebene, die es nicht verdient haben. Aber dazu müssen sie erst einmal in die Lage versetzt werden, zu argumentieren.

Ich habe vor zwei Jahren - ich glaube, es war in Sachsen - über das Thema Rechtsextremismus vor Teilnehmern des Freiwilligen Sozialen Jahres referiert. Wir haben dann ein kleines Rollenspiel gemacht: Ein Rechtsextremist argumentiert, und die anderen sollen antworten. Es ist ihnen wahnsinnig schwergefallen, dem etwas zu entgegnen. Hier ist also ein Bedarf da, zu schulen - jedenfalls diejenigen, die in Milieus arbeiten, wo - in Führungszeichen - anfällige Jugendliche sind, damit sie nicht in diese Szene abdriften.

Sachverständige Andrea Röpke: Darf ich ganz kurz etwas zur akzeptierenden Jugendarbeit sagen?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Kurz!

Sachverständige Andrea Röpke: Ja. - Zwei Gegenbeispiele für die akzeptierende Jugendarbeit finden Sie im direkten Umfeld der NSU. Die drei sind im „Winzer-Club“ sozialisiert worden. Sie nannten sich „Winzer-Clan“. Das war akzeptierende Jugendarbeit. Auch die Unterstützergemeinschaften, Matthias Dienelt und André Eminger, kommen aus dem Erzgebirge, und auch dort wurde im Club akzeptierende Jugendarbeit angewandt.

Sönke Rix (SPD): Danke schön. - Ich habe jetzt gelernt, dass wir über „Mitte der Gesellschaft“ eine Stunde lang extra diskutieren könnten. Das gilt wahrscheinlich auch für den nächsten Fragenkomplex.

Herr Schroeder und Herr Stöss, Sie haben beide einleitend gesagt, es gebe keine eindeutige Definition des Begriffs Rechtsextremismus. Wir hantieren aber alle damit - natürlich auch der Verfassungsschutz und die staatlichen Stellen. Manchmal stellt man Fragen an die Behörden, und man bekommt unterschiedliche Antworten darauf, was sie unter Linksextremismus oder Rechtsextremismus verstehen. Mich würde noch einmal Ihre persönliche Definition interessieren - und wie Sie den Sachstand der wissenschaftlichen Debatte dazu einschätzen.

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Was ich sagen wollte, ist nicht, dass ich keine Definition habe - ich habe eine -, sondern dass das in den Sozialwissenschaften sehr intensiv diskutiert wird und dass man dazu eine Menge von unterschiedlichen Vorstellungen findet.

Für mich ist das ganz einfach. Ich sage: Rechtsextremismus ist völkischer Nationalismus. Das kann man gleichsetzen. Eigentlich bräuchte ich das Wort Rechtsextremismus gar nicht. Ich könnte immer von völkischem Nationalismus sprechen, wenn nun einmal der Begriff Rechtsextremismus nicht so eingespielt wäre. Er wird in der Umgangssprache halt einfach benutzt; deswegen benutze ich ihn auch.

Mein Problem ist: Mit dem Begriff „völkischer Nationalismus“ will ich mich ja auch ein bisschen gegenüber dieser Extremismusformel abgrenzen, gegen die ich - das habe ich auch in meinem Gutachten geschrieben - gewisse Vorbehalte habe. Mir geht es also um die inhaltliche Bestimmung, und das ist „völkischer Nationalismus“.

Es gibt jetzt einen Unterschied zwischen dem amtlichen Extremismusbegriff und ei-

nem sozialwissenschaftlichen, wie immer der sozialwissenschaftlich begründet wird. Der amtliche Begriff des Rechtsextremismus ist ja im Grunde ein Arbeitsbegriff für die Verfassungsschutzbehörden. Rechtsextremismus ist kein Rechtsbegriff. "Rechtsextremismus" kommt in keinem Gesetz vor, steht auch nicht in der Verfassung, steht in keinem Gerichtsurteil, sondern das ist ein interner Arbeitsbegriff für die Verfassungsschutzbehörden, den sie ihrerseits nun definieren. Ich finde, das haben sie eigentlich auch ganz pragmatisch gemacht.

Es gibt ja ganz viele Fälle, in denen man versucht hat, auf dem Verwaltungsgerichtswege gegen Beobachtungen und so etwas vorzugehen, und da hat sich immer gezeigt: Deren Begrifflichkeit ist, gesetzlich gesehen, eigentlich auf „Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung“ zurückzuführen. Diese Begrifflichkeit ist eigentlich klar, handhabbar und auch umsetzbar.

Die Frage für mich ist jetzt allerdings, ob die Vorstellung, die dahintersteckt -- Ich habe auch ein bisschen kritisiert, dass man eigentlich immer die Weimarer Verhältnisse vor sich sieht und sagt: „Diese Demokratie ist gleichermaßen von rechts und links bedroht“, wobei ich eher den Eindruck habe, dass wir eine ausgesprochen stabile Demokratie haben und der demokratische Verfassungsstaat überhaupt nicht bedroht ist.

Was wir haben, ist eine Verletzung unserer Grundwerte, eine Verletzung der demokratischen Normen und Werte, wie sie sich aus unserer Verfassung ergeben - und das ganz massiv. Deswegen muss man dagegen auch vorgehen: durch Prävention, durch Intervention, durch Repression. Aber ich sehe nicht, dass deswegen dieser Verfassungsstaat insgesamt von rechts oder von links bedroht ist. Das ist ein bisschen meine Kritik.

Aber das ändert nichts daran, dass wir zwischen dem sozialwissenschaftlichen und dem amtlichen Begriff unterscheiden müssen und dass ich persönlich meine, dass es nicht sinnvoll ist, dass einige Kolleginnen und Kollegen in meinem Berufsstand für die Sozialwissenschaften sozusagen den amtlichen Begriff übernehmen; denn es sind unterschiedliche Aufgaben, die wir in der Wissenschaft und die die Verfassungsschützer haben. Ich glaube auch, das sind unterschiedliche Fragestellungen und unterschiedliche Erkenntnisinteressen.

Deswegen bin ich ganz stark dafür, dass wir das trennen: amtliche Seite einerseits, sozialwissenschaftliche andererseits. Wobei ich glaube, dass das auf der amtlichen Ebene, wie gesagt, halbwegs ordentlich gelöst ist. Bloß wir Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler haben damit unsere Probleme.

Sönke Rix (SPD): Haben Sie viel zu ergänzen?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Ich wollte zur Definition nur sagen: Ich habe sie und welche Dimensionen meines Erachtens dazugehören auf Seite drei meines Gutachtens aufgeführt. In der sozialwissenschaftlichen Diskussion ist es strittig, ob Gewaltbereitschaft konstitutiv mit dazugehört oder nicht.

Ansonsten zum Extremismusbegriff: Man kann ihn füllen. Ich habe aber auch Zweifel an ihm, weil er im Grunde genommen sehr formalistisch ist. Wenn Sie jetzt einmal an die Zeit des Nationalsozialismus denken und dieses Modell übertragen würden: Da waren die Demokraten die Extremisten. Also insofern denke ich: Hier geht es um demokratiefeindliche oder verfassungsfeindliche Bestrebungen, einmal von der Seite, einmal von der Seite. So kommt man dem Problem eigentlich näher.

Sönke Rix (SPD): Ich habe nur eine ganz kurze Frage an Frau Röpke. Sie haben hier heute doch mit sehr vielen Informationen quasi hantiert. Für mich stellt sich noch einmal die Frage, wie Ihr Kontakt zu den staatlichen Behörden, Polizei usw., ist und wie der Austausch über diese Informationen stattfindet, weil das natürlich alles Dinge sind, über die Sie häufig behaupten: Das müssten die doch gesehen haben; ich habe es ja gesehen. - Deshalb ist die Frage: Haben Sie das dann auch mitgeteilt, und wurde das dann auch dankend aufgenommen?

Sachverständige Andrea Röpke: Diese Position habe ich jetzt nicht, dass ich sagen würde: „Ich habe es gesehen, und sie haben es nicht gesehen“, vor allem nicht im Hinblick auf die NSU. Das wollte ich jetzt also nicht so rüberbringen. Ich bin Teil eines Recharteams. Ich arbeite zurzeit für die Öffentlich-Rechtlichen und habe da natürlich meine genaue Aufgabenteilung.

Für mich ist es eher so, dass ich mich als Fachjournalistin sowieso langfristig mit dem Thema auseinandersetzen werde. Wir werden langfristig an den militanten Strukturen dranbleiben. Hier ist natürlich ein Austausch vor allen Dingen mit den Polizeibehörden ganz, ganz wichtig, weil die Polizeibehörden - das war auch meine Erfahrung bei dem Verbot der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ - in die Häuser hineingehen, weil sie das mitbekommen, weil sie Erfahrungen sammeln. Für mich sind das, was die Behörden angeht, natürlich die ersten Adressen.

Unabhängig von der Militanz: Was die Kindererziehung und die Frauen angeht, suchen wir natürlich gerade auch den Austausch mit den Jugendämtern und den Sozialbehörden. Das geht natürlich seinen Gang, und das ist in den Bundesländern unterschiedlich, aber gerade in diesem Bereich passiert noch viel zu wenig.

Ich weiß nicht, ob Ihnen das so abstrakt reicht.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Für die FDP-Fraktion fragt dann der Kollege Wolff weiter.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Ja, vielen Dank. - Frau Röpke, Sie sagten vorhin, Wohlleben sei IT-Unternehmer gewesen, Kapke Bauunternehmer, Herr Eminger solle einen Handel für holländische Blumen haben. Mich interessiert: Wie finanziert sich die rechtsextreme Szene? Allein durch Rockfestivals wird das wahrscheinlich schwer zu finanzieren sein.

Noch eine zweite Frage an der Stelle: Ist es denn üblich - in Führungszeichen -, dass Banküberfälle zur Finanzierung der Neonaziszene oder zur Geldbeschaffung genutzt werden? Das erst einmal generell und dann spezieller.

Sachverständige Andrea Röpke: Herr Eminger hat keinen Blumenhandel, sondern er ist Lkw gefahren und hat holländische Blumen transportiert. Er selber hat aber angegeben, dass er auch Unternehmer gewesen sei. Er hat auch diese Versandhandelsgeschäfte betrieben und war im Bereich dieser Video-Geschichten selbstständig tätig.

Es ist mittlerweile sehr typisch für die Neonaziszene, dass man versucht, sich selbstständig zu machen. Wie gesagt, da kann ich nur immer wieder auffordern - vielleicht auch einmal die Wissenschaftler -:

Fahren Sie nach Mecklenburg-Vorpommern. Dort finden Sie fast kein subkulturelles Milieu mehr. Dort finden sie ganz, ganz viele Unternehmer. Sie finden ein Spiegelbild der Gesellschaft. Neonazis sind kaum noch zu erkennen, und sie sind, wie gesagt, auch was die Wirtschaftsstrukturen angeht, Teil der Szene.

Die Szene versucht natürlich - und das nicht immer erfolgreich; das muss man ganz klar sagen -, Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. In Rheinland-Pfalz versucht man gerade, national denkende Winzer zu gewinnen. Nach dem Motto „Nationalisten kaufen bei Nationalisten“ versucht man, Geschäfte aufzuziehen, um den Eigenbedarf aus den eigenen wirtschaftlichen Strukturen zu decken. Daran wird ganz hart gearbeitet. In bestimmten Bereichen - wir haben das in Niedersachsen oder in Norddeutschland - gibt es einige Taxi- und Fuhrunternehmen, Abrissunternehmen, Bauunternehmen, die natürlich dann auch nur national gesinnte Auszubildende einstellen und natürlich Geschäftspartner in dem Bereich suchen. Da ist man also am Aufbauen. Da gibt es eine ganze Menge.

Dann kann ich nur wiederholen: Sie finanzieren sich natürlich zu fast 50 Prozent - ich glaube, Herr Schünemann hatte sogar von 52 Prozent gesprochen; meines Wissens sind es 48 Prozent - aus Steuergeldern. Sie sind in Sachsen und in Mecklenburg-Vorpommern zum zweiten Mal in den Landtagen. Allein die NPD - unabhängig von den REPs, der DVU und den Pro-Parteien - hat über 500 kommunale Mandate. Auch dafür gibt es Kleinstdiäten usw.

Dann darf man nicht vergessen, dass die NPD natürlich durchaus auch Spender hat. Wie gesagt: Ich hatte kurz das Beispiel genannt, dass im Rechenschaftsbericht ein alter Herr aus Thüringen auftaucht, der 2009 oder 2010 104 000 Euro - so viel war es, glaube ich - gespendet hat. Da ist also durchaus eine große Bereitschaft vorhanden.

Komischerweise hat gerade der Verband in Thüringen immer über relativ viel Geld verfügt. Aber wie gesagt: Sie haben auch eigene Läden. Sie haben eigene Strukturen; sie arbeiten daran. Und Herr Wohlleben hat ein Netzwerkunternehmen gehabt und auch ein Gewerbe angemeldet.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Gibt es Banküberfälle oder im Bereich der organisierten Kriminalität eine Nähe zu anderem -

Drogenhandel oder Ähnliches -, von dem man sagen kann, dass dadurch in der Szene - in Führungszeichen - auch sonst Geldquellen möglich sind?

Sachverständige Andrea Röpke: Was uns Journalisten natürlich auch ein bisschen Spaß macht, ist, mit dem Saubermann-Image der Neonazis ein bisschen aufzuräumen. Gerade in den großen Städten sieht man immer Konglomerate aus Neonazis und dem Rotlichtmilieu. Sie sind in Security-Firmen engagiert, sie sind als Türsteher aktiv, und tatsächlich auch in der Prostitution haben wir Hinweise darauf. Das ist also wirklich schon eine vielfältige Geschichte, gerade wenn man dann wieder sieht, dass sie durchaus auch nach außen hin sehr bürgerlich erscheinende Firmen betreiben. Da sind der Szene wirklich keine Grenzen gesetzt, um Geld zu verdienen.

Banküberfälle sind keine Ausnahme. Ich habe vorhin schon einmal versucht, es aufzuzeigen. Einer der führenden NPD-Leute in Baden-Württemberg war an Banküberfällen beteiligt. Er war dann Söldner und ist heute, wie gesagt, bei der Partei. Dann gab es um die verbotene Struktur „Nationalistische Front“ Banküberfälle. Es gab immer wieder - gerade im Westen - militante Neonazistrukturen, die versucht haben, mit Banküberfällen ihre Arbeit zu finanzieren.

Das müsste man einmal aufstellen. Dafür gibt es sicherlich einige Beispiele.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Spielen denn gerade solche ehemaligen Altnazis wie zum Beispiel Peter Dehoust, Gudrun Burwitz oder gegebenenfalls auch noch Jürgen Rieger noch eine Rolle bei der Finanzierung?

Sachverständige Andrea Röpke: Ja, sicher. Sie alle haben es ja vielleicht in den Medien gelesen: Wir haben in Bremen ja mit Wilhelm Tietjen, einem Lehrer - -

(Zuruf: Rieger ist tot! - Hartfried Wolf (Rems-Murr) (FDP): Rieger ist tot, das weiß ich auch!)

- Ach so. Rieger ist seit 2009 tot, ja. - Aber die Altnazis spielen durchaus eine wirklich ganz massive Rolle. Sie dürfen auch die Altnazifrauen nicht vergessen.

Mit Wilhelm Tietjen, diesem Lehrer aus Bremen, der wirklich sein Vermögen der Szene vermachte hat - - Er hat es übrigens

nicht Herrn Rieger vermachte, sondern seinem Verein; das Geld ist durchaus noch in der Szene aktiv. Da gibt es eine ganze Menge. Jetzt ist Herbert Schweiger gestorben, angeblich ein alter SS-Ritterkreuzträger, usw. Das spielt also natürlich eine ganz große Rolle. Die werden als letzte Zeitzeugen gehandelt. Ursula Haverbeck aus Vlotho, die immer wieder verurteilte Holocaustleugnerin, referiert noch immer bei den Jugendlichen und lebt davon.

Hier besteht natürlich weiterhin die Gefahr, dass Gelder transportiert werden. Ich habe selber erlebt, als ich noch, wie man so schön sagt, undercover, also verdeckt, gearbeitet habe, dass sie gesagt haben: Wir hinterlassen das Geld lieber unserer nationalen Bewegung als der eigenen Familie, wenn die nicht richtig dabei sind.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Eine letzte Frage in der Richtung: Gibt es so etwas wie Silent Help? Wir sprachen vorhin ja auch über „Blood & Honour“ in Richtung Großbritannien. Wir haben ja auch etwas über Vertriebswege von Musik-CDs oder Ähnliches gehört. Gibt es da auch eine vergleichbare Vertriebsstruktur oder eine Entsendungsstruktur für Geldmittel aus dem Ausland nach Deutschland oder von Deutschland ins Ausland?

Sachverständige Andrea Röpke: Ja, sicher. Es gibt eine ganze Menge Hinweise. Wir sind dem auch immer wieder nachgegangen. Es gab Hinweise auf Finanzströme Richtung Spanien, es gab sie Richtung Südafrika, es gab sie auch Richtung Südamerika. Es ist aber natürlich ein wahnsinnig schwieriges Thema, überhaupt über Wirtschaftsnetzwerke der Neonazis zu berichten. Sie glauben gar nicht, wie schwierig das ist. Allein schon ein Buch über rechte Frauen zu machen, ist für uns freie Journalisten wahnsinnig schwierig, weil die Frauen zu benennen, kann uns pro Namen eine Klage einhandeln. Dann berichten sie einmal über Wirtschaftsnetzwerke!

Wir haben in einem unserer Bücher auf einen wirklich anerkannten Unternehmer hingewiesen, der eine Zeitlang einen direkten Kontakt zum Holocaustleugner-Milieu hatte. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie schwierig einerseits die Recherchen sind und wie schwierig es andererseits natürlich ist, darüber zu berichten. Man bekommt zahlreiche Hinweise über diese Kanäle, aber es ist

sehr, sehr schwierig, zu recherchieren bzw. darüber zu berichten.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Okay. - Dann würde mich abschließend noch interessieren, wie weit es beispielsweise eine Rolle spielt, dass Gelder vom Verfassungsschutz oder Ähnliches kommen. Wie weit ist das eine Größe? Wie weit wird darüber in der Szene - in Führungszeichen - diskutiert? Wie weit ist das tatsächlich etwas, was für die Einnahmen oder die Überlebenshilfe - so sage ich es jetzt einmal - maßgeblich sein könnte?

Sachverständige Andrea Röpke: Die Szene macht sich darüber natürlich lustig. So jemand wie Tino Brandt hat ja keine Probleme bekommen und keinen Hehl daraus gemacht, dass er einen Großteil der 200 000 DM, die er vom Verfassungsschutz erhalten haben will, dann auch wieder in die Arbeit der Szene gesteckt hat. Auch die anderen haben sich immer wieder damit gebrüstet. Auch die NPD-Vorstandsmitglieder wie Herr Frenz usw. haben gesagt: Ich habe denen nur Pillepalle erzählt und das Geld wieder in die Sache gepumpt. - Manche haben sich sogar damit gebrüstet, dass sie es im Auftrag der Partei gemacht hätten.

Meiner Ansicht nach müsste dafür Verantwortung übernommen werden, und meiner Ansicht nach müssten diese Fälle auch daraufhin überprüft werden, inwiefern tatsächlich bekannt gewordene V-Leute erstens wirklich massive Straftaten begangen haben und zweitens wirklich effektiv gearbeitet haben und inwiefern womöglich auch das Geld dazu gedient hat. Das erschreckendste Beispiel war ja in diesem Fall, dass der Verfassungsschutz anscheinend dieses fürchterliche antisemitisch-rassistische Spiel der NSU, dieses „Progromly“, sogar finanziert und Geld dafür gegeben hat, dass dieses Spiel gekauft wurde. Das sind Beispiele, von denen ich meine, dass dafür aus den Reihen der Geheimdienste viel mehr Verantwortung übernommen werden müsste.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das Fragerecht ist jetzt wieder bei der Linksfraktion. Herr Petermann hat das Wort.

Jens Petermann (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Ich habe noch einmal eine Frage zur Quantität und Qualität der kommunalen Verankerung der Thüringer

Neonaziszene jenseits der NPD. Es gibt in dem Spektrum auch noch andere Bewegungen, beispielsweise die Pro-Bewegung, die in Thüringen mit „Pro Arnstadt“ ja auch einen kleinen Absenker hat. Sie hat immerhin 30 Prozent der Stimmen im Stadtrat und stellt auch den Bürgermeister.

Sie haben vorhin gesagt: In Arnstadt hat 2009 der Thüringentag der nationalen Jugend stattgefunden. Der Bürgermeister hat seinerzeit massiv gegen die Gegenveranstaltung des Bündnisses gegen Rechts agiert und hat sie regelrecht boykottiert. Es gab interessanterweise auch am 07.09.2011 einen Banküberfall des Duos in Arnstadt, bevor sie dann in Eisenach hochgegangen sind. Wie schätzen Sie da die Situation ein?

Sachverständige Andrea Röpke: Arnstadt ist wirklich ein Ort, der mich in den letzten Jahren beschäftigt und schockiert hat, weil das Fest, das im Schlosspark in Arnstadt ausgerichtet und von Ralf Wohlleben organisiert wurde, war ein Fest mit Musik, es gab Verkaufsstände, und vor allen Dingen gab es Kinderbetreuung. Wir waren da vor Ort. Wir durften natürlich nicht rein. Es war auch kaum Polizei vor Ort. Es war kein Protest sichtbar. In diesem Schlosspark war die Hemmschwelle für Kinder und Jugendliche, zu diesem NPD-Fest zu gehen, natürlich ganz niedrig. Es gab ganz viele neugierige Jugendliche, die darum herum standen und dann einfach reingegangen sind. Sie haben gedacht: Das ist ja nicht verboten, da können wir ja hin. - Das war natürlich die eine schockierende Sache. Ich habe das auch dokumentiert und gefilmt.

Keine 100 Meter weiter hat der Bürgermeister zu dem Zeitpunkt ein Fest mit überwiegend alten Leuten ausgerichtet. Das war fast in Sichtweite dieses Nazifestes. Er hat dort wie selbstverständlich zum Posaunenchor gefeiert und wirklich in keinster Weise irgendwie Stellung dazu genommen, dass die Neonazis ein bisschen weiter feiern konnten.

Ich habe in Arnstadt auch die Erfahrung gemacht: Ich habe dort versucht, einen Vortrag zu halten. Der ist von Neonazis gestört worden. Es sind 30 Neonazis in den Saal geplatzt. Die haben ihn besetzt. Es hat über eine Stunde gedauert, bis die Polizei den Saal in Arnstadt geräumt hatte.

Das Letzte, was mich zu Arnstadt wieder bewegt hat, ist, dass ich mit zwei Aussteigern aus Thüringen gesprochen habe, die mir

noch einmal gesagt haben: Wir hatten einen guten Draht zu dem Bürgermeister. - Ich kann es nur so zitieren. Ich kann nur sagen: Es gab einen guten Draht. Das sind Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum, und die haben gesagt: In Arnstadt sind wir gut zurechtgekommen - vor allen Dingen mit dem Bürgermeister und seinem Umfeld. Das sind natürlich Mitteilungen, die einen erschrecken und bei denen man natürlich, denke ich, auch noch einmal nachgreifen muss.

Jens Petermann (DIE LINKE): Welche Auswirkungen hat das aus Ihrer Sicht auf die Zivilgesellschaft?

Sachverständige Andrea Röpke: Wir haben die Auswirkungen wie in Mecklenburg-Vorpommern. Gehen Sie in Mecklenburg-Vorpommern in bestimmte Regionen - ich bin wirklich ständig dort -, gehen Sie in den Landkreis Güstrow, oder gehen Sie in den Landkreis Uecker-Randow. Dort ist es tatsächlich so: Dort ist die NPD eine normale Partei. Sie wird wählbar. Das heißt, wenn die NPD in Arnstadt ein Jugendfest mit Kinderbeteiligung abhalten kann, dann ist es vielleicht nicht mehr weit, bis es tatsächlich so ist wie in Anklam, wo Herr Michael Andrejewski als Landtagsabgeordneter der NPD seine Diätenerhöhung in Form von Schultüten an Kinder verschenkt und damit dann später 20 Prozent der Stimmen dort einheimsen kann.

Wenn wir gerade in den Kommunen keine klare Grenzziehung haben, wenn wir dieser kommunalen Verankerung der Neonazis nicht entgegenwirken, und das auch beherzt, dann, denke ich, kann man sich auch relativ schnell die Aufweichung vorstellen. Dafür ist Arnstadt sicherlich ein erschreckendes und gutes Beispiel.

Jens Petermann (DIE LINKE): Sie sagen: „... kann man sich ... vorstellen“. Findet diese Aufweichung nicht auch tatsächlich statt?

Sachverständige Andrea Röpke: Doch, doch, die findet statt. Das habe ich falsch formuliert. Die Aufweichung findet natürlich statt.

Jens Petermann (DIE LINKE): Ich habe noch eine weitere Frage: Ich finde, in der

öffentlichen Debatte gibt es eine gewisse begriffliche Unschärfe, was die Trennung der Begriffe Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus betrifft. Das geht eigentlich durch alle Parteien. Das wird doch ziemlich durcheinandergeworfen und von allen benutzt, um das gleiche Phänomen zu beschreiben. Ich finde, das sollte man genauer trennen.

Ich möchte Professor Stöss noch einmal darum bitten, aus seiner Sicht darzulegen, wie man das trennen kann und wie aus Ihrer Sicht der Unterschied zwischen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus zu definieren ist.

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: In den Sozialwissenschaften wird das oft synonym verwendet; das ist völlig richtig. Im amtlichen Sprachgebrauch sagt man: Rechtsradikalismus ist zwar weit rechts, aber noch im Rahmen des Verfassungsbogens. - Sie haben sozusagen die demokratische Mitte, rechts davon den Rechtsextremismus und links davon den Linksextremismus. Rechtsradikalismus wäre dann in der demokratischen Mitte, aber ganz stark am rechten Rand.

Das heißt, die Grenze ist da, wo das, was die Verfassung noch erlaubt, überschritten wird. Das ist sozusagen die amtliche Vorstellung davon. Ich denke, damit kann man auch gut arbeiten. Rechtsradikalismus ist noch im Rahmen der Verfassung, Rechtsextremismus ist außerhalb der Verfassung.

Jens Petermann (DIE LINKE): Kann ich noch weiter fragen? - Okay, danke.

Rechtsextremismus und Rechtsterror sind ja nun beileibe keine deutschen Phänomene. Das sind ja durchaus auch europäische Phänomene. Es wurden hier Beispiele dafür genannt, zum Beispiel die Schweiz. Wenn ich nach Nordeuropa sehe, muss ich natürlich konstatieren, dass das auch dort zu extremen Auswirkungen geführt hat.

Deswegen noch einmal die Frage an Frau Röpke, wie Sie die Position von Professor Schroeder einordnen, der die Ursachen des Rechtsextremismus doch etwas verengt sieht. Beleuchten Sie das bitte einmal unter europäischen Aspekten.

Sachverständige Andrea Röpke: Können Sie es ein bisschen konkretisieren? Ich finde das jetzt sehr allgemein.

Jens Petermann (DIE LINKE): Der Rechtsterrorismus ist kein deutsches Phänomen. Das ist ein europäisches Phänomen. Wir reden ja gerade über die Ursachen, und eine der Ursachen wurde in der historischen Entwicklung gesehen, beispielsweise in Ostdeutschland. Ostdeutschland kann aber nicht die Ursache für den Rechtsterrorismus in Nordeuropa oder für entsprechende Entwicklungen in der Schweiz oder in Südtirol sein.

Sachverständige Andrea Röpke: Wir versuchen, in unseren Büchern immer wieder darauf hinzuweisen, dass wir gerade auch in den alten Bundesländern sehr militante Strukturen haben. Vielleicht kann ich Ihnen das am Beispiel Bremens aufzeigen. In Bremen hat die NPD nie Fuß fassen können. In Bremen hat sie keine vernünftigen Strukturen. Sie hat Kameradschaftsstrukturen, aber sie ist dort äußerst militant. Sie tritt wirklich beängstigend auf. Es werden Menschen gejagt. Es gibt dort Szenarien am Rande von Fußballspielen, im Bereich der „Hells Angels“ und auch der „Bandidos“.

Oder auch in Schleswig-Holstein: Das, was gerade in Leck passiert ist, war kein importiertes Ostphänomen. Dort haben sich Neonazis aufgrund der sogenannten Pädophilenhetze - in Anführungsstrichen - und aufgrund des Mottos „Todesstrafe für Kindererschänder“ an die Spitze einer unzufriedenen Bevölkerungsschar gesetzt, und sie wollten auch das Haus dieses Achtzehnjährigen stürmen. Das ist nicht in Guben oder in Hoyerswerda passiert, sondern in Leck in Nordfriesland.

Dieser Kreisverband der NPD und die Kameradschaftsstrukturen, die damit zu tun haben, werden von einer Lehrerin angeführt. Wir haben es hier mit ganz „zivilisierten“ westdeutschen Kräften zu tun, die durchaus auch zu militanten Reaktionen neigen und bereit sind, für ihre Weltanschauung und für ihre Gesinnungsgemeinschaft auch weiterzugehen. Man kann immer wieder nur darauf hinweisen - das haben wir auch immer wieder aufgezeigt -, dass diese Ideologie auch in den alten Bundesländern ganz gefestigt vertreten ist. Ich sehe es also etwas anders.

Ich denke natürlich auch, dass wir nicht als Leistungsgesellschaft, sondern als Sozialgesellschaft nachhaltiger auftreten müssen. Man merkt es in Mecklenburg-Vorpommern immer wieder im Wahlkampf. Am 4. September des letzten Jahres waren die

Wahlen. Wenn bei der Schließung einer Firma an der polnischen Grenze die NPD als erste Partei vor den Werkstoren demonstriert, weil zwei Wochen vor den Wahlen angekündigt wird, dass die Produktion nach Polen verlegt wird, und wenn die anderen Parteien, die sogenannten etablierten Parteien, gar nicht da sind, sondern die NPD die erste ist, die wirklich vor den Toren steht, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn die Belegschaft tatsächlich zur NPD steht.

Wir müssen als Gesellschaft präsent sein. Dort, wo wir in der Jugendarbeit, in der ehrenamtlichen Arbeit und in der sozialen Arbeit weiße Flecken hinterlassen, können sich Neonazis ausbreiten. Das betrifft die alten und die neuen Bundesländer gleichermaßen. Schlimm finde ich es auch, dass wir gerade in den alten Bundesländern in Bezug auf nachhaltige Prävention in der offenen Gesellschaft wahre Entwicklungsländer sind.

Wir hatten vorhin Aussteigerhilfen angesprochen. In Niedersachsen weiß ich von Fällen, in denen Leuten geraten wurde, zum „Weißen Ring“ zu gehen, um als Opfer rechter Gewalt Beratung zu bekommen. Es gibt eine einzige zivilgesellschaftliche Stelle, die aber mit der Arbeit in einem solchen Flächenland völlig überfordert ist. Ich denke, da ist ganz viel zu tun. Ich würde das nicht nur als ostdeutsches Phänomen bzw. als ostdeutsche Problematik sehen.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Herr Vorsitzender, ich möchte eine Falschbehauptung kurz zurückweisen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, bitte.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Herr Petermann, ich habe nicht gesagt, dass die Sozialisation in der DDR oder in Ostdeutschland ursächlich für den Rechtsterrorismus ist. Ich habe versucht, zu erklären, wie Sozialisationserfahrungen nachwirken und warum in Ostdeutschland die Zahl rechtsextrem und ausländerfeindlich eingestellter Personen höher ist als in den westlichen Ländern und dass *ein* Faktor die Nachwirkung der DDR-Sozialisation ist. Das hatte nichts mit Terrorismus zu tun, sondern es bezog sich auf die Einstellung. Das nur einmal zur Klarstellung.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn es dazu noch weiteren Diskussionsbedarf

gibt, bitte ich das in der nächsten Berliner Runde zu behandeln. Zunächst hat aber Herr Kollege Wieland das Fragerecht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war nur billig, dass ein Gutachter dazu etwas sagen darf, wenn ihm hier gesagt wird, er hätte einen eingeschränkten Horizont.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Das ist jetzt Ihre Interpretation.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist meine Interpretation.

Frau Röpke, Sie wissen einfach zu viel. Deswegen muss ich Ihnen noch einmal eine Frage stellen. Dass Frau Zschäpe die Ludwigsburger Gärten schätzt, hatte ich tatsächlich noch nirgendwo gelesen. Bei „Ludwigsburg“ klickte es aber bei mir, weil ich Ihr Buch sehr aufmerksam gelesen habe. Da schreiben Sie, dass bei einer Razzia in Hoyerswerda Polizeibeamte der Bautzener Polizei, des Staatsschutzes aus Frankfurt/Oder und aus dem baden-württembergischen Ludwigsburg eingesetzt waren. Können Sie mir sagen, ob Sie noch wissen, warum gerade Kräfte aus Ludwigsburg eingesetzt wurden? Gab es da Verbindungen? Wenn Sie es nicht präsent haben, haben Sie es eben nicht präsent.

Sachverständige Andrea Röpke: Dazu hätte ich einen kleinen Tipp vorab gebraucht.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das mit den Gärten habe ich eben erst gehört. Ich fürchte sowieso, dass wir Sie als Zeichen der Wertschätzung auch noch einmal als Zeugin hören müssen; denn Sie haben uns viele Tatsachen genannt. Es ging auch gar nicht anders. Wir haben danach gefragt, aber möglicherweise kommen wir irgendwann zu dem Ergebnis, dass wir diese Tatsachen, Teile Ihrer Rechercheergebnisse usw. auch noch einmal ganz förmlich hören wollen. Diese Recherchen werden auch weitergehen. In einem halben Jahr wissen Sie möglicherweise sogar noch mehr als heute.

Dann gehe ich jetzt zu den Herren Professoren über. Herr Professor Stöss, auch ich bin der Ansicht, dass wir glücklicherweise in einer stabilen Demokratie leben. Auch ich

befürchte nicht, dass die NPD mit 50 Prozent in den Deutschen Bundestag einziehen wird. Es beruhigt mich aber noch nicht vollständig. Vor allem bin ich nicht überzeugt davon, dass sie auf dem absteigenden Ast ist. Wenn ich zum Beispiel meine Ferienwohnung im Hinterland von Usedom besuche - das mache ich ab und an -, dann habe ich eher den Eindruck, dass ich in NPD-Land bin. Wenn ich dort die Wahlergebnisse bei Kommunalwahlen lese, wenn ich diese Kümmererstrategie „Wer kümmert sich?“ sehe, dann ist das eine andere Optik.

Meine Frage an den Politologen: Ist die Demokratie nur gefährdet, wenn hier wirklich ein zweiter Hitler an die Tür klopft? Oder kann es nicht sein, dass die Demokratie schon gefährdet ist, wenn sich Bürger nicht mehr trauen, in den Medien ihre Meinung beispielsweise zu NPD-Umzügen zu sagen, weil sie Angst haben, dass ihnen das auf die Füße fällt, oder wenn demokratische Parteien ihre Parteibüros regelrecht verbarrikadieren müssen, weil sie unentwegt angezündet und abgebrannt werden? Die Frage lautet schlicht: Kann man es wirklich so pauschal sagen, dass die NPD auf dem absteigenden Ast ist?

An beide noch einmal die Frage: Wie ist das Verhältnis zwischen der NPD, den Kameradschaften und der freien Szene? Inwieweit brauchen die einen die anderen? Wir haben gehört, dass die Übergänge fließend sind, dass es Personalidentitäten gibt. Das wurde uns aus Thüringen und anderen Bereichen geschildert. Würde sich ein NPD-Verbot auf die freie Szene auswirken? Wäre es ihr egal? Verliert sie möglicherweise einen logistischen Rückhalt? Verliert sie dadurch auch Möglichkeiten, legal bei Demonstrationen oder bei anderen Gelegenheiten aufzutreten, oder wäre es für diese Szene völlig unerheblich?

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Meine Bemerkungen bezogen sich im Wesentlichen auf den Extremismusansatz, der, wie ich meine, immer den Blick auf vermeintliche Weimarer Verhältnisse hat, wo gesagt wird: Da ist die Demokratie von rechts und links bedroht, da ist der demokratische Verfassungsstaat von rechts und links bedroht. - Das meinte ich damit. Das halte ich für ein Bild, das nicht geeignet ist, die Wirklichkeit zu beschreiben. Natürlich haben Sie völlig recht - das habe ich auch in meinem Gutachten geschrieben -, dass die NPD die

Norm- und Werteordnung unseres Grundgesetzes bedroht und dass deswegen Maßnahmen, angefangen bei Präventivmaßnahmen über intervenierende Maßnahmen bis hin zu repressiven Maßnahmen, notwendig sind, um der Partei das Handwerk zu legen. Damit habe ich überhaupt kein Problem.

Was nun die Auswirkungen eines Verbotes angeht, glaube ich schon, dass die freie Szene dadurch auf der einen Seite geschwächt würde; denn sie braucht die NPD als Partei, die das Parteienprivileg hat. Sie braucht die NPD als institutionellen Schutz, und sie braucht die NPD vermutlich teilweise auch als Finanzquelle. Auf der anderen Seite würde das aber auch bedeuten, dass selbst die wenigen integrativen Maßnahmen, die die NPD auf diese Szene ausübt, wegfallen. Dann könnte es passieren, dass sich diese Szene dadurch radikalisiert. Das wäre für mich aber immer noch kein Argument, gegen ein NPD-Verbot zu sein. Wir haben in den 50er-Jahren mit dem SRP-Verbot² die Erfahrung gemacht, dass es in dem Augenblick, wo der Staat sagt, bestimmte Dinge wie verbale Radikalität und radikale Verhaltensweisen lassen wir uns nicht mehr gefallen, auf die anderen Organisationen zurückwirkt. Diese würden dadurch sehr viel vorsichtiger.

Insofern sehe ich in einem Verbot der NPD durchaus positive Aspekte, auch wenn man sie nicht überzeichnen sollte. Ein Großteil der rechtsextremen Szene wird nach wie vor weiter existieren. Es ist nicht einmal auszuschließen, dass sie sich radikalisiert. Daher fordere ich in meinem Gutachten auch, dass parallel zu einem solchen Verbotverfahren über Maßnahmen gewissermaßen im Sinne eines Masterplans nachgedacht wird, mit denen der Bereich des Rechtsextremismus, der durch ein Verbot nicht tangiert ist, effektiver bekämpft werden kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Damit sind wir am Ende der zweiten Fragerunde.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte auch noch Herrn Schroeder hören!)

- Es sind beide gefragt worden? - Dann Herr Schroeder, bitte.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Ich halte genau wie Richard Stöss die derzeitige Demokratie für sehr fest.

² Korrektur des Sachverständigen (Anlage 2)

Ich sehe sie nicht bedroht, was aber nicht ausschließt, dass in einigen Regionen Nordostdeutschlands oder in Thüringen oder wo auch immer Kräfte vor Ort dominieren, die sich nicht den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet fühlen. Das ändert aber nichts daran, dass wir wirklich sozial und politisch stabile Verhältnisse haben. - Das ist das Erste.

Das Zweite: Ich glaube ähnlich wie Richard Stöss, dass ein NPD-Verbot die Szene radikalieren würde. Ich habe auch noch ein zweites Argument gegen ein NPD-Verbot. Die Wahlerfolge sind auch ein Seismograf, mit dessen Hilfe wir sehen können, wie die Stimmungen sind. Dieser Seismograf fällt dann weg. Es werden dann nebulöse Wahlvereinigungen gegründet werden, die vor Ort vielleicht Wahlen gewinnen, die aber schwerer einzuschätzen sind. Das Hauptargument von Richard Stöss für ein Verbot teile ich. Potenziellen Mitläufern und Aktivisten würde damit signalisiert: bis hierher und nicht weiter, der Rubikon ist jetzt überschritten. Das muss man genau abwägen. Ich könnte weder pro noch kontra votieren, weil ich für beide Seiten, für Pro und für Kontra, gute Argumente sehe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt sind wir tatsächlich am Ende der zweiten Berliner Runde. Ich eröffne die dritte Runde, wobei mir von einigen Fraktionen bereits signalisiert wurde, dass sie ihre Fragezeit möglicherweise nicht ausschöpfen werden. Schauen wir einmal, wie weit wir kommen und ob wir eventuell noch eine vierte Runde benötigen. Demnach hat die Union erneut das Fragerecht. Herr Schipanski, bitte.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Edathy, vielen Dank. - Frau Röpke, Sie haben hier auf die Nachfrage oder auf den Vorhalt des Kollegen Petermann die Stadt Arnstadt herausgestellt. Ich darf Sie fragen, wie viele Feste es deutschlandweit gibt, die Sie recherchiert haben. Das, was Sie hier gezeigt haben, war nur ein Beispiel. Was schätzen Sie denn?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich glaube, dass sich die Neonazis gerade umstrukturieren. Das heißt, Demonstrationen und Aufmärsche werden immer uninteressanter. Sie haben für viele Regionen nur noch Symbolcharakter. Das sind zum Beispiel die Aufmärsche zum 1. Mai, zum Heß-Gedenken oder zum Jahrestag der Bombar-

dierung Dresdens. Das sind natürlich zentrale Aufmarschveranstaltungen.

Ansonsten versucht man es anders. Sie selber sagen, sie wollen eine nationale Gegenkultur schaffen. Das heißt, diese eigenen Feste werden dort veranstaltet, wo sie unsere zivilgesellschaftliche Kultur nicht dominieren können. In Mecklenburg-Vorpommern gab es zum Beispiel im letzten Jahr fünf Kinderfeste. Teilweise werden die schon seit fünf oder sechs Jahren durchgeführt, wie zum Beispiel in Ueckermünde oder in Stralsund. Zudem gibt es sehr viele Brauchtumsveranstaltungen. Demnächst haben wir ein sehr großes Fest für den Bereich Südwesten. Es ist der südwestdeutsche Kulturtag mit, glaube ich, Udo Pastörs und vor allem auch mit dem Bundesführer der verbotenen „Heimattreuen Deutschen Jugend“ als Redner. Dann haben wir an Orten wie zum Beispiel dem „Thinghaus“ mindestens alle zwei Wochen Neonazikonzerte.

Dieses Spektrum, diese sogenannte „Erlebniswelt Rechts“, wird ausgeweitet werden. Dazu muss man ganz klar sagen: Je mehr die Frauen involviert sind, je mehr ganze Familien involviert sind, umso mehr wird natürlich auch die Vielfalt ausgeweitet. Es geht zurück bis auf mittelalterliche Geschichten, wie Wickinger- oder nordische Veranstaltungen. Jetzt kommen die Maifeste. Dann kommen die Sonnwendfeiern, die Erntedankfeste usw. Da gibt es ein Repertoire.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie können es zahlenmäßig nicht festmachen. Es gibt sehr viele Veranstaltungen. Das, was Sie hier dargestellt haben, ist ein absolutes Einzelbeispiel.

Sachverständige Andrea Röpke: Darüber müsste man vielleicht einmal eine Statistik machen.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): In Bezug auf den Vorhalt des Kollegen Petermann würde ich auch die beiden Professoren noch einmal fragen, ob sie die Vereinigung „Pro Arnstadt“ im Rahmen der Forschung über Rechtsextremismus oder Rechtsterrorismus jemals wahrgenommen haben.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Ich habe sie nicht wahrgenommen.

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Ich auch nicht.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Wenn ich eine Frage stellen darf: Wir haben mehrfach schon vom Zusammenhang zwischen fehlender zivilgesellschaftlicher Gegenwehr und dem Erstarken rechtsextremistischer Szenen gehört. Deshalb noch einmal die Frage an die beiden Professoren: Gibt es einen ganz klaren empirischen Zusammenhang zwischen dem Fehlen von zivilgesellschaftlichen Strukturen und dem Erstarken solcher Szenen? Kann man vor allem sagen, dass da, wo vonseiten der Gewerkschaften, der Kirchen, der Kommunen, der Naturfreunde oder wem auch immer Jugendarbeit stattfindet, die rechte Szene und vor allem die rechte Jugendszene nicht erstarken kann, sie weniger Chancen oder sogar keine Chancen haben?

Eine weitere Frage in dem Zusammenhang: Inwieweit gibt es das Phänomen, dass sich die Zivilgesellschaft oder das Bürgertum außerhalb der rechten Szene mittlerweile selber bedroht und bedrängt fühlt, dass kaum noch die Stärke aufgebracht wird, gegen die Rechten anzutreten, obwohl man sie inhaltlich nicht unterstützt? Diese zwei Fragen sind zunächst an die beiden Professoren gerichtet. Frau Röpke liegt dazu, glaube ich, auch noch etwas auf der Zunge.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Stöss fängt an.

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Die Frage zielt genau auf den Komplex Wirkungsforschung. Dazu muss man sagen, dass es bei solchen Programmen, die letztendlich auf politische Bildung und Verhaltensänderungen abzielen, ungeheuer schwer ist, die Wirkung zu messen. Man kann es eigentlich gar nicht machen. Wie wollen Sie das sehen? Nehmen Sie zum Beispiel die Bundeszentrale für politische Bildung, die die Aufgabe hat, die Demokratieentwicklung zu fördern. Wie wollen Sie feststellen, ob irgendetwas, was passiert ist, genau die Folge der Tätigkeit irgendeiner zivilgesellschaftlichen Einrichtung ist? Nehmen wir einmal an, Sie haben ein ganz erfolgreiches Projekt, und trotzdem geht der Rechtsextremismus hoch. Dann könnte man argumentieren, dass er ohne das Projekt noch viel stärker hoch gegangen wäre. Das

heißt, diese Zusammenhänge sind überhaupt nicht messbar.

Wir haben Beispiele dafür, dass durch zivilgesellschaftliche Projekte der Rechtsextremismus stark eingedämmt werden konnte. Teilweise konnten sogar diese „befreiten Zonen“ aufgelöst werden. Dafür gibt es Beispiele. Umgekehrt gibt es auch Beispiele dafür - wir haben sie hier erwähnt -, dass in Gegenden, wo es keine zivilgesellschaftlichen Strukturen gibt, der Rechtsextremismus besonders aktiv ist. Wir wissen nicht, ob er dort genauso stark wäre, ob er weniger stark oder noch stärker wäre, wenn es dort zivilgesellschaftliche Initiativen geben würde. Das ist unklar. Das heißt, man kann als Wissenschaftler diesen Zusammenhang nicht im kausalen Sinne herstellen, indem man sagt: je mehr Zivilgesellschaft, desto weniger Rechtsextremismus.

Ich denke auch, dass die Parole lauten muss: Es ist ein gesellschaftliches Phänomen, es ist eine Daueraufgabe, mit der wir uns beschäftigen müssen, unabhängig davon, ob wir grandiose Wirkungen oder manchmal teilweise auch nur kleine Wirkungen erzielen. Selbst ein Projekt, das nur eindämmt und den Status quo beibehält, kann sinnvoll sein.

Die Frage nach der Bedrohung von Bürgern habe ich jetzt nicht ganz verstanden. Ich glaube, dass in dem Augenblick, in dem solche Bedrohungsgefühle da sind und zivilgesellschaftliche Angebote vorhanden sind, zumindest die Bereitschaft wächst, sich in diesen Initiativen zu engagieren, und dass freiwilliges Engagement vorhanden ist. Ich kenne aber, offen gesagt, keine Untersuchung, die sich damit beschäftigt hätte. Es ist also eine reine Vermutung, dass es so ist.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Professor Schroeder.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Ich stimme dem weitgehend zu. Das Einzige, was man sagen kann, ist, dass es in den Regionen, in denen Demokratievertrauen ausgeprägt ist, in denen die ehrenamtliche Tätigkeit stark ausgeprägt ist und wo das Vereinswesen im Sport eine Rolle spielt, ein bisschen eine Gegenstruktur gibt. Das muss man fördern. Zivilgesellschaftliche Strukturen bedeuten nicht nur, dass man Initiativen gegen Rechtsextremisten gründet, sondern dass sich die Leute, die in einer Kommune wohnen, generell für das

Gemeinwesen verantwortlich fühlen. Das muss gestärkt werden. Das kann auf verschiedenen Feldern geschehen. Hier darf man keine Schneise lassen, durch die Neonazis oder Rechtsextremisten hineinkommen können. Ich sehe auch, dass das in einigen Bereichen im Nordosten schwer ist. Ganz überwiegend haben wir aber eine am Gemeinwesen orientierte Struktur und sehr viel ehrenamtliche Tätigkeit. Die Zivilgesellschaft lebt im Großen und Ganzen. Wir dürfen jetzt nicht so tun, als ob es die nicht gibt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, war auch Frau Röpke eingeladen, ihre Meinung kundzutun.

Sachverständige Andrea Röpke: Wir haben gerade im Hinblick auf die letzte Frage sehr viele Beispiele. In bestimmten Bereichen ist es natürlich besonders mutig, wenn man uns tatsächlich offen zu Veranstaltungen einlädt, obwohl man genau weiß, dass es dort ein ziemliches Drohpotenzial gibt und es zu Störungen kommt, was bei unseren Vorträgen mittlerweile natürlich sehr häufig der Fall ist.

Ich will ganz kurz zwei Beispiele nennen. Es gab einen Angriff auf eine Kirche in der Lüneburger Heide. In der Lüneburger Heide wird demnächst wieder ein großes „Ludendorffer-Treffen“ stattfinden, das auch mit der Präsenz und Teilnahme von Neonazis verbunden ist. Zugleich hat sich in Eschede ein Gelände als Neonazitreffpunkt etabliert, das keine zwanzig Kilometer von Bergen-Belsen entfernt ist. Da wächst mittlerweile der Widerstand, aber der ist nicht besonders stark gewesen. Neulich wurde versucht, ein Brandsatz gegen die Kirche, gegen den Pastor Manecke, einen sehr engagierten Pastor in Unterlüß, zu werfen. Da ist dann wirklich Protest aufgekommen. Da war man empört und hat gesagt: Bis hierhin und nicht weiter.

In solchen Momenten merkt man auch in den Regionen von Niedersachsen, in denen man sich eher zurücknimmt, dass die Empörung wächst. Wir haben es in Bad Nenndorf erlebt, dass die Neonazis das Wincklerbad über Jahre hinweg immer wieder vereinahmt haben und dass den Vereinen, den Bürgern, den Kirchen und den engagierten Leuten vor Ort irgendwann dieses Vereinahmt gereicht hat. Dann haben sie auch ihre Angst überwunden; denn gerade in der

Region Weserbergland gibt es sehr militante Strukturen, die auch gerne mit Einschüchterungen und Bedrohungen arbeiten. Wir haben für ein solches Engagement schon ganz großartige Beispiele.

Wir haben auch die Erfahrung gemacht, dass sich die Neonazis dort zurückziehen, wo ein Milieu herrscht, in dem sie sich nicht wohlfühlen und in dem sie nicht dominieren können. Die größte Gefahr sind gar nicht einmal die latenten oder subtilen Gefahrensituationen, sondern tatsächlich die Ausbreitung in den sozialen Netzwerken und in den sozialen Bereichen, sprich: in den Elternvertretungen der Kindergärten und Schulen. Dort passiert mittlerweile ein bisschen mehr. Dort gibt es Aktivitäten in den Feuerwehren, in den Sportvereinen usw. Da ist Gott sei Dank über die Vereinsstrukturen einiges in Gang gekommen.

Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU/CSU): Noch eine letzte Frage an Sie, Frau Röpke, zum Unterschied zwischen Frauen in der Szene und Männern in der Szene. Wir hatten gehört, dass bestimmte Persönlichkeitsmerkmale zu bestimmten Strukturen passen und andersherum. Deshalb noch einmal die Frage: Sind das dieselben Persönlichkeitsmerkmale bei Frauen, also Gewaltorientierung, Autoritarismus und dergleichen? Was erwarten die aktiven Frauen eigentlich von dieser Szene? Ist es richtig, dass dort eher ein sehr traditionelles Rollenverständnis gefördert oder vorausgesetzt wird, dem es eigentlich nicht zupasskäme, wenn dort eine Frau besonders aktiv wäre? Die Aufgabenteilung bei der NSU scheint eher auch in die Richtung zu gehen, dass die Männer nach außen hin aktiv sind, während die Frauen Heim und Herd hüten. Deshalb möchte ich wissen, wie das unter diesen Aspekten zusammenpasst oder ob es doch unterschiedliche Ansätze gibt, um daran vielleicht unterschiedliche Präventionsmaßnahmen anzuknüpfen.

Sachverständige Andrea Röpke: Die Einstellungsmuster sind eigentlich dieselben. Frauen haben genau die gleichen ausländergefeindlichen Ressentiments wie die Männer. Die Frauen neigen genauso dazu, diese menschenverachtende Politik mit voranzutreiben. Das Manko ist, dass wir keine vernünftigen Studien haben. Wissenschaftler oder Wissenschaftlerinnen, die sich mit dem Thema beschäftigen, schätzen, dass die

Gewaltbereitschaft bei den Frauen von fünf Prozent auf zehn Prozent gestiegen ist. Wir beobachten es natürlich besonders im Umfeld der autonomen Nationalisten, wo eben die Dynamik, der nationale Agitprop, auf die Straße zu gehen und Übergriffe zu starten, tatsächlich von Frauen auch mit gelebt wird, die sagen: Wir suchen das Abenteuer, wir wollen diese Politik mit vorantreiben.

Ansonsten ist es, wie gesagt, eine Männerbastion. Entsprechend dem völkischen Nationalismus herrscht natürlich ein absolut biologistisches Weltbild. Das wird auch von den modernen Neonazis, von den sogenannten „Pop-Nazis“, den autonomen Nationalisten, nicht infrage gestellt. Das heißt, man kann es wirklich ganz banal reduzieren und sagen: Irgendwann einmal werden die jungen Frauen dann an ihre Verpflichtung als deutsche Mutter erinnert.

Andererseits muss man ganz klar sagen: Die Frauen finden eine Öffnung zu sozialen Themen. Naturschutz ist Heimatschutz. Das ist attraktiv für sie. Sie wollen die Akzeptanzgewinnung mit vorantreiben. Sie wollen sich politische Freiräume innerhalb dieser Bewegung erobern. Sie bekommen ganz viel Anerkennung für ihre Position in dieser sogenannten „Volksgemeinschaft“, in dieser scheinbar heimelig homogenen Gesellschaft. Man darf es nicht unterschätzen. Die Frauen sind, wenn sie ein gefestigtes Weltbild haben, genauso fanatisch und genauso Teil der Bewegung, obwohl sie sich - so möchte ich es einmal ganz einfach formulieren - natürlich in eine gewisse Unfreiheit begeben. Ihnen muss klar sein: Sie können Abitur gemacht haben, sie können ein Studium abgeschlossen haben, aber da werden sie verpflichtet. Erziehung ist eine nationale Lebensaufgabe. Frauen haben dem „deutschen Volkstod“ entgegenzuwirken, und das ist ihre Aufgabe. Aber nichtsdestotrotz prägen die Frauen diese nationalistische Bewegung ganz klar und massiv mit.

Clemens Binninger (CDU/CSU): Eine letzte Frage von mir an Frau Röpke. Die Kernfrage, die uns alle umtreibt, ist: Wie konnte das Trio 13 Jahre untertauchen und nicht entdeckt werden, obwohl es sicher Spuren hinterlassen haben muss, allein durch den ganz normalen Lebenswandel? Ganz zu Anfang ist zu hören gewesen, dass das Trio versucht hätte, sich durch dieses fremdenfeindliche Brettspiel „Progromly“ - also durch eine perverse Abwandlung von Monopoly,

wie ich annehme -, das sie angeblich hergestellt haben, eine Einnahmequelle zu sichern. Haben Sie davon im Rahmen Ihrer Recherche - nicht jetzt aktuell, sondern früher, also Anfang der Zweitausenderjahre - gehört? Ich stelle mir vor: Es muss produziert werden, es muss an jemanden übergeben werden, es muss verkauft werden; das Geld muss zurückfließen. Auf diese Weise gibt es so viele Mitwisser, dass ich sagen muss, dass das eigentlich gar nicht sein kann. Haben Sie jemals davon gehört, oder erst nach Enttarnung der Gruppe?

Sachverständige Andrea Röpke: Das ist tatsächlich ein Punkt, der mich sehr verwundert. Wir haben die Erkenntnis über dieses Spiel nur vom Verfassungsschutz. Mittlerweile ist bekannt, dass das Geld geliefert wurde, um das Spiel zu kaufen. Es gibt Aussagen dazu, dass die drei für dieses Spiel Würfel gebastelt hätten. Es gibt auch Bildmaterial davon. Man weiß, wie das Spiel ausgesehen hat. Das Spiel scheint aber nicht in der Szene kursiert zu haben.

Nach den Razzien bei der „Heimattreuen Deutschen Jugend“ wissen wir, dass sie Puzzle haben. Die Kinder lernen mit einem eigenen Puzzle, wie das großdeutsche Reich in den Grenzen von 1937 aussieht. Dieses Puzzle können sie überall in den Verlagen kaufen. Sie können T-Shirts mit der Aufschrift „Kleine Germanin“ oder „Odin statt Jesus“ kaufen. Sie können alle diese Dinge kaufen. Es gibt Merchandising, Parfum für die nationale Frau usw.

Mich wundert es wirklich, dass dieses Spiel gerade in dem Bereich nie aufgetaucht ist. Ich habe mir zum Schluss ironischerweise schon gedacht, dass es der Verfassungsschutz weggekauft hat. Ich weiß es nicht. Es hat mich ein bisschen gewundert, dass es, wenn es wirklich zum Geldverdienen gedacht war, keinem von uns untergekommen ist. Vor allen Dingen ist es auch der Polizei, die Hausdurchsuchungen durchführt, nicht aufgefallen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Keine weiteren Fragen bei der Unionsfraktion. Dann hat jetzt Frau Dr. Högl für die SPD-Fraktion das Fragerecht.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich habe zu zwei verschiedenen Komplexen eine Frage. Ich fange mit dem an, was eben schon Gegenstand der Fragen war. Ich nenne das Stich-

wort Stärkung der Zivilgesellschaft. Herr Professor Stöss, ich war ein bisschen erschrocken, als Sie sagten, es gebe keinen Zusammenhang zwischen stärkerer Zivilgesellschaft und weniger Rechtsextremismus. Sie haben dann aber noch einmal ausgeführt, wie Sie es gemeint haben. Frau Röpke hat es auch noch einmal ergänzt. Wir hängen natürlich trotzdem der These an, dass wir die Zivilgesellschaft stärken müssen. Das wird unseren Ausschuss im zweiten Teil, im nächsten Jahr, auch beschäftigen, wenn wir uns darüber Gedanken machen, was wir dem Rechtsextremismus entgegenzusetzen bzw. welche Maßnahmen wir vorschlagen müssen, damit wir den Rechtsextremismus besser bekämpfen können. Deswegen möchte ich kurz drei Fragen an Sie stellen und dabei zwei Stichworte ansprechen.

Wir hören immer wieder, dass es durch die Demokratieklausele zu einer Verunsicherung derjenigen Organisationen, Verbände, Vereine und Projekte gekommen ist, die sich insbesondere um die Bekämpfung des Rechtsextremismus kümmern. Haben auch Sie davon gehört? Haben Sie das beobachtet? Können Sie das bestätigen?

Das Zweite ist in die Zukunft gedacht - Stichwort Stiftung. Wir müssen überlegen, wie wir Verbände, Vereine und Organisationen, die sich für die Stärkung der Zivilgesellschaft und bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus engagieren, so finanzieren, dass sie nachhaltig arbeiten können. Wir haben jetzt das Problem, dass auf der Basis von Projekten und über Programme usw. nicht so dauerhaft gearbeitet werden kann, wie es jedenfalls aus meiner Sicht wünschenswert wäre. Haben Sie schon einmal über das Modell einer Stiftung oder über andere Ideen der nachhaltigen Finanzierung solcher Strukturen Überlegungen angestellt? Oder haben Sie andere Ideen, die Sie heute einmal kurz präsentieren können?

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Ich habe mich dann vielleicht vorhin unklar ausgedrückt. Was ich meine, ist, dass wir sozusagen zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rechtsextremismus brauchen, selbst dann, wenn sie in bestimmten Fällen nicht besonders erfolgreich sind; denn das muss gar nicht an ihnen liegen, sondern das kann an den Rahmenbedingungen liegen. Ich denke, die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist sozusagen eine Dau-

eraufgabe von modernen Gesellschaften. Kollegen von uns haben vor 20 Jahren einmal gesagt, Rechtsextremismus sei eigentlich eine normale Begleiterscheinung moderner Industriegesellschaften. Deswegen ist es eine gesellschaftliche Daueraufgabe, dagegen anzukämpfen.

Zur Extremismusformel: Ich habe von Mitgliedern in Berlin sehr oft vor allen Dingen das Argument gehört: Unsere Aufgabe ist es ja dann, andere zu kontrollieren. Wir unterschreiben jetzt irgendein Revers und müssen teilweise Menschen, die bei uns auch nur ehrenamtlich mitarbeiten, in dem Umfeld kontrollieren. - Deswegen wurde in vielen Fällen - ich kann jetzt keinen Einzelfall nennen; aber es gab viele Fälle, wie ich gehört habe - die Beteiligung an diesen Programmen abgelehnt. Insofern: Soweit ich das beurteilen kann, spielt das schon eine Rolle.

Über die Stiftungsidee wurde ja eine Zeitlang diskutiert. Ich fand sie hervorragend. Mir ist unklar, warum sie dann aus der Diskussion verschwunden ist. Vermutlich ist das aus finanziellen Gründen geschehen: weil unklar war, wie man eine solche Stiftung finanziert. Aber ich glaube, dass eine Stiftung schon aufgrund der rechtlichen Gegebenheiten besonders gut ist, weil man dann Projekte auf Dauer anlegen kann. Es gibt ja die Kritik, dass gerade zivilgesellschaftliche Initiativen im Grunde genommen immer von einem Jahr auf das nächste leben und nicht längerfristig planen können. Es wäre natürlich ein Vorteil einer solchen Stiftung, dass sie Projekte und Initiativen längerfristig finanzieren kann, was dann auch eine gewisse Sicherheit für die jeweils Betroffenen bedeutet. Also: Ich persönlich wäre sehr dafür und würde den Gedanken oder die Idee unterstützen, eine solche Stiftung einzurichten.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Eine Stiftung einzurichten, heißt ja nicht automatisch, dass man die Kontinuität der finanziellen Unterstützung sichert. Wir haben ja die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Sie vergibt Gelder auch für befristete Projekte. Die Frage ist also nicht: „Sollte eine Stiftung eingerichtet werden?“, sondern: Wie soll die Stiftung aussehen, und was finanziert sie? Insofern: Mit der Stiftung alleine ist noch nicht viel gewonnen, sondern man müsste definieren und festlegen, was die Stiftung dann leisten soll, ob sie selber aktiv wird oder nur Initiativen unterstützt, wie

es jetzt bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur der Fall ist.

Zum ersten Teil der Frage: Ich halte es für selbstverständlich, dass sich Initiativen, die sich „zivilgesellschaftlich“ nennen, auch zur Verfassung bekennen. Ich weiß nicht, wo das Problem ist. Das einzige Problem, das ich ähnlich wie Richard Stöss sehe, ist, dass Initiativen auch noch Kooperationspartner kontrollieren sollen. Da bin ich anderer Meinung. Aber dass eine Initiative, die Gelder beantragt, auch sagt: „Ich stehe zur Verfassung“, ist doch selbstverständlich.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weitere Fragen oder Anmerkungen von der SPD-Fraktion? - Frau Dr. Högl.

Dr. Eva Högl (SPD): Ich würde gerne noch einen anderen Komplex ansprechen. Sie haben sich ja, wenn ich das so sagen darf, alle drei durchaus kritisch zum Wirken des Verfassungsschutzes geäußert, aus unterschiedlicher Perspektive. Beim nächsten Mal, nächste Woche Donnerstag, werden wir hier über die Architektur der Sicherheitsbehörden sprechen und dann insbesondere diesen Punkt unter die Lupe nehmen: Wie wirkte - ich habe das ja eben schon gefragt - der Verfassungsschutz, wie ist die Rolle der V-Leute?

Zum Schluss möchte ich Sie kurz fragen - auch das natürlich leider nur in der gebotenen Kürze -: Was wären denn für Sie die Toppunkte, bei denen Sie sagen würden: Da hätte sich der Verfassungsschutz besser aufstellen müssen, bzw. da muss er sich in der Zukunft besser aufstellen? Sie dürfen gerne auch eine Bemerkung zu V-Leuten machen, oder Sie sagen das, was Ihnen in der Kürze der Zeit sonst so einfällt. Was wäre Ihrer Kenntnis nach im Hinblick auf den Rechtsextremismus - als Experten zu diesem Thema sind Sie eingeladen - wichtig gewesen, und was wäre für die Zukunft wichtig? - Danke schön.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wer fängt an? - Herr Professor Stöss.

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Ich habe mich ja nur insofern kritisch geäußert, als ich gefragt habe: Wie machen die eigentlich ihre Gefährdungsanalysen? Was berücksichtigen die eigentlich dabei? Aus der sozialwissenschaftlichen Perspektive war ja die Idee, mit dem Ansatz der Gele-

genheitsstrukturen zu arbeiten. Da kann man eigentlich immer nur sehen: Entwickeln sich bestimmte Bedingungen in eine Richtung, die dann - in dem Fall: den Verfassungsschützern - einen Hinweis geben, dass da jetzt genau nachgeschaut werden muss? Für Sie wäre, wenn Sie entsprechende Anhörungen machen, natürlich die spannende Frage: Wie machen die denn wirklich ihre Gefährdungsanalyse? Haben die denn auch auf diese Entwicklungen - Abnahme des Personenpotenzials, aber Radikalisierung - geachtet? Haben die daraus Schlussfolgerungen gezogen? Das wäre eigentlich eher ein Hinweis, bei der Anfertigung von Gefährdungsanalysen auch genau solche Entwicklungen mit einzubeziehen, ohne dass es - das ist ja der entscheidende Punkt - einen konkreten Anhaltspunkt dafür gibt, dass sich irgendwo terroristisch etwas tut. Vielmehr kann man einfach sagen: Die Wahrscheinlichkeit, dass da etwas passiert, ist groß, und deswegen müssen wir sehr genau hingucken.

Ein Problem, von dem ich immer wieder höre, wenn ich auf Veranstaltungen entweder mit Staatsschützern oder mit Verfassungsschützern arbeite, ist natürlich, dass sie nebeneinander arbeiten. Das ist aufgrund des Trennungsgebotes auch erst einmal notwendig. Aber ich frage mich trotzdem immer: Gibt es nicht auch bei Aufrechterhaltung des Trennungsgebotes Möglichkeiten, dass mehr kooperiert wird, dass man sich mehr abspricht, dass man sich rechtzeitig informiert? Durch das, was der Bundesinnenminister in einem einzelnen Fall bei einem Projekt gemacht hat, wird ja deutlich, dass da bei der Entwicklung einer Datenbank oder Ähnlichem zusammengearbeitet wird. Ich könnte mir vorstellen, dass es auch andere Möglichkeiten gäbe, dafür zu sorgen, dass diese beiden Quellen kooperativer miteinander umgehen. Teilweise hat man - das gilt jedenfalls für mich - das Gefühl: Das ist auch ein Konkurrenzverhältnis.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Professor Schroeder.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Das Versagen ist ja offensichtlich; das muss man nicht thematisieren. Ich kann Ihnen nur raten, dass Sie eine Fehleranalyse anfordern, dass noch einmal genau und haarklein rekonstruiert wird, an welchen Punkten man einen falschen Pfad gewählt oder einen anderen Pfad nicht beachtet hat.

Dann müssen die Instrumentarien kritisch hinterfragt werden, von den V-Leuten bis sonst wo, und die Arbeit muss aus meiner Sicht neu aufgestellt werden. Wenn sie weiter so dilettantisch ist, dass Journalisten mehr wissen als der Verfassungsschutz, stellt sich die Existenzfrage, jedenfalls auf diesem Gebiet.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Frau Röpke sagt uns gleich, dass sie den Beruf wechselt

(Sachverständige Andrea Röpke:
Auf keinen Fall!)

und künftig Präsidentin des Landesamtes für Verfassungsschutz in Thüringen oder so wird.

(Vereinzelt Heiterkeit - Sachverständige Andrea Röpke: Völlig utopisch!)

Frau Röpke.

Sachverständige Andrea Röpke: Ich habe folgende Erfahrung gemacht: Ich hatte kürzlich bei einer Präventionsveranstaltung mit Richtern und Staatsanwälten aus Thüringen zu tun - gar nicht einmal nur aus dem politischen Spektrum -, von denen mir mehrere sagten, sie hätten bei Verfahren gegen Neonazis in Thüringen mehrfach beim Landesamt für Verfassungsschutz um Hilfe ersucht. Ich war völlig überrascht, wie wütend und schockiert die Juristen waren. Sie haben wirklich immer wieder angefragt. Sie haben gesagt: Das sind politische Prozesse. Wir müssen Kenntnisse über die Hintergründe haben. - Tatsächlich war es so, dass dann die Lokaljournalisten mit Zeitungsberichten ausgeholfen haben, weil sie da keine Unterstützung erfahren haben. Das sei nur einmal kurz angesprochen.

Ich stimme Herrn Schroeder absolut zu, dass man wirklich detailliert aufklären muss: Welche Pannen sind konkret passiert? In Thüringen und Sachsen war sicherlich auch die Polizei involviert. Aber je intensiver man sich damit auseinandersetzt, desto deutlicher wird: Das Thüringer Netzwerk - das Trio und später das Netzwerk - ist von diversen V-Leuten umzingelt gewesen. Sie waren immer wieder in ihrer unmittelbaren Nähe. Es sind Asservate gefunden worden, die unmittelbar Aufschluss über weitere Namen oder Hinweise auf weitere Personen gegeben haben, die dann direkt wieder frequentiert wurden.

Im Nachhinein ist wirklich nicht nachvollziehbar, warum sie nicht auffindbar gewesen sein sollen.

Ich denke, dafür muss Verantwortung übernommen werden. Das kann man nicht einfach in einem Statement, in einer Pressemitteilung kundtun und sagen: Das tut uns natürlich leid. - Ich finde, wir alle, wir als Journalisten und Sie als Politiker, müssen Verantwortung übernehmen. Die Zuständigen in den Behörden müssen ganz klar und Punkt für Punkt Verantwortung übernehmen. Ich denke, damit muss man sich wirklich - da stimme ich Ihnen zu - sehr detailliert auseinandersetzen.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Weitere Fragen von der SPD-Fraktion? - Das ist nicht der Fall. Dann darf ich die FDP fragen, ob Fragebedarf besteht. Herr Wolff.

Hartfrid Wolff (Rems-Murr) (FDP): Zunächst noch eine abschließende Frage zu dem Komplex, den ich vorhin schon angesprochen habe, und zwar an Sie, Herr Professor Schroeder. Mich würde interessieren: Es geht ja auch um die Finanzierung der NPD. Vorhin ging es ja schon um die Finanzierung im Allgemeinen; meine Frage bezieht sich jetzt auf die Finanzierung der Partei. Es gibt ja durchaus Gerüchte - es sind nicht nur Gerüchte, sondern es scheint sich tatsächlich so darzustellen -, dass die Partei immer mehr Geldsorgen bekommt, dass jetzt wohl auch seitens des Deutschen Bundestages die Parteienfinanzierung angehalten wurde. Wie würde es sich gerade an dieser Stelle auswirken, wenn quasi eine Pleite der NPD zu „befürchten“ - in Anführungszeichen - bzw. vielleicht sogar zu erhoffen wäre?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Pleitegehen wird die Partei sicherlich nicht, sondern sie wird noch Geldquellen aufreißen. Sie können also nicht darauf setzen, dass sie pleitegeht und deshalb verschwindet.

Ich halte den Gedanken, dass der einzelne Bürger diese Partei mit seinen Steuerzahlungen finanziert, in der Tat für unerträglich. Wenn es - ich kenne mich da nicht aus, vielleicht aber die Juristen - unterhalb der Ebene des Verbotes möglich wäre, dafür zu sorgen, dass diese Partei nicht mehr finanziert wird, würde ich es sehr begrüßen, wenn dieser Weg beschritten würde.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN): Das wird nicht
gehen!)

Vorsitzender Sebastian Edathy: Herr Kurth.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank. - Herr Stöss, Sie haben richtigerweise die Pathologie in den westlichen Industriegesellschaften benannt und darauf hingewiesen, dass der Rechtsextremismus gewissermaßen ein Krankheitsphänomen in den westlichen Industrienationen sein könne. Im Jahr 2000 haben Sie aber auch geschrieben, dass beispielsweise Niedriglohn oder geringe formale Bildung in Bezug auf Rechtsextremismus nicht unbedingt ausschlaggebend sind, sondern dass mehrere Phänomene eine Rolle spielen, Stichwort: Kontakthypothese usw. usf. Mir geht es jetzt um die wirtschaftliche Deprivation; das will ich vorausschicken.

Sie haben auch geschrieben, dass rechtsextremistisches Wählerpotenzial insbesondere dort vorhanden sei, wo Arbeitsplätze bedroht bzw. sehr unsicher seien, und dass dort die entsprechenden Aspekte sehr stark hervorgehoben würden. Da ich gerade über die wirtschaftliche Deprivation spreche, möchte ich Herrn Schroeder fragen: Inwieweit kann es auch Prävention sein, mit entsprechenden Maßnahmen im wirtschaftlichen Bereich oder Ähnliches Regionen zu stabilisieren? Spielt es in der Wissenschaft eine Rolle, wie sich die wirtschaftliche Situation auswirken kann?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Sicherlich wird jeder davon ausgehen, dass das auf den sozialen Zusammenhalt stabilisierend wirkt und auch eine gewisse Barriere darstellt. Aber man sollte nicht meinen, dass da, wo Vollbeschäftigung herrscht, so etwas nicht möglich ist. Dieser Umkehrschluss ist nicht richtig, sondern diese Einstellung kann in der Tat aus anderen Gründen entstehen. Man kann sie da, wo die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist, vielleicht ein bisschen eindämmen; aber das ist kein Allheilmittel. Das Allheilmittel ist die argumentative Stärkung der Demokratie und der Zivilgesellschaft gegen ihre Feinde. Das andere kann flankierend wirken, jedenfalls in den Regionen, wo das Problem der Arbeitslosigkeit sehr groß ist.

Sie können die NPD-Wahlergebnisse im Übrigen auch in Korrelation zur Arbeitslosenrate setzen. Da gibt es keinen direkten Zusammenhang. Es gibt einen; aber es ist nicht immer so, dass dort, wo die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist, auch die NPD sehr stark ist. Es sind, wie Richard Stöss sagte, immer mehrere Variablen, die wirken, und mehrere Faktoren. Das auf einen direkten Zusammenhang zweier Variablen zu reduzieren, wäre zu einfach.

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Darf ich da etwas ergänzen?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Ja.

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Da wir jetzt über Korrelationskoeffizienten usw. reden: Es ist schon so, dass es positive Zusammenhänge gibt, beispielsweise zwischen der Sympathie für rechtsextreme Parteien und ökonomischen und sozialen Problemen. Aber das erklärt nicht alles. Nehmen Sie einmal Baden-Württemberg: 1992 und 1996 sind die Republikaner jeweils mit 10 Prozent in den Landtag eingerückt. Sie haben gerade nicht in den Gegenden profitiert, von denen man sagen könnte, dass es da vergleichsweise viele ökonomische Probleme gibt - in dem Bundesland gibt es ja überhaupt nicht viel Arbeitslosigkeit -, sondern beispielsweise eher da, wo bei Winzern die gefühlte Bedrohung vorhanden war, dass sozusagen über europäische Kanäle billiger Wein aus Tunesien nach Baden-Württemberg kommt. Diese gefühlte Bedrohung war ein wichtiges Motiv.

Sie finden Rechtsextremismus in Europa auch in Gebieten, die ausgesprochen stark prosperieren. Nehmen Sie einmal Belgien: Da ist der Rechtsextremismus nicht etwa in der Wallonie hoch, wo es wirklich ökonomische Probleme gibt, sondern in Flandern. Es herrscht auch Angst davor, durch Umverteilung Privilegien zu verlieren, in Italien etwa durch eine Umverteilung von Norden nach Süden. Wohlhabende und die Mittelschicht haben Ängste davor, Privilegien zu verlieren und an Umverteilungsprozessen zugunsten der vermeintlich faulen Bewohner der Wallonie bzw. Süditaliens teilzunehmen.

Im Einzelnen ist das unheimlich kompliziert. Deswegen sage ich ja immer: Das Primäre sind die Mentalitäten, die Persönlichkeitseigenschaften, und davon hängt ab, wie

man eine bestimmte wirtschaftliche und soziale Situation verarbeitet. Man kann Arbeitslosigkeit auch dadurch verarbeiten, dass man zu den Gewerkschaften geht.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich weiß natürlich, dass das miteinander korreliert. Ich will aber einmal einzelne Dinge abfragen, um zu verstehen, welche entsprechenden Schlüsse wir daraus ziehen können.

Ein weiteres Feld - es ist vorhin schon einmal angesprochen worden - ist der Autoritarismus. Es gibt eine Studie aus dem Jahr 2000 aus dem Land Thüringen, in der untersucht worden ist: Wie autoritär sind eigentlich die Thüringer? Dazu wurden entsprechende Fragen gestellt. Bei denjenigen, die die Mehrheit der Fragen „autoritätsmäßig“ beantwortet haben, wurde daraus eine entsprechende Autorität abgeleitet. Immerhin 30 Prozent der Leute haben zum Beispiel an der DDR mehr gute als schlechte Seiten gesehen. Entsprechend hätte das ja dann heißen müssen, dass die Autorität sozusagen autoritär auf den Rechtsextremismus übertragbar wäre. Das geht aber nicht; das ist ja auch so nicht messbar. Die Frage, die ich daraus ableite, ist allerdings: Kann es sein, dass der Autoritarismus und die entsprechenden Meinungen an Bedeutung verlieren, je länger die DDR und die Wende Vergangenheit sind? Ist das messbar? Haben Sie da Kenntnisse? Oder ist so etwas nicht messbar, Herr Schroeder?

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Wir haben uns diese Frage für Berlin bzw. Berlin/Brandenburg auch immer gestellt. Es ist ja die Untersuchung von Karl Schmitt, die Sie jetzt ansprechen. Was man damit misst, ist etwas ganz anderes. Man misst damit die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation. Wenn die Leute sagen: „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“, und wenn man sie fragt: „Was meint ihr denn eigentlich?“, dann kommt in der Regel: Sozialpolitik. Dann kommt in der Regel: Arbeitslosigkeit gab es da nicht. Es geht also um Vollbeschäftigung und diese ganzen Geschichten. Das ist eine Rückerinnerung. Man darf daraus nicht schließen - das ist die große Gefahr -, diese Leute hätten eine stärkere Affinität zur DDR oder sie wünschten sich die DDR zurück. Was man damit misst, sind gegenwärtige Unzufriedenheiten. Da muss man sehr genau nachfragen: Was

meint ihr eigentlich? Womit seid ihr denn im Augenblick unzufrieden?

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Ich glaube, sowohl im *Thüringen-Monitor* als auch im *Sachsen-Anhalt-Monitor*, die ja jährlich darüber berichten und das abfragen, lässt sich zeigen, dass das generationsübergreifend so ist. Es wird an die junge Generation weitergegeben. Ich habe die gleiche Einschätzung: Bei der DDR wird getrennt - der Unrechtscharakter wird von dem sozialen Charakter abgetrennt -, und dann wird die DDR positiver bewertet, als sie im Ganzen bewertet worden wäre. Dieses Bild finden wir auch bei der jungen Generation. Es ist bei den Jungen - ich weiß nicht, ob in Thüringen oder in Sachsen-Anhalt - sogar noch ausgeprägter. Sie sind noch positiver, noch mehr pro DDR eingestellt als die ältere Generation; das war in einem der letzten beiden Monitore so. Aber, wie gesagt: Hieraus Rückschlüsse auf das Ganze zu ziehen, halte auch ich für nicht zulässig.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Frau Röpke, Sie haben vorhin - allerdings in einem anderen Zusammenhang - gesagt: Als die kleineren Parteien, Vereinigungen usw. usf. in den 90er-Jahren und Anfang der 2000er-Jahre verboten worden sind, versammelten sich ihre Mitglieder in der NPD. Erst einmal wollte ich fragen, ob ich das richtig verstanden habe.

Sachverständige Andrea Röpke: Ja, das haben Sie richtig verstanden. Es gab eine ganze Reihe von Verboten. Gerade nach dem Pogrom Anfang der 90er-Jahre wurden Kleinstparteien, radikale Kleinstparteien wie die „Nationale Liste“, die „Nationale Offensive“ von Neonazis wie Christian Worch oder auch Thomas Wulff, genannt Steiner, usw. verboten. Dann sind die Kameradschaftsstrukturen, diese scheinbar führerlosen Zirkelstrukturen, entstanden. Man wollte Verboten in Zukunft vorbeugen. Später hat sich dann natürlich auch die NPD ganz bewusst als Auffangbecken für dieses Potenzial angeboten; das hat Herr Stöss ja auch schon ausgeführt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wenn ich eine Nachfrage stellen darf?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Eine kurze Nachfrage.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Ich stelle die Frage deshalb, weil Sie, Herr Stöss, auf Seite 9 schreiben - das haben Sie auch vorhin gesagt -, dass sich die NPD in den 90er-Jahren stark gewandelt hat, just in diesem Zeitraum. Kann man da Verbindungen herstellen? Sind das Entwicklungen, die aufeinander aufbauen, also die Verbote der Kleinstparteien und die Änderung der NPD im Außenbild?

Sachverständiger Prof. Dr. Richard Stöss: Es besteht ein Zusammenhang. Man muss es so sagen: Als die NPD sozusagen in Mitteldeutschland, wie sie sich verstanden hat, gegründet wurde, war das noch eine Partei, die keine sozialen Themen auf die Tagesordnung gebracht hat, sondern viel stärker in Richtung Wiederherstellung des Deutschen Reichs, Revisionismuskampagne, Leugnung der Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg und, und, und in Ostdeutschland orientiert war. Damit hat sie keinen Erfolg gehabt.

Von diesen neonazistischen Initiativen, die dann verboten worden sind, haben sie gelernt, dass die soziale Frage in Ostdeutschland ganz wichtig ist. In dem Maße, wie sie gelernt haben, dass ihre eigene Strategie wenig erfolgreich ist, und wie sie gesehen haben, dass die Neonazis gerade an junge Leute herankommen, ist dieses Thema - allerdings erst, als Voigt Parteivorsitzender geworden ist; sein Vorgänger hat sich stramm geweigert, die soziale Komponente mit aufzunehmen - aufgenommen worden. Aber als Voigt dann Parteivorsitzender wurde - wenn ich es richtig weiß, im März 1996 -, ist dieser Wandel geschehen, explizit auch mit Blick auf genau diese Adressatengruppe, die verbotenen neonazistischen Organisationen, damit sie in der Partei mitarbeiten können oder doch wenigstens als Vorfeldorganisationen oder im Vorfeld der Partei wirken können. Es besteht da also ein deutlicher Zusammenhang. Vor allen Dingen - auch das muss man einmal sehen - hat die NPD vieles von dem übernommen, was die verbotenen neonazistischen Organisationen damals gekennzeichnet hat.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. - Dann wechselt das Fragerecht jetzt zur Linksfraktion. Frau Pau, bitte.

Petra Pau (DIE LINKE): Ich habe noch Fragen zu zwei Komplexen. Ich möchte Ihr Detailwissen, Frau Röpke, unserem Erfahrungsschatz ein wenig hinzufügen. Sie haben vorhin gesagt, es ging das Gerücht herum, dass die drei in Richtung Südafrika abgetaucht sind, und das sei - ich sage es jetzt mit meinen Worten - durchaus erst einmal eine Weile plausibel gewesen. Warum war das aus Ihrer Sicht durchaus denkbar? Oder - anders herum -: Wissen Sie etwas und können Sie uns etwas sagen über Beziehungen von thüringischen oder anderen Neonazis oder Strukturen zu Personen oder Organisationen in Südafrika und entsprechende Kontakte?

Sachverständige Andrea Röpke: Da gibt es eigentlich zwei markante Personen aus dem Neonazispektrum. Das ist einmal Reinhard Leidenfrost, ein Altnazi, der, mit Flugschein versehen, von Thüringen aus immer wieder nach Südafrika gereist ist. Er hat seinen Wohnsitz in Südafrika, tritt aber bei Demonstrationen von Neonazis auf - ich habe ihn einige Male erlebt - und spielte auch als ideologischer Mentor in der thüringischen Szene über Jahre hinweg eine große Rolle. Das war der eine.

Der andere ist Claus Nordbruch. Claus Nordbruch ist Ideologe und Autor in der Neonaziszene, der im „Nation Europa Verlag“ aus Coburg seine Bücher verfasst. Soweit ich weiß, hat man die Bücher übrigens auch im Umfeld, auch in den Brandresten der Zwickauer Wohnung gefunden. Claus Nordbruch hat immer wieder Neonazis aus Deutschland auf seine Farm fliegen lassen, bzw. sie sind dort hingereist. Sie haben das als „Arbeitseinsätze“ tituliert. Ich meine, es war ja bekannt, dass genau in diesem Zeitraum, 1998, unter anderem auch André Kapke zu so einem Arbeitseinsatz nach Südafrika geflogen ist. Wir wussten das.

Es gibt auch noch andere Zusammenhänge mit Südafrika. Aber gerade Nordbruch und seine Farm wurden immer wieder von Neonazis aufgesucht. Das hat eine Tradition. Es hat in Bayern und bundesweit immer auch eine Altnazistruktur „Südliches Afrika“ gegeben, ein Komitee, das sich übrigens noch vor drei Jahren in Thüringen, in Eisenach, getroffen hat. Da waren wir rein zufällig. War

haben eigentlich eine andere Naziveranstaltung gesucht und haben dort dann diese Südafrika-Anhänger getroffen, auch durchsetzt mit Alt- und Jungnazis. Thüringen hatte also durchaus schon immer traditionelle Verbindungen zu Altnazis bzw. deren Nachfolgern in Südafrika.

Petra Pau (DIE LINKE): Gut. - Dann eine zweite Frage. Auf der letzten Seite Ihrer Ausführungen unter „NSU: Taktik und Strategie“ geben Sie ja den Anstrich: vertraute Szene, Unterstützer in mehreren Bundesländern. Wir werden uns ja nach den Expertenanhörungen tatsächlich mit dem Komplex der Tötungsdelikte beschäftigen und in Nürnberg bzw. in Bayern beginnen. Deshalb würde mich jetzt noch einmal interessieren, welche engeren Verbindungen es aus Ihrer Sicht gibt: sowohl der thüringischen Szene als auch der sächsischen Szene nach Bayern, und zwar in dem Fall insbesondere im Nürnberger Raum und im Münchner Raum.

Sachverständige Andrea Röpke: Wir reden jetzt explizit von Ralf Wohlleben und André Kapke und seinem Umfeld.

Petra Pau (DIE LINKE): Richtig.

Sachverständige Andrea Röpke: Sie haben immer einen engen Kontakt zur verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“ gehabt, sprich zu Matthias Fischer. Ich habe Matthias Fischer bei den „Fest der Völker“-Veranstaltungen immer wieder gesehen; er ist also jedes Mal dagewesen. Es gab auch einen Austausch über Coburg, über Schulungsveranstaltungen.

Man muss wissen, dass Neonazis die Ländergrenzen, die wir als selbstverständlich ansehen, aufweichen. Sie sind für sie nicht selbstverständlich. Sie agieren gerne über Ländergrenzen hinweg, weil sie ganz genau wissen, dass Polizei und Verfassungsschutz dort aufhören und dass sie in den Nachbarländern oft gar nicht wahrgenommen werden. Das heißt, sie arbeiten ganz explizit über Ländergrenzen hinweg, gerade in diesen Räumlichkeiten und Gebieten. Da hat es wirklich über Jahre hinweg einen ganz, ganz engen Austausch gegeben. Die Strukturen sind untereinander aufgebaut worden.

Wir wissen aus der Struktur in Sachsen, in die sie sich begeben haben, dass es auch dort von Unterstützern der Zwickauer Zelle einen Austausch, sogar Schulungsveran-

staltungen in Franken gegeben hat. Es hat engste Verbindungen zwischen Neonazis aus dem „Blood & Honour“-Umfeld bzw. später dem „CC 88“-Umfeld, also der Kameradschaft, die dann folgte, und einen Austausch nach Franken gegeben, und es sind gemeinsame Konzerte veranstaltet worden. In diesem Umfeld war das selbstverständlich.

Ein bisschen erschreckend ist auch: In Franken sind mit dem „Einblick“ - ein bekanntes Organ von Norman Kempken aus dem Umfeld von Matthias Fischer - ja auch die ersten Listen und die ersten Anti-Antifa-Versuche aufgetaucht. Ich weiß, dass dort schon früher fotografiert wurde; wir haben es erlebt. Gerd Ittner, einer der fanatischsten fränkischen Neonazis aus dem Umfeld, ist seitdem verschollen. Er gehört zu dieser Liste von untergetauchten Neonazis. Gerd Ittner war in Thüringen. Er war auch wie selbstverständlich mit dem Umfeld dieser NSU-Leute zusammen. Es gab in diesem militanten Spektrum also wirklich einen regen Austausch.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Gut. - Dann hat das Fragerecht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Wieland.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Röpke, es folgen die letzten Fragen, mit denen ich Sie „anzapfen“ werde. Es soll ein Solidaritätslied auf die drei aus Jena gegeben haben. Haben Sie das einmal gehört, und können Sie uns sagen, wer das wann gesungen hat?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich glaube, Sie meinen das Lied des Duos „Eichenlaub“, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Das ist ein Lied zum Jahrestag des Verschwindens, wenn Sie dieses Lied meinen. Das Markante ist, dass wir das Duo „Eichenlaub“ eigentlich nur als Liedermacherduo direkt aus dem Umfeld von Wohlleben und Kapke kennen, weil der Bruder von André Kapke einer der Liedermacher ist, und die haben dieses Land dann aufgenommen. Ich weiß das eigentlich nur von unseren Musikexperten, also von den Leuten, die sich als Journalisten sehr intensiv diesem Thema widmen. Sie sind mir dann auch nicht wieder untergekommen, weil sich der Bruder von André Kapke - ebenso wie sein Vater, der, glaube ich, auch eher sozialdemokratisch denkt - mittlerweile nicht mehr direkt zur Szene zählt, zumindest damit ko-

kettiert. Ich weiß aber, dass dieses Lied nach dem Verschwinden, nach dem Abtauchen kursierte.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wissen Sie auch, ob es auf Demonstrationen gesungen wurde, also regelrecht in der Öffentlichkeit?

Sachverständige Andrea Röpke: Ja, es ist gespielt worden. Es ist auf Konzerten irgendwo gespielt worden. Aber ich weiß es gerade nicht. Bei „Gigi & den Stadtmusikanten“ weiß ich, dass sie auf einem der „Fest der Völker“ aufgetreten sind. Das ist die Band, die den „Döner-Killer“-Song gemacht hat. Aber bei dem „Eichenlaub“ weiß ich es nicht. Die haben, glaube ich, nur auf internen Veranstaltungen in Thüringen gespielt.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Wissen Sie, ob es davon Aufnahmen gibt, wenn ich fragen darf?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich glaube, die Kollegen haben Aufnahmen. Da bin ich gerade ein bisschen überfragt, ehrlich gesagt.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem müssen wir nachgehen. Ich meine, sie schon gehört zu haben. Das können wir gerne recherchieren. Ich meine, das ist ja unser allgemeines Rätsel. Die Szene war solidarisch, hat gesammelt. Das waren ihre Helden.

Dann - das haben Sie uns geschildert - gab es irgendwann einmal die Parole „Klappe halten, keiner weiß was, keiner sagt was“ - von mir aus -, aber dass sie dann völlig vom Radarschirm verschwinden. Bei unseren Sicherheitsorganen werden wir es noch untersuchen. Sie selber sind eine rühmliche Ausnahme. Das hat Herr Binninger herausgearbeitet. Sie hatten Frau Zschäpe wenigstens noch auf dem Schirm. Man fragt sich doch, meine Güte, die müssen doch beim Einkaufen auf dem Wochenmarkt oder sonst wo ihrer Szene über den Weg gelaufen sein über die vielen Jahre. Die Frau Zschäpe hat relativ offen da gelebt. Aber es ist doch auch nicht vorstellbar, dass die beiden Männer nun immer in ihrer Wohnung waren oder in ihrem Wohnmobil. Das ist das, was mich bei unseren Nachrichtendiensten - die hatten

wir noch nicht - möglicherweise entsetzt wird, dass die da nichts festgestellt haben.

Letztlich habe ich aber auch zur Antifa-Szene [sic!] eine Frage. Das war nicht irgendjemand. Die hatten in der Szene so eine Art Heiligenschein, denn sie waren immerhin in den Untergrund gegangen. Dann hat man irgendwann auch einmal herausgekriegt, dass sie nicht in Südafrika waren, sondern dass sie ganz um die Ecke waren. Aber es gibt keine Spuren, jedenfalls sind sie für uns nicht sichtbar. Gibt es dafür eine Erklärung, oder ist das auch Ihr Rätsel?

Sachverständige Andrea Röpke: Das muss ich vielleicht ein bisschen korrigieren, oder ich habe es falsch rübergebracht. In Jena, in dem alten „Winzer-Clan“, in dem Winzerla-Gebiet, also dem Stadtgebiet mit dieser alten Clique, haben wir Gespräche geführt. Da wusste man, dass sie im Raum Chemnitz sind. Es war einfach bekannt. Man muss auch wissen, dass zum Beispiel Uwe Böhnhardt auch nach seinem Abtauchen im Jahr 1998 im Jahr 1999 mehrfach bei Konzerten in Thüringen gesehen worden ist. Das ist 1999 der Polizei auch mitgeteilt worden. Auch bei Beate Zschäpe ist davon auszugehen, dass sie durchaus immer wieder auch in Thüringen war. Es ist nicht so, dass die völlig verschwunden sind. Als Entschuldigung für die zivilgesellschaftlichen Gruppen in Sachsen, glaube ich, muss man unterscheiden: In Jena hat man es mit einer sehr jungen radikalisierten Szene zu tun gehabt, während man in Chemnitz natürlich bei den „Blood & Honour“-Strukturen auf sehr gesetzte radikale ältere Strukturen zurückgreifen konnte. Das waren Profis. Sie waren seit 2000 gewohnt, mit dem Verbot zu leben. Das Verbot von „Blood & Honour“ ging einher mit dem Abtauchen. Das heißt, da hat man natürlich eine ganz andere Arbeit angewandt als im Rückblick auf Jena.

Ich glaube auch, dass man zur Entschuldigung sagen muss, dass sie dann nach Zwickau gegangen sind. Man muss zum Erzgebirge ganz offen sagen: Wir hatten immer Hinweise auf Wehrsportübungen und Waffen im Erzgebirge, in Aue-Schwarzenberg. Wir wussten, dass in bestimmten Gruben etwas stattfindet. Das ist aber eine Gegend, aus der wenig zurückkommt, aus der man wenig erfährt, aus der wenig durchsickert, und gerade Zwickau ist natürlich auch ein Problem gewesen. Dass man da wenig Feedback hatte, wird ganz offen. Auch

die engagierten Politiker und die engagierten Leute vor Ort sagen, dass dort viel zu wenig Strukturen existieren, denen das hätte auffallen können.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine ganz andere Frage: Die Band „Noie Werte“, die die Hintergrundmusik für zwei dieser DVDs geliefert hat, wurde verboten, so wurde uns auf Nachfrage gesagt.

Sachverständige Andrea Röpke: Die Band?

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, die Band.

Sachverständige Andrea Röpke: Nein, die haben sich aufgelöst.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Damit sind aber die Menschen nicht aufgelöst. Wenn man eine Band auflöst, existieren die Menschen ja noch weiter.

Sachverständige Andrea Röpke: Ja natürlich, klar.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist wie bei einer Partei. - Gibt es Hinweise darauf, ob die in anderer Formation weitermachen? Hatten die auch Auftritte im Raum Sachsen/Thüringen?

Sachverständige Andrea Röpke: Bei „Noie Werte“ ist es spannend, dass Steffen Hammer und seine Mitstreiter in der Band das Label „Deutsch-Britische Freundschaft“ gegründet haben und damit eigentlich zum Aushängeschild geworden sind. Sie haben damit die Division „Blood & Honour“ in Deutschland eröffnet. Das heißt, „Noie Werte“ kann man eigentlich als Anfangsstruktur von „Blood & Honour“ in Deutschland bezeichnen. Zumindest ist es eine Anfangsumfeldstruktur von „Blood & Honour“. Ich muss es immer ganz vorsichtig formulieren. Markant ist - da schließt sich wieder der Kreis -, dass „Noie Werte“ zwei Rechtsanwälte aus Baden-Württemberg sind. Gerade aus der Kanzlei eines der Anwälte kommt eben auch die Verteidigerin von Rolf Wohlleben, Nicole Schneiders. Es sind Bekanntschaften, es sind wieder Strukturen, die zum Nachdenken Anlass geben. „Noie

Werte“ ist, wie gesagt, nicht nur mit einem Lied, sondern mit zwei Liedern auf den Bekenner-DVDs vertreten. Es ist sicher auch ein Signal von den NSU-Leuten an die eigene Szene.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Zeit ist um?

Vorsitzender Sebastian Edathy: Ja, aber wir machen noch eine weitere Runde. Zumindest die FDP hat Interesse signalisiert. Ich darf kurz die Union fragen. - Nein, aber Herr Kurth wollte noch. Einen Moment, ich muss noch kurz fragen: Hat die SPD noch Bedarf? - Nein. Dann Herr Kurth bitte.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Herzlichen Dank auch für das Verständnis. Ein paar Fragen habe ich noch, von denen es mir wichtig ist, dass sie im Protokoll vermerkt sind.

Frau Röpke, zum „Thüringer Heimatschutz“: In der Hochzeit, also in dem fraglichen Zeitraum, über den wir sprechen, Ende der 90er-Jahre, Anfang 2000, hatte der „Thüringer Heimatschutz“ circa 160 Mitglieder. Er war in fünf von 23 Landkreisen in Thüringen vertreten. Manfred Klink, der Abteilungsleiter vom Staatsschutz im BKA, erklärte damals, es handle sich um überwiegend lose Cliquen. Das ist der Zeitraum, um den es auch geht, als das Trio aus dieser Nähe kam.

Erstens. Trifft diese Einschätzung, die ich gerade gegeben habe, für diesen Zeitraum zu? Die zweite Frage: Wie hat es sich seitdem bis heute beim „Thüringer Heimatschutz“ entwickelt?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich habe es vorhin schon gesagt: Ich halte den „Thüringer Heimatschutz“ für sehr straff und gut organisiert. Sie hatten Schulungen, sie hatten ein reichhaltiges Angebot, und sie haben sehr junge Leute rekrutiert und sie in ihre Strukturen eingebunden, aber auch immer versetzt mit einem Freizeitangebot. Es waren sehr knallharte politische Agitationen, kombiniert mit einer Erlebniswelt. Es sind viele heutige Neonaziführer aus den Strukturen des „Thüringer Heimatschutzes“ hervorgegangen. Man muss sagen, der „Thüringer Heimatschutz“ ist seit 2001 inaktiv, nachdem Tino Brandt als V-Mann geoutet wurde bzw. dann später Thomas Diemel. Danach hat sich dieses Becken aufgelöst.

Das ist aber nicht verwunderlich. Gerade die Kameradschaftsszene, die „Freien Kräfte“ und die „Freien Nationalisten“ nennen sich heute „Freies Netz“. Morgen werden sie wieder in „Aktionsbüro“ oder wie auch immer umbenannt. Die Strukturen haben sich neu formiert, aber die Protagonisten, die Akteure sind natürlich aktiv geblieben.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dann helfen Sie mir bitte einmal weiter. Ich habe eine Verständnisfrage. Sie sagten vorhin, wenn ich es richtig verstanden habe, dass bei „Blood & Honour“ auch NSU-Mitglieder aktiv waren.

Sachverständige Andrea Röpke: Nein, erst einmal würde ich bei der NSU nie von „Mitgliedern“ sprechen. Aus juristischen Gründen müsste ich dann einen Mitgliedsausweis zeigen, wenn mich jemand verklagt.

Beim potenziellen unmittelbaren NSU-Unterstützerumfeld gab es vor dem Verbot Leute aus der Sektion Sachsen von „Blood & Honour“, was jetzt auch die Hausdurchsuchungen und die Ermittlungen der Polizei bestätigen. Das Trio hat von Jena aus schon seit Mitte der 90er-Jahre Kontakte zum „Blood & Honour“-Umfeld in Thüringen mit Schwerpunkt in Gera und eben auch vor dem Abtauchen nach Chemnitz gehabt. Die drei in Jena hatten schon Kontakte zu „Blood & Honour“. Sie waren, wie gesagt, in beiden Bundesländern. Vom Verfassungsschutz wird, wie es jetzt scheint, sogar eingeräumt, dass sie eben direkt dazugehörten. Da müssen wir uns immer sehr vorsichtig ausdrücken. Wie gesagt, nach dem Abtauchen 1998 wurden die Kontakte zu „Blood & Honour“ in Sachsen fortgesetzt.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dann eine Nachfrage nur zum Verständnis: Laut Verfassungsschutzbericht wurde „Blood & Honour Division Deutschland“ 1997 gegründet. Ist das das Gleiche, von dem Sie sprechen?

Sachverständige Andrea Röpke: Nein, die wurde 1994 offiziell gegründet.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):
In Thüringen aber 1997!)

In Thüringen ist es die „White Youth“, die ist mit verboten worden. Die „White Youth“ ist die Jugendorganisation von „Blood & Honour“, die zur Rekrutierung des Nach-

wuchses diene. Die ist in Gera ansässig gewesen, und ich vermute auch, dass genau die die Ansprechpartner für das Trio in Thüringen waren.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Dann habe ich noch eine andere Nachfrage: Sie sprachen gerade Thomas Dienel und Tino Brandt an. Sie wurden beide im Jahr 2000 durch den Verfassungsschutz abgeschaltet. Wurden sie auch wieder sozusagen in Betrieb genommen? Ist Ihnen davon etwas bekannt, nach 2000 oder 2001?

Sachverständige Andrea Röpke: Bei Tino Brandt ist es ein bisschen merkwürdig, dass er immer noch in Rudolstadt bzw. in der Nähe von Rudolstadt wohnt. Er sagt selber, wie ich kürzlich in einem Interview gelesen habe, er sei immer noch ein Rechter.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Nein, ich meine, ob er wieder für den Verfassungsschutz tätig ist.

Sachverständige Andrea Röpke: Entschuldigung, ich habe verstanden, ob er szenemäßig wieder tätig ist. Nein, darauf habe ich keine Hinweise. Das ist, glaube ich, auch nicht interessant für Sie. Sie haben nicht mehr die Positionen, in denen sie so spannend sind. Das wäre noch mehr hinausgeworfenes Geld.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das thüringische Innenministerium hat im Mai 2001 mitgeteilt, dass keine V-Männer mehr in Spitzenpositionen bei der NPD sind. Tino Brandt hat zehn Tage später genau das behauptet. Jetzt meine Frage, weil Sie vorhin den Namen Manfred Reich erwähnten: Sie sagten, er sei seit mindestens 2003 V-Mann gewesen.

Sachverständige Andrea Röpke: Er war es über viele Jahre hinweg. In dem Zeitraum habe ich mit ihm gesprochen, weil er auf das Landesamt für Verfassungsschutz sauer war. Wir sind sonst nicht selbstverständlich Ansprechpartner für so jemand. Er wollte an die Öffentlichkeit gehen, weil ihm das Landesamt für Verfassungsschutz im Vorfeld angeboten hatte, dass er außer Landes geschafft würde, wenn er durch die Organisation gehen würde. Er wollte einfach Thüringen verlassen. Darüber war er frustriert und sauer und

hat mit mir Kontakt aufgenommen, um mit seinem Unmut an die Öffentlichkeit zu gehen. Das war der Zeitraum.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das heißt, er ist jetzt nicht mehr als V-Mann aktiv.

Sachverständige Andrea Röpke: Nein, er ist auch tatsächlich im Ausland. Ich glaube, er ist privat dort hingegangen.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Eine letzte Frage: Sagt Ihnen der Diebstahl von Computern im Innenministerium 1997 etwas? Sie können auch Nein sagen. Damit habe ich kein Problem.

Sachverständige Andrea Röpke: Das sagt mir im Zusammenhang mit Thomas Dienel etwas. Darauf wollen Sie hinaus.

Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es geht darum, dass die Daten später wieder aufgetaucht sind und gemutmaßt oder gestreut wurde, dass die rechtsextreme Szene diese VS-Daten hätte. Haben Sie darüber etwas recherchiert, gehört oder wie auch immer?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich kenne den Fall. Nein, ich weiß, dass das im Zusammenhang mit dem Abgang von Herrn Roewer, dem Chef des Verfassungsschutzes in Thüringen, und mit dem Outing von V-Mann Thomas Dienel zusammenhing.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Vielen Dank. Darf ich dann fragen, ob die Linksfraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch Fragen haben? - Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich fest, dass wir am Ende der Befragung der Sachverständigen angekommen sind. Ich darf mich bei Herrn Professor Schroeder, Herrn Professor Stöss und insbesondere auch bei Frau Röpke sehr herzlich bedanken

(Beifall)

für die Zeit, die sie uns zur Verfügung gestanden haben. Es war, denke ich, eine sehr hilfreiche Sachverständigenanhörung.

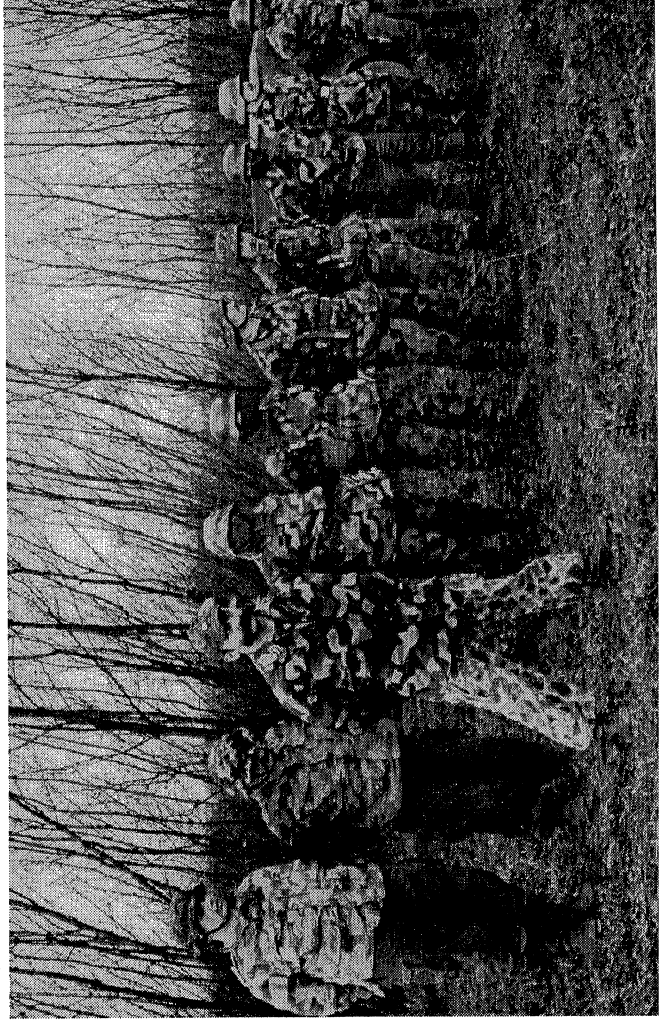
Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung des Untersuchungsausschusses wird einberufen für Donnerstag, den 29. März 2012, um 9.00 Uhr in diesem Saal.

Vielen Dank und noch einen schönen
Tag!

(Schluss: 16.03 Uhr)

Ein Klima der Angst schaffen – Rechter Terror nach 1945

- 1972: Europäische Befreiungsfront plant Anschläge
- 1977: Überfälle auf Banken und Nato-Soldaten zur Waffenbeschaffung
- 1978: Kommando 88 in Hanau mit Todesliste. Waffen u. Sprengstoff bei diversen Wehrsportgruppen gefunden
- 1980: Deutsche Aktionsgruppen, Manfred Roeder, 2 Tote, Anschläge
- 1980: Umfeld WSG Hoffmann: Oktoberfest-Attentat, 13 Tote, Ermordung des jüdischen Verlegers Shlomo Levin und Frieda Pöschke



Ein Klima der Angst schaffen – Die 90er Jahre

1991: Pogromstimmung in Hoyerswerda

1992: Rostock-Lichtenhagen, tagelang Brandstiftung und Belagerung

„Grillfest in Rostock“

1992: Mölln, 3 Tote

1993: Solingen, 5 Tote

1997: Lübeck: Neonazi Kay Diesner erschießt einen Polizisten und verletzt einen Buchhändler schwer

1999: Hetzjagd in Guben

Seit der Wende: Über 150 Tote rechter Gewalt – Offiziell: 58 Tote

1998: 7600 gewaltbereite Neonazis 2008: 9500 gewaltbereite Neonazis

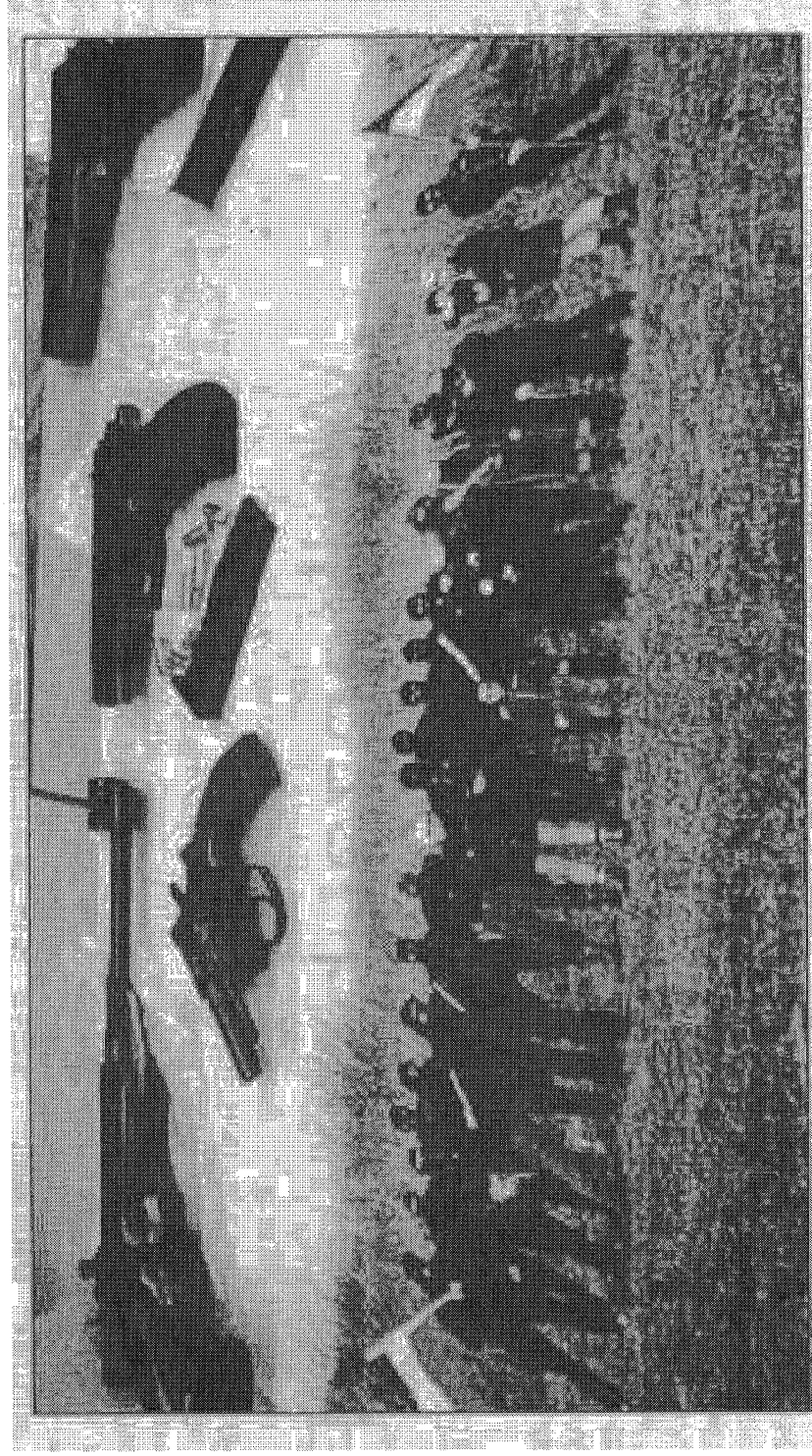
1998: 790 Gewalttaten 2008: über 1000 Gewalttaten

1999-2000: Zeit einer „hochexplosiven Stimmung“

aus: „BfV Spezial: Gefahr eines bewaffneten Kampfes deutscher Rechtsextremisten .. von 1997 bis Mitte 2004“

2000 verdoppeln sich die Funde von Waffen, Munition und Sprengstoff im Vergleich zum Vorjahr, 15 Homepages mit Bombenbauanleitungen

BKA: zw. 1999 und 2002: 178 Funde von Sprengstoff u. Brandvorrichtungen



UND DIE KINDER MITTENDRIN: Funde im schönen Weingart

Strategien der militanten Rechten um 2000:

- Kay Diesner: „Freiheitskampf gegen das System“, Idol, Beachtung
- Nationale Bewegung: Brandanschläge in Brandenburg, 16 Taten, Täter unbekannt, Motiv: „Kampf gegen unarische Überbevölkerung und Kanackenfraß“
- Hamburger Sturm: „Man darf nicht vergessen, dass wir im Krieg sind mit diesem System und da gehen nun mal einige Bullen oder sonstige Feinde drauf.“ - Bildung terroristischer Kleingruppen nach Vorbild von C 18 (Kampfgang. Blood & Honour)

Strategie:

- Werwolfkonzept: „Strategie eines Partisanenkampfes.. eine scheinbar bürgerliche Existenz sollte die Basis bilden, um aus dem Verborgenen heraus operieren zu können. Waffen sollten im Ausland besorgt werden und zellenartige Widerstandsgruppen netzartig die BRD überziehen..“

Fazit des VS 2004: Warnung nur vor „Feierabendterrorismus“ -

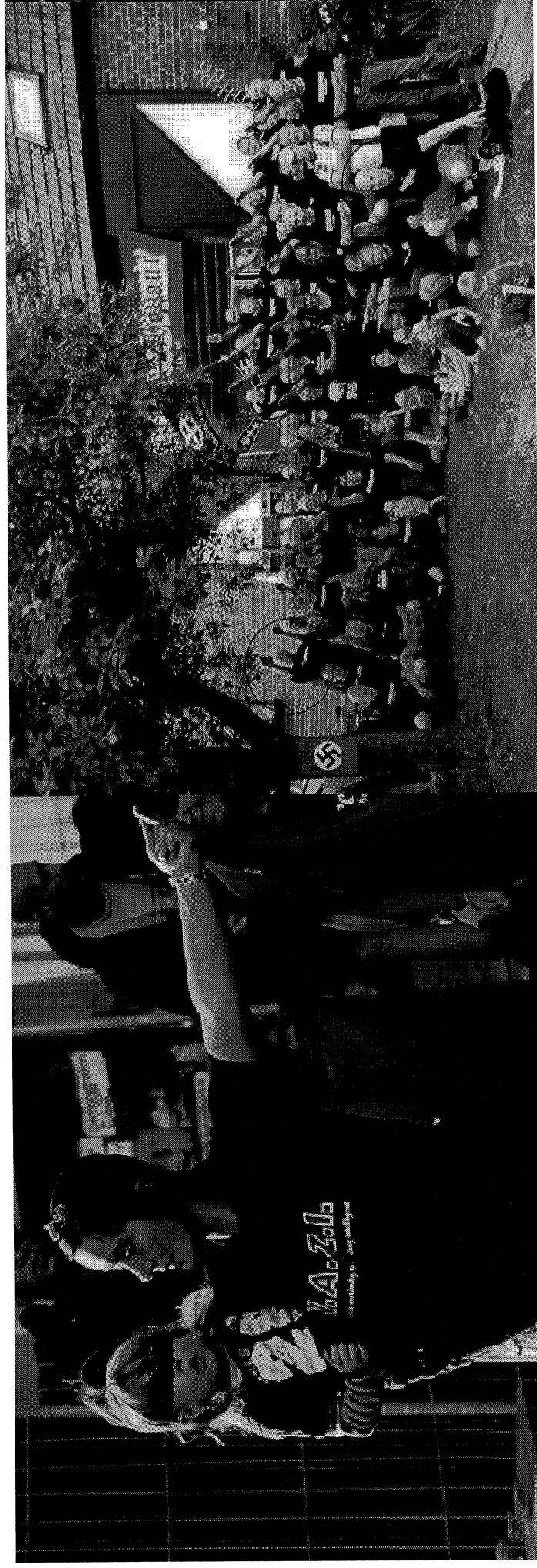
Keine Erwähnung der Organisationen: Blood & Honour und HSN

Blood & Honour-Netzwerk

seit 1994 offiziell in der Bundesrepublik aktiv – 2000 verboten

NSU: Lt. VS seit Mitte der 90er Kontakte zu B&H, insbesondere nach Gera und zur Sektion Sachsen; Fluchthilfe, Fest der Völker, KKK, 14 Words, Noie Werte, Waffenbesorgungen

B & H: Elitäre, rassistische Gang; Hass und Ideologie wird über Musik und Konzerte transportiert. Losung seit 1998: „Wir sind mehr als nur eine Musikbewegung!“ - White Youth 1997 in Gera gegründet, Nachwuchsrekrutierung für Blood & Honour



Blood & Honour-Bands – Lieder und Texte

Quelle: Verbotsvorstellung des BMI von 2000:

„Die Patrioten von heute müssen sich auf den größten aller Kriege den Rassenkrieg vorbereiten, und dafür muss man geheime Strukturen schaffen und bereit sein, sein Leben zu opfern.“

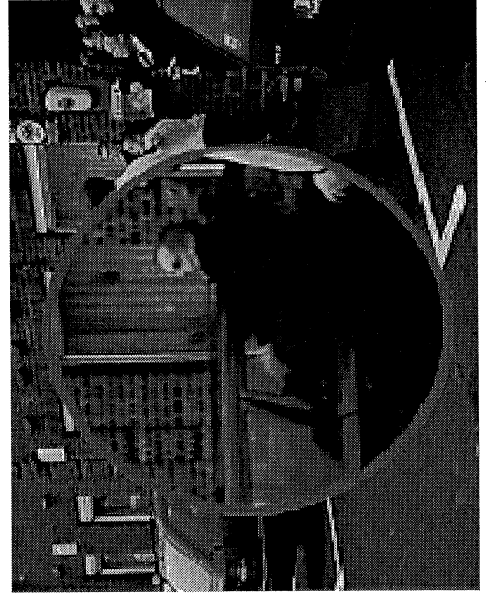
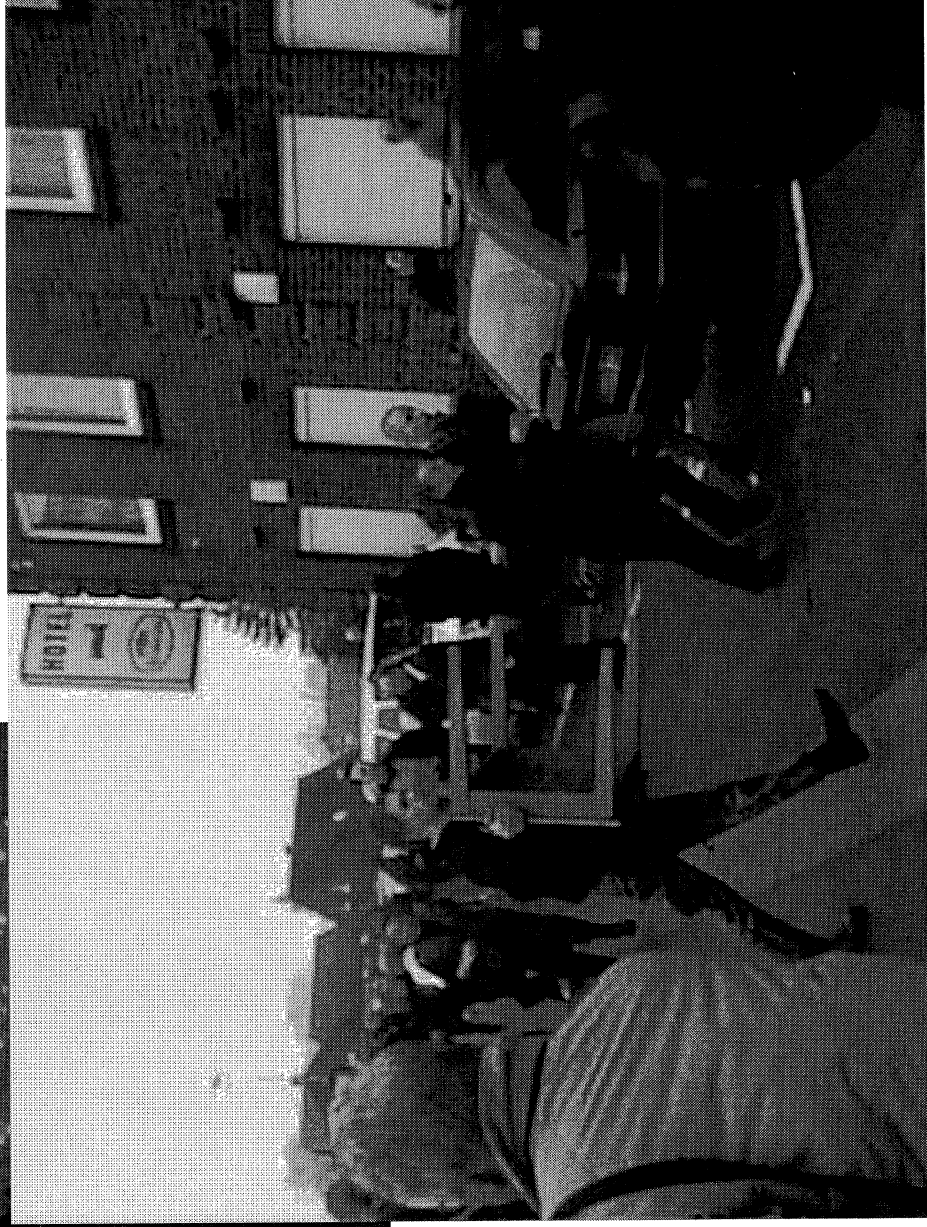
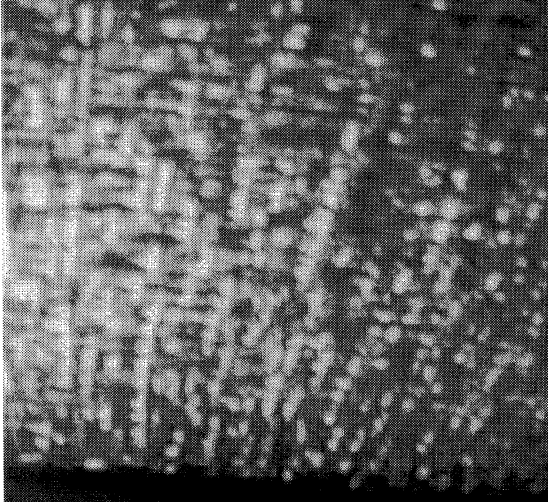
Wir als stolze Arier machen unsere Arbeit selber und erlauben dreckigen Menschen nicht irgendwo in unserer Nähe zu sein. Sie sind Bazillen..“

„Noch ein stinkender Araber, schlimmer als ein Jude..Ich werde den Rassenkrieg führen, du nichtsnutziger arabischer Schleim..“

14 Words: „We must secure the existence of our people and a future for white children“



2004:
Wahlkampfauftakt
der NPD
in Schleswig-Holstein
mit Krawallen



NPD und militante Netzwerke

NPD- 1964 gegründet – wandelte sich ab 1991 von einer Wahlpartei zur „Kampfpartei“- Auffangbecken für verbotene Parteien und radikale Kräfte - Freie Kameradschaften Anfang der 90er Jahre gegründet, lange Zeit als lose, unpolitische Gruppen von subkulturellen Jugendlichen verharmlost, „Volksfront von rechts“

Hammerskin-Nation – Sektion Sachsen

Überfälle politischer Gegner, hohe Gewaltbereitschaft, Knasterfahmung, Leaderless Resistance, Verehrung des KKK, arische Elite

„Dönerkiller-Song“ - Sänger und Produzent bewegen sich im Hammerskin-Umfeld

**Weißer Bruderschaft Erzgebirge, Kameradschaft CC 88
Chemnitz und Fränkische Aktionsfront**

Freies Netz

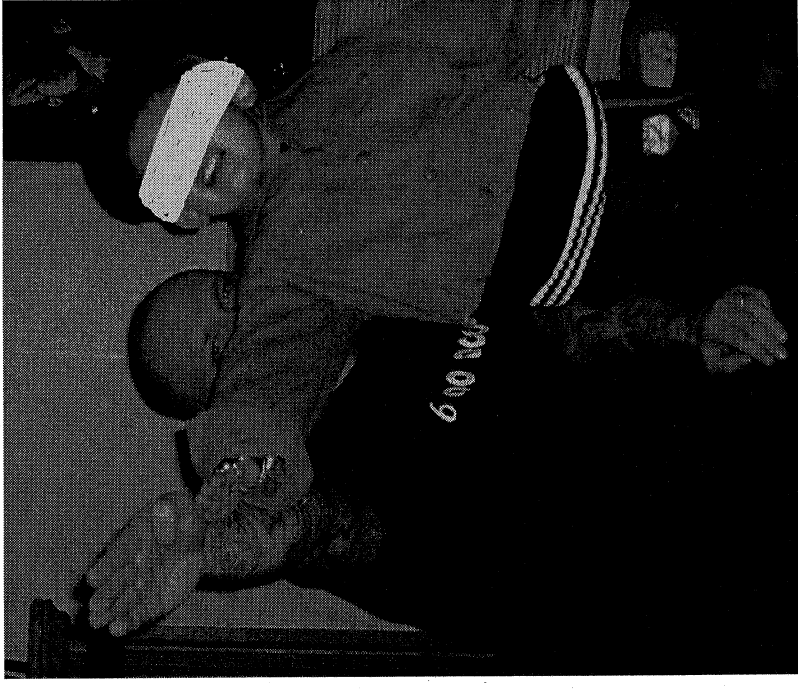
2009-2010: 811 Waffenfunde lt BKA gemeldet

Neonazi-Szene in Thüringen:

- Thüringer Heimatschutz: Politischer Aktivismus und Gewaltbereitschaft, Verstand sich als „Organ der Feindbeobachtung“, Anti-Antifa-Arbeit, Vernetzung; Demos, Observierung, rechte Erlebniswelt schaffen
- Sektion Jena: U. Böhnhardt und U. Mundlos: stellv. Anführer, B. Zschäpe Mitglied
- 2003 Übertritt Freier Kräfte in die NPD, gemeinsame „Volksfront“
- NPD: F. Schwerdt, Vors.; R. Wohlleben: stellvertr. LV; C. Schulze: JN
LTW 2009: 4,3 % der Zweitstimmen; Altersgr. bis 45 Jahre: über 5 %
KW: 25 Mandate; trotz Radikalisierung: Stamm- u. Sympathiewähler
- P. Wieschke und D. Pfothenhauer: Anstiftung zum Brandanschlag 2000
- N. Wilkens: Brandanschlag auf Flüchtlingsheim, 2003
- F. Schwerdt, verurteilt wg. Volksverhetzung, Die Nationalen verboten
Konzerte 2005-2009:
- lt. Thür. Innenmin. 10 lt. Mobit: 27 15 aktive Bands

NSU: Taktik und Strategie

- Sozialisation innerhalb der politischen Strukturen; Vernetzung
- Nutzung szeneynterner Feindbilder, Codes, Vorbilder
- Vertraute Szene-UnterstützerInnen in mehreren Bundesländern
- Waffenbeschaffung über politische Weggefährten
- Bürgerliche Tarnung
- „Opferbereitschaft“ bis in den Tod; Speerspitze der Bewegung



Fehler Korrektur durchführen!

Norm- und Werteordnung unseres Grundgesetzes bedroht und dass deswegen Maßnahmen, angefangen bei Präventivmaßnahmen über intervenierende Maßnahmen bis hin zu repressiven Maßnahmen, notwendig sind, um der Partei das Handwerk zu legen. Damit habe ich überhaupt kein Problem.

Was nun die Auswirkungen eines Verbotes angeht, glaube ich schon, dass die freie Szene dadurch auf der einen Seite geschwächt würde; denn sie braucht die NPD als Partei, die das Parteienprivileg hat. Sie braucht die NPD als institutionellen Schutz, und sie braucht die NPD vermutlich teilweise auch als Finanzquelle. Auf der anderen Seite würde das aber auch bedeuten, dass selbst die wenigen integrativen Maßnahmen, die die NPD auf diese Szene ausübt, wegfallen. Dann könnte es passieren, dass sich diese Szene dadurch radikalisiert. Das wäre für mich aber immer noch kein Argument, gegen ein NPD-Verbot zu sein. Wir haben in den 50er-Jahren mit dem SAP-Verbot die Erfahrung gemacht, dass es in dem Augenblick, wo der Staat sagt, bestimmte Dinge wie verbale Radikalität und radikale Verhaltensweisen lassen wir uns nicht mehr gefallen, auf die anderen Organisationen zurückwirkt. Diese würden dadurch sehr viel vorsichtiger.

Insofern sehe ich in einem Verbot der NPD durchaus positive Aspekte, auch wenn man sie nicht überzeichnen sollte. Ein Großteil der rechtsextremen Szene wird nach wie vor weiter existieren. Es ist nicht einmal auszuschließen, dass sie sich radikalisiert. Daher fordere ich in meinem Gutachten auch, dass parallel zu einem solchen Verbotverfahren über Maßnahmen gewissermaßen im Sinne eines Masterplans nachgedacht wird, mit denen der Bereich des Rechtsextremismus, der durch ein Verbot nicht tangiert ist, effektiver bekämpft werden kann.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Damit sind wir am Ende der zweiten Fragerunde.

(Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte auch noch Herrn Schroeder hören!)

- Es sind beide gefragt worden? - Dann Herr Schroeder, bitte.

Sachverständiger Prof. Dr. Klaus Schroeder: Ich halte genau wie Richard Stöss die derzeitige Demokratie für sehr fest. Ich sehe sie nicht bedroht, was aber nicht

ausschließt, dass in einigen Regionen Nordostdeutschlands oder in Thüringen oder wo auch immer Kräfte vor Ort dominieren, die sich nicht den Werten der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet fühlen. Das ändert aber nichts daran, dass wir wirklich sozial und politisch stabile Verhältnisse haben. - Das ist das Erste.

Das Zweite: Ich glaube ähnlich wie Richard Stöss, dass ein NPD-Verbot die Szene radikalieren würde. Ich habe auch noch ein zweites Argument gegen ein NPD-Verbot. Die Wahlerfolge sind auch ein Seismograf, mit dessen Hilfe wir sehen können, wie die Stimmungen sind. Dieser Seismograf fällt dann weg. Es werden dann nebulöse Wahlvereinigungen gegründet werden, die vor Ort vielleicht Wahlen gewinnen, die aber schwerer einzuschätzen sind. Das Hauptargument von Richard Stöss für ein Verbot teile ich. Potenziellen Mitläufern und Aktivisten würde damit signalisiert: bis hierher und nicht weiter, der Rubikon ist jetzt überschritten. Das muss man genau abwägen. Ich könnte weder pro noch kontra votieren, weil ich für beide Seiten, für Pro und für Kontra, gute Argumente sehe.

Vorsitzender Sebastian Edathy: Jetzt sind wir tatsächlich am Ende der zweiten Berliner Runde. Ich eröffne die dritte Runde, wobei mir von einigen Fraktionen bereits signalisiert wurde, dass sie ihre Fragezeit möglicherweise nicht ausschöpfen werden. Schauen wir einmal, wie weit wir kommen und ob wir eventuell noch eine vierte Runde benötigen. Demnach hat die Union erneut das Fragerecht. Herr Schipanski, bitte.

Tankred Schipanski (CDU/CSU): Herr Edathy, vielen Dank. - Frau Röpke, Sie haben hier auf die Nachfrage oder auf den Vorhalt des Kollegen Petermann die Stadt Arnstadt herausgestellt. Ich darf Sie fragen, wie viele Feste es deutschlandweit gibt, die Sie recherchiert haben. Das, was Sie hier gezeigt haben, war nur ein Beispiel. Was schätzen Sie denn?

Sachverständige Andrea Röpke: Ich glaube, dass sich die Neonazis gerade umstrukturieren. Das heißt, Demonstrationen und Aufmärsche werden immer uninteressanter. Sie haben für viele Regionen nur noch Symbolcharakter. Das sind zum Beispiel die Aufmärsche zum 1. Mai, zum Heß-Gedenken oder zum Jahrestag der Bombar-

SRP

[SRP = Sozialistische Reichspartei]